



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Anfänge der öffentlichen Entwicklungshilfepolitik Österreichs

Am Beispiel ausgewählter Projekte des Interministeriellen Komitees zur Förderung
von Entwicklungsländern 1963 – 1965

Verfasserin

Zeynep Sagun

Angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Walter Sauer

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Die Debatte um Entwicklung	3
2.1	Aspekte, die auf den Entwicklungsbegriff wirkten	7
2.2	Wandel	8
3	Zeitgeschichtlicher Rahmen	11
3.1	Generelle Positionen zur internationalen Zusammenarbeit	14
3.2	Innerösterreichische Positionen zur Entwicklungshilfe	19
3.2.1	Aussagen/Stellungnahmen zur Entwicklungshilfethematik	19
3.2.2	Debatte um Entwicklungshilfe, Fallbeispiel Kongo	23
4	Erste Initiativen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe	27
4.1	erste Ansuchen um Entwicklungshilfe	31
5	Programmatischer Rahmen	33
5.1	Die Entstehung des Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer (IKFE)	33
5.2	Technische Hilfe	35
5.3	Die Finanzierung der IKFE-Projekte	37
5.4	Aufgabe und Arbeitsweise des IKFE	38
5.5	Der Verwaltungsweg von IKFE-Projekten	39
5.6	Ansuchen von österreichischen Institutionen um Förderung von technischer Hilfe	43
5.7	Voraussetzungen für die Prüfung der Projekte	44
5.8	Diskutierte regionale Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe	45
5.9	Sektorielle Schwerpunkte der technischen Hilfe	50
5.9.1	Ausbildungshilfe	50
5.9.2	Die Situation afrikanischer Studenten in Österreich, Zahlen und Fakten	55
5.9.3	Entsendung von Experten	62

6	Analyse der Projekte.....	64
6.1	Erläuterungen zu den Tabellen.....	64
6.2	IKFE-Projekte 1963	66
6.3	IKFE-Projekte 1964	71
6.3.1	IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz und Angaben zu Eigenmitteln der Projektträger.....	71
6.3.2	IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz nach Sektoren	75
6.3.3	Projektträger 1964.....	78
6.4	IKFE-Projekte 1965	86
6.4.1	IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz und Angaben zu Eigenmitteln der Projektträger.....	86
6.4.2	IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Sektoren	90
6.4.3	Projektträger 1965.....	94
6.5	Faktische Schwerpunktländer in Afrika der IKFE-Projekte 1964 und 1965.....	98
6.6	Ergebnisse	100
7	Anhang.....	104
8	Quellen- und Literaturverzeichnis	128
9	Zusammenfassung.....	140
10	Abstract.....	140

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Graphische Darstellung des Verwaltungsweges von IKFE-Projekten.....	42
Tabelle 1: Ansuchen um Entwicklungshilfe an das BMAA 1962	31
Tabelle 2: Gewünschte Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungshilfe 1963 nach Kriterien des BMF	48
Tabelle 3: Bewilligte IKFE-Projekte 1963 mit Afrikarelevanz	67
Tabelle 4: Bewilligte IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz nach Eigenmitteln der Projektträger.....	72
Tabelle 5: Beteiligung des Bundes 1964 in Prozent	74
Tabelle 6: IKFE-Projekt 1964 mit Afrikarelevanz nach Sektoren	75
Tabelle 7: Projektträger 1964 ab 1 Million öS.....	78
Tabelle 8: Herkunftsländer der UNESCO Kursteilnehmer.....	83
Tabelle 9: Bewilligte IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Eigenmitteln der Projektträger.....	86
Tabelle 10: Beteiligung des Bundes 1965 in Prozent	89
Tabelle 11: IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Sektoren	91
Tabelle 12: Projektträger 1965 ab 1 Million öS.....	94
Tabelle 13: Faktische Schwerpunktländer aus 1964 und 1965	99
Grafik 1: Prozentuelle Verteilung der IKFE-Projekte 1964 nach Sektoren.....	77
Grafik 2: Prozentuelle Aufteilung der IKFE-Projekte 1965 nach Sektoren.....	92

Abkürzungsverzeichnis

AAI	Afro-Asiatisches Institut Wien
AdR	Archiv der Republik
AGEZ	Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit
AZ	Arbeiterzeitung
BM	Bundesministerium
BMI	Bundesministerium für Inneres
BKA	Bundeskanzleramt
BMAA	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMU	Bundesministerium für Unterricht
BNP	Bruttonationalprodukt
CCTA	Comission de Coopération Technique en Afrique aus Sud de Sahara
DAC	Development Assistance Committee
div. EL	diverse Entwicklungsländer
ERP	European Recovery Program
GV	Generalversammlung
IKFE	Interministerielles Komitee zur Förderung von Entwicklungsländern
KLJÖ	Katholische Landjugend Österreich
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
MA 17	Magistrat der Stadt Wien, Integration und Diversität
MA 7	Magistrat der Stadt Wien, Kulturabteilung
NGO	Non-governmental Organization
OECD	Organisation for Economic Co-operation
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
ONUC	United Nation Operation in the Congo
ÖAD	Österreichischer Auslandsstudentendienst
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖJAB	Österreichische Jungarbeiter Bewegung
ÖKISTA	Österreichisches Komitee für internationalen Studentenaustausch
ÖSTA	Österreichisches Staatsarchiv
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs

VÖEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
UNCTAD	United Nations Conference of Trade and Development
UNESCO	United Nations Educational Scientific Cultural Organization
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization
VN	Vereinte Nationen

1 Einleitung

Die folgende Arbeit beschäftigt sich mit der Geschichte der österreichischen Entwicklungshilfe, um genauer zu sein mit deren Entstehung. Mit der Gründung des Interministeriellen Komitees zur Förderung von Entwicklungsländern (IKFE) am 21.5.1963 gab es erstmals ein staatliches Instrument in Österreich um bilaterale technische Entwicklungshilfe zu organisieren und zu verwalten. Einher gingen mit der Gründung des Komitees einige rechtliche Schwierigkeiten (keine Entscheidungsbefugnis, Fehlen von rechtlichen Grundlagen), die dessen Arbeitsweise erschweren.¹ Erst in den 1970iger Jahren wurde versucht die rechtliche Situation für Entwicklungshilfe zu verbessern. Durch die Schaffung eines Ministerkomitees für Entwicklungshilfe 1970 oder durch Erlassung des Bundesministeriengesetzes 1973 (BGBI 1973/389), welche die Kompetenzen neu gestaltete, fanden allerdings keine substantielle Änderung der Situation statt. Erst durch das Entwicklungshilfegesetz 1974 (BGBI 474) wurde eine materiell-rechtliche Grundlage für die staatliche Entwicklungshilfe geschaffen, welche in der gesamten Zeit des IKFE fehlte. Die wesentlichen Neuerungen durch dieses Gesetz waren die Schaffung eines Beirates für Entwicklungshilfe und die Festlegung genauer Regeln für die Planung und Berichterstattung.²

Obwohl die IKFE elf Jahre (bis 1974) bestand, gibt es heute nur wenig Literatur dazu. Ziel dieser Arbeit ist daher die wissenschaftliche Aufarbeitung der Projektpraxis des IKFE für die ersten drei Jahre. Dabei liegt der Fokus auf Projekten, die mit Afrika in Verbindung stehen.

Der erste Schritt der Aufarbeitung war die dreimonatige Recherche im Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchives. Da es keinen Index mit den gesammelten Projekten des IKFE gibt, musste über die einzelnen Bundesministerien gesucht werden. Es stellte sich dabei heraus, dass die Projekte über die Indizes des Bundeskanzleramt und des Finanzministeriums zu finden waren. Die anschließende Dokumentenanalyse wurde mit folgender Forschungsfrage im Hintergrund durchgeführt:

Welche Ziele und Interessen vertrat die Entwicklungspolitik des Interministeriellen Komitees zur Förderung von Entwicklungsländern?

¹ Vgl. Andreas Liebmann, Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (Wien 1994), 57f.

² Vgl. Liebmann, Handbuch der österr. EZA, 1994, 58f.

Die Arbeit ist in drei Bereiche gegliedert. Der erste Teil beschäftigt sich mit den Rahmenbedingungen für diese Arbeit. Zum Einen ist dies die theoretische Beschäftigung mit der Entwicklungshilfe, Zum Anderen ist dies der politische zeitgeschichtliche Rahmen. Im zeitgeschichtlichen Rahmen wird das österreichische Verständnis von Entwicklungshilfe anhand von Aussagen der ÖVP und SPÖ Politiker dargestellt. In einem eigenen Punkt werden die ersten Initiativen auf diesem Gebiet behandelt. Der zweite Teil beinhaltet den programmatischen Rahmen, hier setzte ich mich mit der IKFE auseinander. Behandelt werden dabei ihr Aufbau, ihre Arbeitsweise und die Besonderheiten des Komitees. Dabei wurde sowohl Sekundärliteratur als auch Archivsmaterial verwendet. Der letzte Teil stellt die Analyse der ersten drei Jahre der IKFE-Projekte dar.

In dieser Arbeit wir aus Gründen der besseren Leserlichkeit auf gegenderte Ausdrucksweise verzichtet. Hauptsächlich auch aus dem Grund weil es sich in den 1960iger Jahren vornehmlich um Männer handelte. Jedoch möchte ich hier darauf hinweisen, dass vor allem bei der Entsendung von Experten in Entwicklungsländer auch Expertinnen entsandt wurden. Hierbei handelte es sich im Besonderen um Expertinnen aus dem Bildungswesen (Lehrerinnen), die in Entwicklungsländern tätig waren.

2 Die Debatte um Entwicklung

In dieser Arbeit wird, anstelle des heute gängigen Begriffes der Entwicklungszusammenarbeit, die Terminologie Entwicklungshilfe verwendet. Dies liegt hauptsächlich an der historischen Tatsache, dass für die erste Periode der Tätigkeiten in der Entwicklungspolitik dieser Begriff verwendet wurde. Dahinter stand selbstverständlich auch ein anderes Bewusstsein bzw. eine andere Überzeugung, wie Entwicklung von statten gehen sollte, als heute. Eine Partnerschaft, die hinter einer Zusammenarbeit steht, wurde zu dieser Zeit durch Entwicklungspolitik nicht beabsichtigt, vielmehr war die Überzeugung, dass es Hilfeleistungen bedurfte, um unterentwickelte Regionen zu fördern (entwickeln) bzw. Entwicklung zu initiieren. Daher ist der Begriff Entwicklungshilfe mehrfach passend und wurde für diese Arbeit übernommen.

Die Beschäftigung mit Entwicklungshilfe zieht eine notwendige Auseinandersetzung mit dem Begriff Entwicklung nach sich. Was bedeutet Entwicklung genau? Wie findet Entwicklung statt? Wer hat die Definitionsmacht über diesen Begriff? Heute gibt es eine Vielzahl an Definitionen dieser Begrifflichkeit. Je nach Wissenschaftsdisziplin und Perspektive kann Entwicklung, insbesondere wie diese von statten gehen soll und welches Ziel zu erreichen ist, Unterschiedliches bedeuten. Wolfgang Sachs erkannte bereits 1989, dass Entwicklung zu einem „qualligen, amöben-gleichen Wort geworden“³ war. Damit verbunden stets eine gute Absicht und die Berechtigung einzugreifen.⁴ Nichtsdestotrotz soll an dieser Stelle ein kurzer Einblick in die Entwicklungsdebatte gegeben werden. Dabei wird auf deren Entstehung, die historischen Aspekte, die herrschende Entwicklungstheorie der ersten Entwicklungsdekade und auf den Wandel des Begriffes eingegangen.

Sowohl die Entwicklungspolitik, als auch die Entwicklungstheorie sind junge Disziplinen die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden sind. Als Beginn des neuen Politikbereiches galt die Antrittsrede des wiedergewählten US-Präsidenten Truman am 20. Jänner 1949. Darin wandte er sich an die „peace-loving peoples“⁵, die in Armut lebten, da diese eine Bedrohung für

³ zitiert nach: Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt (Bonn 2004), 225

⁴ Vgl. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 2004, 225

⁵ zitiert nach: Karin Fischer, Gerald Hödl, Christof Parnreiter, Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Karin Fischer, Gerald Hödl, Irmgard Maral-Hanak, Christof Parnreiter (Hg.), Gesellschaft Entwicklung Politik, Entwicklung und Unterentwicklung, Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 3, Wien 2004), 15

arme und reiche Völker darstellten. Der Schlüssel zur Entwicklung lag für Truman in der Übernahme von westlicher Technik und dem demokratischen Modell.

„What we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair dealing. ... Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge.“⁶

Dieser Ausschnitt enthält wichtige Elemente der Entstehung der Entwicklungspolitik. Zum Einen wandte er sich bewusst an die „peace-loving peoples“, was als nichtkommunistisch zu lesen ist und auf den Kalten Krieg verweist, in dessen Milieu die Entwicklungspolitik entstand. Zum Anderen stellte Truman als Gegenkonzept zum sowjetischen Modell der nachholenden Entwicklung den peripheren Regionen ökonomische Prosperität innerhalb des kapitalistischen Systems in Aussicht. Damit sollte auch gegen nationale Befreiungsbewegungen gewirkt werden.⁷ Das Ziel, dass zur Verbesserung der unterentwickelten Regionen führen sollte, waren technischer und wissenschaftlicher Fortschritt und die Erhöhung der Produktionskapazität durch Kapital.⁸ Entwicklung verfolgte somit einen bestimmten Zweck. „Der Begriff ‚Entwicklung‘ diente also dazu, für die bereits eingetretene oder sich unmittelbar abzeichnende nachkoloniale Periode die Bindung der peripheren Staaten an das kapitalistische Weltsystem ideologisch abzusichern.“⁹

Zunächst ist für die Anfangsperiode der Entwicklungspolitik zu sagen, dass sie stark von einem Entwicklungsoptimismus geprägt war, der bis Ende der 1960iger Jahre anhielt. Diese Überzeugung spiegelte sich in einer Debatte zwischen dem Ökonom Walt Whitman Rostow und dem Agrarwissenschaftler René Dumont in Addis Abeba 1963 wieder. Darin ging es um die Einschätzung, ob Afrika den Entwicklungsstand der Schweiz in zwanzig oder vierzig Jahren erreichen würde.¹⁰

Was bedeutete nun aber Entwicklung in dieser ersten Entwicklungsdekade genau? Hinter dem damaligen Verständnis von Entwicklung stand die Modernisierungstheorie mit mehreren

⁶ zitiert nach: Fischer, Hödl, Parnreiter, 2004, 14f.

⁷ Vgl. Karin Fischer, Gerald Hödl, Christof Parnreiter, Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Karin Fischer, Irmgard Maral-Hanak, Gerald Hödl, Christof Parnreiter (Hg.), Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 3, Wien 2004), 15 und Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1955 (Wien 2004), 47

⁸ Vgl. Hödl, Österreich und die Dritte Welt, 2004, 48

⁹ Fischer, Hödl, Parnreiter, 2004, 15

¹⁰ Vgl. Hödl, Österreich und die Dritte Welt, 2004, 47

Teildisziplinen (Entwicklungsökonomie, Theorien zur Nationalstaatsbildung und Demokratisierung, Modernisierungstheorie im engeren Sinne, die sich mit Fragen des sozialen und menschlichen Wandels in traditionellen Gesellschaften befasste)¹¹, die Entwicklung als Wirtschaftswachstum verstand. Die Modernisierungstheorie ging davon aus, dass die Gründe für die Rückständigkeit von nichtindustrialisierten Gesellschaften im kulturellen und mentalen Bereich lagen. Diese Rückständigkeit an sich wurde relativ angesehen, da „(...) ihr die Annahme zugrunde lag, daß alle Gesellschaften, welthistorisch gesehen, einen gleichgerichteten Prozeß sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandels durchliefen.“¹² Modernisierung galt nach diesem Verständnis als ein eindimensionaler Prozess, der alle Gesellschaften zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfasst. Das Ziel von Entwicklung war die moderne Industriegesellschaft nach westeuropäischem und nordamerikanischem Vorbild. Unterentwickelte Regionen sollten sich in kultureller, individualpsychologischer, politischer, wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht transformieren, um sich zu modernisieren. Als notwendig wurde im kulturellen Bereich die Säkularisierung, Rationalisierung, Differenzierung und die Verwissenschaftlichung erachtet. Da eine Rückständigkeit auch im mentalen Bereich prognostiziert wurde, sah man die Wandlung im individualpsychologischen Bereich der Empathiesteigerung und Leistungsmotivation als erforderlich an. Im Politischen bedeutete ein Wandel Staatenbildung, Nationenbildung, Demokratisierung und Umverteilung. Der gesellschaftliche Bereich sollte durch eine Transformation zu Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Alphabetisierung, Kommunikationssteigerung und sozialer Mobilisierung führen. Die Wirtschaft benötigte Kapitalakkumulation und technischen Fortschritt um durch eine take-off Phase in ein Reifestadium des Massenkonsums zu gelangen.¹³ Dies geht auf die Stufentheorie von Walt Whitman Rostow zurück, der zum Inbegriff der Modernisierungstheorie wurde.¹⁴ Rostow unterschied fünf Wirtschaftsstufen, die eine traditionelle Gesellschaft durchlaufen musste, um sich zu einer modernen Gesellschaft zu entwickeln. Traditionelle Gesellschaften, die als agrarisch-hierarchisch geprägt gesehen wurden, sollten durch Verhaltensänderung und Investitionstätigkeit in die entscheidende take-off Phase gelangen, die der Durchbruch zur modernen Industriegesellschaft darstellte. Diese take-off Phase, gekennzeichnet durch schnelles wirtschaftliches Wachstum und eine hohe Investitionsquote führte in das Stadium der Reife, das

¹¹ Vgl. Ulrich Menzel, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie* (Frankfurt am Main 1992), 98

¹² Ulrich Menzel, *Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie* (Frankfurt am Main 1992), 99

¹³ Vgl. Menzel, *Ende der Dritten Welt*, 1992, 98f.

¹⁴ Vgl. Hödl, *Österreich und die Dritte Welt*, 2004, 50

Zeitalter des Massenkonsums, die die westliche Industriegesellschaft als Leitbild hatte.¹⁵ Entwicklungshilfe käme in diesem Stufenmodell besonders in der take-off Phase eine wichtige Rolle zu, da sie durch Kapitalzufuhr das Wirtschaftswachstum antriebe.

Die Vorgehensweise der Modernisierungstheorie wurde durch generalisierende Beobachtungen der Transformationsprozesse der westlichen Industrieländer auf traditionelle Gesellschaften übertragen. Ausgegangen wurde von einer linearen Geschichtsauffassung. Daraus wurde geschlossen, dass die Voraussetzungen für die Modernisierung im Inneren der Gesellschaft lagen. Die Aufgabe von Entwicklungshilfe war demnach den inneren Wandel anzuregen.¹⁶

„Für die Entwicklungspolitik, so die strategische Folgerung, kam es also darauf an, durch gezielte Hilfe (eben Entwicklungshilfe), nämlich Beratungstätigkeit, technische und finanzielle Transferleistungen, den internen Wandel zu fördern und so den innovationsbereiten, modernen gesellschaftlichen Kräften in den traditionellen Gesellschaften freie Bahn zu verschaffen.“¹⁷

Für Entwicklungsökonomen innerhalb der Modernisierungstheorie war die Initialzündung von Entwicklung in der Ökonomie verortet. So wurde Entwicklung gleichgesetzt mit Wachstum und zwar Wirtschaftswachstum. Der Weg dahin lag in der Beeinflussung von volkswirtschaftlichen Kennziffern wie die Sparrate oder die Investitionsquote. Kurzum bedeutete dies Industrialisierung.¹⁸

Angenommen wurde auch, dass sich wirtschaftlicher und technologischer Wandel auch auf den sozialen und politischen Bereich übertragen würde.

„Entwicklung wurde gleichgesetzt mit Produktivitätssteigerung, Wirtschaftswachstum, insbesondere Industrialisierung, damit einhergehend Urbanisierung, Alphabetisierung, sozialer Mobilisierung und schließlich Partizipation und Demokratisierung im Sinne westlicher parlamentarischer Systeme.“¹⁹

Dabei lag die Konzentration klar beim industriellen Sektor. Politische Systeme würden sich nach dem Wirtschaftswachstum schrittweise transformieren und dann zwangsläufig durch Ausbreitungs- und Durchsickerungseffekte (spread and trickel down) zu Demokratisierung führen.²⁰

¹⁵ Vgl. Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Rostowsche Stadientheorie, [letzter Zugriff 16. Juni 2012] online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55434/rostowsche-stadien-theorie-v4.html>

¹⁶ Vgl. Hödl, Österreich und die Dritte Welt, 2004, 50

¹⁷ Vgl. Menzel, Ende der Dritten Welt, 1992, 100

¹⁸ Vgl. Menzel, Ende der Dritten Welt, 1992, 100f.

¹⁹ Vgl. Menzel, Ende der Dritten Welt, 1992, 17

²⁰ Vgl. Menzel, Ende der Dritten Welt, 1992, 142

2.1 Aspekte, die auf den Entwicklungsbegriff wirkten

Die Nachkriegszeit war geprägt durch eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung. Nachholende Entwicklung schien, nach den Erfahrungen der kriegszerstörten europäischen Ländern, tatsächlich auch für die Länder des Südens möglich zu sein. Für die Modernisierungstheorie war dieser Erfolg ohne Abwandlung auch auf die unterentwickelten Regionen übertragbar. Die Analyse von traditionellen Gesellschaften beschränkte sich auf eine Mängeldiagnose, da lediglich festgestellt wurde, was den neuen Staaten im Vergleich zu den modernen Gesellschaften fehlte. Aus der ehemals kolonialen Geringschätzung wurde nun eine kulturelle Geringschätzung. Entwicklung wurde demnach auf eine simple Gleichung reduziert: Modernisierung (Entwicklung) war gleichgesetzt mit Verwestlichung.²¹

Der Ost-West Konflikt erhielt zunehmend Bedeutung für die Entwicklungspolitik, da sich dieser auch auf dem Territorium der ehemaligen Kolonien austrug. Westliche Industrieländer, insbesondere die USA, verstärkten ihr Augenmerk auf wirtschaftliche und soziale Belange der Entwicklungsländer, um dem sowjetischen Einfluss entgegen zu wirken. Die Chinesische Revolution, der Korea Krieg und der sich anbahnende Vietnam Krieg hatten verdeutlicht, dass die Ausdehnung der Sowjetunion nach 1945 ungebrochen war. Um der Attraktivität kommunistischer Entwicklungspolitik entgegen zu steuern, war es von Nöten eigene Modelle wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung hervorzu bringen.²² Die Relevanz der Entwicklungsökonomie lag daher in der Absicherung der eigenen Ideologie. Andre Gunder Frank hebt hervor, dass die Entwicklungsökonomie als neuer Wirtschaftszweig auf vergleichbare Weise ein Kind des Neokolonialismus war, wie die Anthropologie jenes des Kolonialismus.²³ Nuscheler stellte fest, dass die Geschichte der Entwicklungstheorie eine Geschichte von Fehleinschätzungen und Vorurteilen ist. Theorien sollten der Versuch sein mit einem Maximum an empirisch gestütztem Wissen ein Optimum an Erklärung zu finden. Unter dieser Betrachtung stellt er fest, dass die Geschichte der Entwicklungstheorie eine von „(...) seltsamen „Theorien““ ist, „die alles andere als das sind, was Theorien auszeichnet“²⁴. Den Hauptgrund sah er in der Ost-West Systemauseinandersetzung, die auch auf dem Nebenschauplatz des Nord-Süd Konflikts ausgetragen wurde.²⁵

²¹ Vgl. Ute Zurmühl, Der „Koloniale Blick“ im Entwicklungspolitischen Diskurs. Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit (Spektrum Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern, Bd. 43, Saarbrücken 1995)

²² Vgl. Menzel, Ende der Dritten Welt, 1992, 141

²³ Zitiert nach Hödl, Österreich und die Dritte Welt, 2004, 47

²⁴ Vgl. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, ⁵2004, 207

²⁵ Vgl. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, ⁵2004, 207

2.2 Wandel

Die Theorien, die bis in die 1960iger Jahre formuliert wurden, hatten alle als Ausgangspunkt das Entwicklungsniveau der Industriestaaten vor Augen. Gegen diese Grundvoraussetzung und entgegen der modernisierungstheoretischen Vorstellung, dass Entwicklung abhängig von inneren Faktoren sei, stellte sich die Dependenztheorie. Weltpolitisch waren die 1960iger gekennzeichnet von der Entkolonialisierung und gegen Ende der Dekade einer Krise der Entwicklungshilfe. Die zunehmende Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien änderte die Zusammensetzung der Vereinten Nationen, es gab nun eine Mehrheit aus dem Süden, die der Entwicklungspolitik ein größeres Eigengewicht verlieh. Das in den 1950iger und 1960iger vorherrschende Konzept, Entwicklung durch Wachstum, hatte sich nicht erfüllt. Trotz Wirtschaftswachstum konnte die Vermehrung von Armut nicht verhindert werden. Der Pearson Bericht 1969 wurde vom damaligen Weltbank Präsidenten Robert McNamara in Auftrag gegeben, vom ehemaligen kanadischen Ministerpräsidenten und Friedensnobelpreisträger Lester Pearson geleitet und von westlichen Wirtschaftsexperten erarbeitet. Dieser bilanzierte die Resultate der Entwicklungspolitik bis zu diesem Zeitpunkt und gab Empfehlung für die Zweite Entwicklungsdekade. Der Pearson Bericht kam zum Schluss, dass wie bereits oben erwähnt, die Entwicklungshilfe und mit ihr die Entwicklung an sich in der Krise steckte.²⁶

Die in Lateinamerika entstandene Dependenztheorie stellte ein neues entwicklungstheoretisches Konzept dar, welche die Modernisierungstheorie gegen Ende der 1960iger ablöste. Neu war an diesem Ansatz, dass er nicht von Wissenschaftlern aus den Industrieländern stammte und für die Rückständigkeit von Entwicklungsländern nicht die inneren Gegebenheiten verantwortlich machte, sondern äußere. Es wurde nicht mehr von Rückständigkeit gesprochen, sondern von Unterentwicklung. Hinter der Dependenztheorie standen verschiedene strukturalistische Ansätze deren Gemeinsamkeit darin lag, dass die Ursache für Unterentwicklung im Kolonialismus und in der Integration in den Weltmarkt gesehen wurde. Eine zentrale Rolle kam dem Begriff der Abhängigkeit (Dependenz) zu. Welche auf die ungleichgewichtigen Verhältnisse der Beziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieland verwies. Abhängig war ein Land, wenn seine gesamte sozioökonomische Entwicklung durch äußere Faktoren bestimmt wurde, ohne dass dieses betroffene Land denselben Einfluss auf externe Partner ausüben konnte. Daraus resultierte eine asymmetrische Interaktion die zur Begünstigung des Industrielandes und einer Beherrschung und Benachteiligung des Entwicklungslandes führte. Diese wurde nicht wie in der Modernisierungstheorie als eine historische Phase angenommen, sondern sie existierte als

²⁶ Vgl. Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, ⁵2004, 78

Gegenpol zur Entwicklung. Vielmehr bedingten sich Entwicklung und Unterentwicklung und stellen simultane Prozesse dar.²⁷ Die verschiedenen Ansätze innerhalb der Dependenztheorie können in zwei Hauptrichtungen eingeteilt werden. Andre Gunder Frank stellt einen wichtigen Vertreter der marxistischen Strömung dar. Für Frank waren Entwicklung und Unterentwicklung zwei Seiten einer Medaille. Er prägte die Formel „Entwicklung der Unterentwicklung“²⁸ und sah diese in Zusammenhang. Entwicklung in den Zentren sei demnach nur auf Kosten der Peripherie möglich. Um Unterentwicklung zu überwinden, plädierte er für ein Herauslösen aus dem Weltmarkt mittels sozialer Revolution im Weltmaßstab. Die Reformposition²⁹ innerhalb der Dependenztheorie, auch nationalistische Richtung³⁰ genannt (oder strukturalistische Variante³¹), unterschied sich durch die Annahme, dass sich Unterentwicklung durch das gemeinsame Wirken von externen und internen Faktoren ergab. Wichtige Vertreter dieses Ansatzes waren Fernando H. Cardoso und Enzo Faletto. Den Weg aus der Abhängigkeit sahen sie in der eigenständigen Entwicklung im nationalen Raum durch eine grundsätzliche Umstrukturierung der Außenbeziehungen der Weltwirtschaftsordnung und der regionalen Integration. In dieser Strömung der Dependenztheorie handelte es sich mehr um Analysen von Abhängigkeitssituationen, die sich weigerte globale Aussagen für andere Entwicklungsländer geltend zu machen, als um Abhängigkeitstheorien.³²

Der Verdienst der Dependenztheorie war es Prozesse von Entwicklung und Unterentwicklung in eine historische Perspektive zu bringen. Durch ihre Kritik an der Modernisierungstheorie, wegen ihrer ahistorischen Betrachtungsweise und ihres linearen Entwicklungsverständisses, brachten sie neue Aspekte in die Entwicklungsdebatte ein. Allerdings begann auch für Dependenztheoretiker die Geschichte der Entwicklungsländer erst mit der Expansion europäischer Länder, was bei der Modernisierungstheorie der Beginn der Rückständigkeit war, galt hier als Beginn der Entwicklung der Unterentwicklung. Die Gegebenheiten vorkolonialer Gesellschaften und deren

²⁷ Vgl. Franz Kolland, Zwischen Fortschrittoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Maral-Hanak, Hödl, Parnreiter (Hg), Entwicklung und Unterentwicklung, Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 3, Wien 2004), 81-107, hier 95

²⁸ Vgl. Richard Stockmann, Ulrich Menzel, Franz Nuscheler (Hg.), Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien (München 2010), 106

²⁹ Vgl. Kolland, klassische Entwicklungstheorien, 2004, 97

³⁰ Vgl. Stockmann, Menzel, Nuscheler, Entwicklungspolitik, 108

³¹ Vgl. Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Dritten Welt – Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. (Hamburg 2002 Neuausgabe), 182

³² Vgl. Stockermann, Menzel, Nuscheler, Entwicklungstheorien, 107f.

Bedeutung für die nachkoloniale Zeit wurden durch die Dependenztheorien weitgehend nicht berücksichtigt.³³

³³ Andreas Boeckh, Entwicklungstheorien: Eine Rückschau. In: Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme. Theorien, Strategien (²Bonn 1992) 110-131, hier 113

3 Zeitgeschichtlicher Rahmen

Der in dieser Arbeit behandelte Zeitrahmen war politisch geprägt durch die Ära der großen Koalition. Nach einer kurzen Zeit der Konzentrationsregierung (ÖVP, SPÖ, KPÖ) nach den ersten Wahlen 1945 begann 1947 die Phase der großen ÖVP-geführten Koalition und endete mit der vierjährigen Alleinregierung der ÖVP 1966.³⁴ Machtpositionen im Staat und in den staatlichen Betrieben wurden den jeweiligen Wahlergebnissen entsprechend zwischen den zwei Parteien aufgeteilt.³⁵ Dieses für Österreich typische Proporzsystem spiegelte sich nicht nur in der Personalpolitik wider, sondern auch in der Aufteilung von Subventionsgeldern und Steuermitteln. Auch wenn es viele Übereinstimmungen in den Parteien gab, begleiteten mehrere Konflikte die Zusammenarbeit. So wurde die Verstaatlichung von Betrieben unterschiedlich durch die Parteien bewertet. Für die SPÖ und KPÖ war sie eine Entwicklung in Richtung sozialistischer Gesellschaftsordnung. Die ÖVP hingegen sah darin eine realpolitische Notwendigkeit, da die privaten Mittel für einen Aufbau fehlten und durch die Verstaatlichung der Zugriff der Besatzungsmächte verhindert werden konnte.³⁶ Einigendes Element zwischen den Parteien war das Auftreten gegenüber den Besatzungsmächten, denn nur durch ein geschlossenes Auftreten konnte die Unabhängigkeit der österreichischen Bundesregierung gewahrt werden.³⁷

Dieses starre System wurde bis Mitte der 1960iger Jahre durch die traditionellen Kernwählerschichten des parteipolitischen Milieus gestützt (Stimmanteil der beiden Großparteien mehr als 80%)³⁸. Ausschlaggebend dafür waren Vorfeldorganisationen und Interessensverbände (ÖGB und Arbeiterkammer: überwiegend SPÖ, Handels- und Landwirtschaftskammern: ÖVP), in denen die Parteien durch Postenvergabe die Institutionen beherrschten. Wechselbereite Wähler gab es nur wenige und wurden Anfang 1960 mit höchstens 12 % angenommen.³⁹ Die Angst vor einer Alleinregierung des jeweils anderen Lagers war groß und wurden in Wahlkämpfen wirksam mit Schlagworten wie „(...) ‚Rentenklau‘ und ‚Bürgerblock‘ (Vorwürfe der SPÖ an die ÖVP in Erinnerung an die 1920er Jahre und den Austrofaschismus) oder der ‚Roten Katze‘ (ÖVP-Vorwurf einer angeblich möglichen

³⁴ Vgl. Erika Weinzierl, Kurt Skalnik, Österreich. Die Zweite Republik (Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1972)

³⁵ Vgl. Getrude Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur. (Bd. 60, Wien 1995) 80-94, hier 87f.

³⁶ Vgl. Enderle-Burcel, österr. Parteien, 1995, 90

³⁷ Vgl. Enderle-Burcel, österr. Parteien, 1955, 90f.

³⁸ Vgl. Christian W. Haerpfer, Politische Partizipation. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995, 426-434, hier 428

³⁹ Vgl. Michael Gehler, Hubert Sickinger, Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995, 671-683, hier 673

‘Volksfrontregierung‘ von SPÖ und KPÖ)“⁴⁰ genutzt. Viel Abwechslung gab es auch in der Medienlandschaft nicht, die weitgehend von Parteizeitungen dominiert war. Erst ab der zweiten Hälfte der 1950iger Jahre gelang es im Bereich der Printmedien politisch mehrheitlich konservative Tageszeitungen zu etablieren, die die Parteizeitungen in Druckauflage und Leserreichweite überholten. Der Rundfunk blieb aber bis 1967, bis zu dessen Reform, in den Händen der beiden Parteien und betrieb kaum politisch eigenständige Berichterstattung.⁴¹

Entwicklungshilfe hatte für Österreich nach Erlangung der vollen Souveränität 1955 wenig Priorität. Dieses geringe Interesse wird in unterschiedlichen Quellen mit der fehlenden Kolonialgeschichte der Monarchie begründet. Tatsächlich gab es durchaus kolonialistische Ambitionen.⁴² Österreichische Wissenschaftlicher und Reisende waren in allen Aspekten (bspw. Auskundschaften vorkolonialer Gesellschaften, Erschließung von Handelswegen, Missionierung), die den Kolonialismus begleiteten und letztlich ermöglichen, beteiligt.⁴³ Darüber hinaus gibt es „(...) fünf konkrete Fälle nachweisbar, in denen sich staatliche Institutionen offiziell, wenngleich erfolglos, um die Beanspruchung von Kolonien bemühten: Suqutra 1857/58, Nikobaren 1858, Salomonen 1895/96, Westsahara 1899, Südostanatolien.“⁴⁴ Trotz solcher Versuche war die österreichisch-ungarische Monarchie jedoch keine Kolonialmacht, sie war aber auch keine antikoloniale Kraft.⁴⁵ Das Konstrukt einen „sauberen kolonialen Vergangenheit“ diente der österreichischen Politik in der Annäherung an die Blockfreien-Bewegung und beim Aufbau von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den neuen unabhängigen Staaten Afrikas und Asiens.⁴⁶

Die geringe Bedeutung der Entwicklungshilfethematik war auch mit der Position Österreich als Empfängerland von umfangreicher Wirtschaftshilfe (ERP/Marshall-Plan) nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden. Nur langsam gegen Ende der 1950iger Jahre begann sich die Rolle Österreichs hin zu einem Geberland zu verändern. Ab 1956 wurden erstmals Geldmittel als öffentliche Entwicklungshilfe, es handelte sich um nicht näher definierte bi- und multilaterale

⁴⁰ Gehler, Sickinger, politische Skandale. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995, 673

⁴¹ Vgl. Gehler, Sickinger, politische Skandale. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995, 672f.

⁴² Vgl. Walter Sauer (Hg.), k. u. k. kolonial, Habsburgmonarchie und europäische Herrschaft in Afrika (2002 Wien, Köln, Weimar)

⁴³ Vgl. Walter Sauer, Habsburg Colonial: Austria-Hungary’s Role in European Overseas Expansion Reconsidered. In: Florian Krobb (Hg.), Austrian Studies. Colonial Austria: Austria and the Overseas (Modern Humanities Research Association 2012) Vol.20, 5-24

⁴⁴ Walter Sauer, k. u. k. kolonial, 2002, 17

⁴⁵ Vgl. Walter Sauer, k. u. k. kolonial, 2002, 18

⁴⁶ Vgl. Walter Sauer, Habsburg Colonial In: Krobb (Hg.) Austrian Studies, 2012, 6

Finanzhilfe, ausgewiesen. Wie eine Studie des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung zu Beginn der 1960iger feststellte, erhielt Österreich mehr entwicklungsfördernde Anleihen (ERP-Hilfe, Weltbankkredite) als es gewährte.⁴⁷

Durch die Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen am 14. Dezember 1955 folgte die Notwendigkeit sich mit Fragen der Dritten Welt zu befassen.⁴⁸ Dies war zunächst die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der kolonisierten Länder. Mit der zunehmenden Dekolonialisierung der afrikanischen Staaten traten wirtschaftliche und soziale Fragen in den Vordergrund. Durch das Fehlen einer kolonialen Geschichte und das eigene Ringen um die Unabhängigkeit hatte Österreich bei den Entwicklungsländern einen „Sympathievorsprung“⁴⁹.

Die Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen verpflichtete Österreich grundsätzlich an deren Resolutionen teilzunehmen. Zu Beginn der Ersten Entwicklungsdekade 1960 nahm die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution an, in der sie den Industrieländern empfahl 1% des Nationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden. Dieses Ziel wurde 1970 auf Vorschlag der Pearson-Kommission auf 0,7% des Bruttonationalprodukts festgelegt. Österreichs Beitrag zur Entwicklungshilfe belief sich Anfang der Zweiten Entwicklungsdekade auf nur 0,07% des BNP.⁵⁰

Österreich trat 1961 zur OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) bei, woraus eine grundsätzliche Verpflichtung Entwicklungshilfe zu leisten, entstand. Durch den Beitritt zum Entwicklungshilfekomitee (DAC) des OECDs 1964 unterlag die österreichische Entwicklungshilfe erstmals internationalen Kriterien und Überprüfungen in diesem Bereich.⁵¹

⁴⁷ Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge – vom Empfänger- zum Geberland. Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe. In: Bea de Abreu Fialho Gomes, Irmgard Hanak, Walter Schicho (Hg.), Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 1, Wien 2003) 2

⁴⁸ Vgl. Wolfgang Benedek, Österreichs Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Renate Kicker, Andreas Kohl, Hanspeter Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen. (Salzburg 1983) 321-367, hier 323

⁴⁹ Vgl. Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, hier 323f.

⁵⁰ Vgl. Adalbert Kirms, Die österreichische Entwicklungshilfe. In: Walter Sauer (Hg.), Wir und die Dritte Welt. Schulheft. Heft 50 (Wien 1988), 46-53, hier 46f.

⁵¹ Vgl. Adalbert Kirms, Die österreichische Entwicklungshilfe. In: Walter Sauer (Hg.), Wir und die Dritte Welt. Schulheft. Heft 50 (Wien 1988), 46-53, hier 47

3.1 Generelle Positionen zur internationalen Zusammenarbeit⁵²

„Hilfe zur Selbsthilfe“⁵³ war von Anfang an ein wesentliches Element der österreichischen Vorstellungen in der Entwicklungshilfe. Auf der ersten Welthandelskonferenz (UNCTAD I 1964) in Genf verwies der damalige Außenminister Kreisky auf den Marshallplan⁵⁴, als ein Musterbeispiel für internationale Unterstützungsmaßnahmen. Dabei hob Kreisky die Selbsthilfe hervor: „Wir müssen wirtschaftliche Lösungen finden, internationale Unterstützungsmaßnahmen, die jedem Land helfen, sich selbst zu helfen.“⁵⁵

Ein Bestandteil der österreichischen Außenpolitik wurde in den 60iger Jahren die Ansiedlung internationaler Organisationen in Wien. Die Errichtung der neuen Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) 1966 in Wien ist Teil dieser Politik. Hinter diesem Bemühen steckte „(...) ein zusätzliches Element des Werbens um die Entwicklungsstaaten (...)“⁵⁶

In der zweiten Entwicklungsdekade, den 1970iger Jahren, wandelten sich die Perspektiven und die Prioritäten der österreichischen Außenpolitik. War es in den 1960iger Jahren noch die politische Selbstbestimmung, so lag der Fokus dann bei wirtschaftlichen Fragen. Kreisky hob als Außenminister in der Generalversammlung der VN 1965 „(...) das Recht der jungen Staaten auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit“⁵⁷ hervor. Sechs Jahre später, 1971, sprach Außenminister Kirschläger vor der Generalversammlung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt als „(...) unersetzbare Grundlage für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit“.⁵⁸

ÖVP

Im Gegensatz zur SPÖ war das internationale Engagement der ÖVP stärker auf den europäischen Raum bezogen. Aus der Neutralität Österreichs schloss die ÖVP eine Zurückhaltung in

⁵² An dieser Stelle werden Positionen der Parteien und Politiker dargestellt. Ein entwicklungspolitisches Konzept der Katholischen Kirche wurde 1980 veröffentlicht, worin sich die Motive, Grundsätze und Ziele der kirchlichen Entwicklungspolitik befinden. Näheres vgl. Martin Jäggle, Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich. In: Andreas Khol, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik. (Oldenbourg 1980), 339-360

⁵³ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, hier 324

⁵⁴ Bereits 1958 griff Kreisky, als Staatssekretär die Idee des Marshallplanes für Entwicklungsländer auf.

⁵⁵ Kreisky zitiert nach Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 324

⁵⁶ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 325

⁵⁷ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 325

⁵⁸ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 325

öffentlichen außenpolitischen Erklärungen.⁵⁹ „Die ÖVP wendet sich gegen die Tendenz zur Einnahme von neutralistischen oder blockfreien Positionen Österreich in internationalen Gremien.“⁶⁰

Auf europäischer Ebene organisierten sich die christlich-demokratischen Parteien spät.⁶¹ Die Europäische Union der Christlichen Demokraten (EUCD) ist die älteste Internationale der politischen Mitte, die von 1947 bis 1965 unter dem Namen Nouvelles Equipes Internationales bestand. Zu einer stärkeren Zusammenarbeit kam es durch die Wahlen zum Europäischen Parlament. Im März 1978 wurde in Klesheim bei Salzburg eine Dachorganisation der christdemokratischen und konservativen Parteien Europas gegründet. In der Europäische Demokratische Union (EDU) ging die Zusammenarbeit über den europäischen Raum hinaus. Die ÖVP nahm darin von Anfang an eine führende Rolle ein. Der spätere Außenminister Mock übernahm 1979 den Vorsitz in der EDU als Nachfolger des ehemaligen Parteiobmann Taus.⁶²

Ab Mitte der 1970iger Jahre verstärkte sich das außenpolitische Engagement der ÖVP. Das ist zum Einen als Reaktion auf die starke außenpolitische Präsenz des damaligen Bundeskanzlers Kreisky zu sehen und zum Anderen lagen personelle Gründe dahinter. Der Parteiobmann Mock war persönlich an außenpolitischen Fragen stark interessiert und hat die Intensivierung des außenpolitischen Dialoges zu einem Arbeitsschwerpunkt der ÖVP gemacht.⁶³

Sowohl in der ÖVP als auch in der SPÖ war Außenpolitik zu dieser Zeit bestimmt von wenigen Experten und Politikern, sie wurde von der „Parteielite“ unabhängig von den Parteigremien definiert.⁶⁴

Die Österreichische Volkspartei setzte sich in zwei programmatischen Erklärungen mit der Entwicklungshilfe auseinander. Zum Einen war das ein Dokument aus dem Jahr 1963 „Grundsätze der ÖVP für die Entwicklungspolitik“ und zum Anderen der Entwurf „Leitgedanken der österreichischen Entwicklungshilfe“ aus dem Jahr 1967, welcher im Rahmen

⁵⁹ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 129f.

⁶⁰ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 130

⁶¹ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 130

⁶² Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 130

⁶³ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 131

⁶⁴ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 129

der Aktion 20⁶⁵ entstand. Krobath und Eder zitieren aus beiden unveröffentlichten Dokumenten, daher wird im Folgenden diese Quelle verwendet. Dabei verweisen die Autoren darauf, dass diese Programme nicht als offizielle gesehen werden können, da es sich um Ergebnisse von Arbeitsgruppen von Experten handelte.⁶⁶ Wie bereits erwähnt, war sowohl die Außenpolitik als auch die Entwicklungspolitik bestimmt von einigen wenigen Experten der Parteien.

Für die ÖVP stammten die Motive für Entwicklungshilfe aus „religiösen-humanitären Bereich, aus staatspolitischen, wirtschafts- oder kulturpolitischen Motiven.“⁶⁷ Der religiöse Bereich war für die ÖVP schon daher als Motiv relevant, da sie sich als auf den Prinzipien des Christentums aufbauend sah und somit das Gebot der Nächstenliebe selbstverständlich war. Besonders Heinrich Drimmel (Unterrichtsminister von 1954 bis 1964)⁶⁸ betonte die religiösen Gründe für ein Handeln in der Entwicklungshilfe. „Der Katholik kann seine Nächstenliebe keinem Menschen verweigern.“⁶⁹ Dabei war er gegen rein wirtschaftliche Überlegungen. Diese hatten in der Partei hingegen Vorrang. So sollten auch die kulturpolitischen Maßnahmen letztlich wirtschaftlichen Interessen dienen, da damit am besten „Freunde in der Welt“ zu gewinnen wären. Die Erschließung von Rohstoffen und Absatzmärkten war ein relevantes Element der Entwicklungshilfe:⁷⁰

„Industriestaaten, die sich von der Entwicklungshilfe fernhalten, versperren sich früher oder später die Erschließung neuer Absatzmärkte. (...) Die Beiträge für die Entwicklungshilfe, die uns jetzt große Opfer... abverlangen, sind daher auch eine Art von Pflege eines Marktes, eines Marktes, der für uns vielleicht schon morgen von allergrößter Bedeutung und von Vorteil sein kann.“⁷¹

Ausgehend davon waren die Entwicklungspolitische Maßnahmen der ÖVP. So galt die bilaterale Hilfe als geeignete Form der Entwicklungshilfe. „(...) Erschließung neuer Exportmärkte und

⁶⁵ Bei der Aktion 20 handelte es sich um ein Programm zur „Verwissenschaftlichung“ der Politik, welches im Jänner 1966 vor den Nationalratswahlen durch die ÖVP präsentiert wurde. Professoren (wie Karl Fellinger, Günther Winkler, Hans Tuppy, Leopold Rosenmayr, Stephan Koren) arbeiteten zu verschiedenen Themen mit der ÖVP zusammen. Allerdings konnten sich die meisten Programme der Aktion 20 nicht durchsetzen, da sich der Partei nahestehende Gruppierungen dagegen wandten und da es einer Zweidrittelmehrheit im Parlament für Verfassungsfragen bedurfte. Vgl. Anton Nevlacsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition. In: Sieder, Steinert, Talos (Hg.), Österreich 1945 – 1995, Gesellschaft Politik Kultur (Bd. 60, Wien 1995), 159f.

⁶⁶ Vgl. Rudolf Eder, Hermann Krobath, Die österreichische Entwicklungshilfe. Politik – Organisation – Leistungen. Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe (Bd. 2 Wien/Dar es Salaam 1972), 505-514

⁶⁷ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 506

⁶⁸ TU Graz, das Österreich Lexikon, online unter <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.d/d910588.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

⁶⁹ Heinrich Drimmel, Entwicklungshilfe als politische und menschliche Aufgabe für Österreich. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes in Wien, Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 5

⁷⁰ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 506f.

⁷¹ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 507

Wahrung außenpolitischer Belange Österreichs können im Rahmen bilateraler Hilfe eher durchgeführt werden als auf multilateraler Basis.⁷² Franz Karasek sah besonders für Österreich in der bilateralen Hilfe den Vorteil „(...) nicht den Einwand zu befürchten, daß durch solche Aktionen ein Neo-Kolonialismus gefördert (...)“⁷³ werde. Auch er betonte die wirtschaftlichen Vorteile dieser Form der Hilfe: „Andererseits kann gerade durch bilaterale Aktionen der Name Österreichs in Gebiete bekannt gemacht werden, in denen es durchaus nicht üblich ist, über Österreich informiert zu sein.“⁷⁴ Trotz dem Bekenntnis zur bilateralen Hilfe stieg in den ersten zwei Jahren der ÖVP-Alleinregierung der multilaterale Anteil der österreichischen Entwicklungshilfe markant an.⁷⁵ Die ÖVP war Befürworterin der Bildungshilfe, da dies eine besonders kostengünstige Form der Hilfe war. Dabei war vor allem die Fachkräfteausbildung im gewerblichen Bereich ein Fokus. Der Grund hierfür war das Fehlen von guten Kontakten mit gut ausgebildeten Personen im gewerblichen Bereich.⁷⁶ Entwicklungshilfe sollte nach der ÖVP nicht jedem Entwicklungsland gewährt werden. Kriterien wie „ein gewisses Niveau“ der Struktur ihrer Wirtschaft und ihrer Finanzpolitik, die vertretbar sein sollte und nicht „entschädigungslose Verstaatlichung“ betreiben, sollten berücksichtigt werden.⁷⁷

SPÖ

Die außenpolitische Position der SPÖ war geprägt durch das Konzept des sozialistischen Internationalismus, „(...) das Ziel der Verwirklichung der sozialistischen Ideale der Gerechtigkeit, Gleichheit und der Solidarität der Werktätigen auf internationaler Ebene (...).“⁷⁸ Die Partei verstand sich als „(...) Teil einer weltweiten, internationalen Bewegung, deren Ziel Friede und Freiheit für alle Völker ist.“⁷⁹ Diese Ziele waren bereits im Parteiprogramm vom 14. Mai 1958 verankert, spielten aber in der Außenpolitik bis 1970 keine große Rolle. In der Koalitionsära bis 1966 bestand ein Grundkonsens der Parteien in der Außenpolitik, parteipolitischen Akzentuierungen hielten sich in dieser Zeit im Hintergrund.⁸⁰

⁷² Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 508

⁷³ Franz Karasek, Die Österreichische Entwicklungshilfe. Ausblick und Vorschläge. In: Confrontation, Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 3

⁷⁴ Franz Karasek, Ausblick und Vorschläge, In: Confrontation, Jg.5/Heft 3, Juli 1965, 3

⁷⁵ Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 39

⁷⁶ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 510f.

⁷⁷ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 508

⁷⁸ Heinz Wittmann, Die Rolle des Parlaments und der Parteien in der Außenpolitik. In: Renate Kicker, Andreas Khol, Hanspeter Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen (Salzburg 1983) 111-141, hier 127

⁷⁹ Wittmann, Rolle des Parlaments und der Parteien, 1983, 127

⁸⁰ Wittmann, Rolle des Parlaments und der Parteien, 1983, 127

Mit der SPÖ Alleinregierung 1971 fanden stärker „sozialistisch-internationalistische“⁸¹ Vorstellungen Eingang in die Außenpolitik (besonders in den Bereichen Dritte Welt, Ost-West Problematik und Nachbarschaftspolitik), und wurden somit auch Teil der offizielle Haltung und Aktivitäten der Bundesregierung. Bestimmend dafür war die Person des Bundeskanzler Kreisky⁸², der auf internationaler Ebene gut vernetzt und sehr engagiert war. Als einer der Vizepräsidenten der *Sozialistischen Internationale* (SI) nahm er eine führende Rolle auf dem internationalen Feld ein. Die Sozialistische Internationale etablierte sich zu dieser Zeit in der internationalen Politik außerhalb der Blöcke als ein eigenständiger Faktor.⁸³

Die Sozialistische Partei Österreichs bekannte sich bereits in ihrem Parteiprogramm 1958 zum „Vorrang der internationalen Zusammenarbeit gegenüber nationaler Selbstsucht“⁸⁴. Entwicklungshilfe zu leisten ergab sich für die SPÖ aus einer Partnerschaftsidee da eine Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern „(...) auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Freiwilligkeit (...)“⁸⁵ notwendig war. Auch Fritz Bock (ÖVP BM für Handel und Wiederaufbau 1956-1966, Vizekanzler 1966-1968)⁸⁶ verwies auf Partnerschaft.⁸⁷ Wirtschaftliche Faktoren waren ebenso in der SPÖ relevante Motive für Entwicklungshilfe, allerdings wurden hier Entwicklungsländer als Handelspartner gesehen. Entgegen dem religiösen Element der ÖVP war die Grundlage die humanitäre Plicht: „über die politischen und ökonomischen Überlegungen hinaus Entwicklungshilfe eine humanitäre Pflicht ist, eine Solidaritätsverpflichtung der Menschheit.“⁸⁸ Die SPÖ befürwortete ein stärkeres Engagement in der multilateralen Hilfe, Österreich sollte hier stärker in Erscheinung treten. Gleichzeitig wurde die Kürzung der bilateralen Hilfe ab Mitte der 60iger Jahre kritisiert. Da auch die sozialistische Partei das Erscheinen im Entwicklungsland als einen großen Vorteil der bilateralen Form der Hilfe sah. Grundsätzlich sollte Entwicklungshilfe frei von politischen Bedingungen gewährt

⁸¹ Wittmann, Rolle des Parlaments und der Parteien, 1983, 127

⁸² Kreisky engagierte sich vielfach im Nord-Süd Dialog. So berief er mit dem mexikanischen Präsidenten eine Initiative zur Einberufung eines Gipfeltreffens von verantwortlichen Politikern aus Industrie- und Entwicklungsländern (Cancun 1981). Bei dem Gipfeltreffen, (welches grundsätzlich den Nord-Süd-Dialog wiederbeleben sollte) wurde Kreiskys Vorschlag für ein Programm zur Verbesserung von Infrastruktur und wirtschaftliche Basissektoren für die Entwicklungsländer vorgestellt (Neuer Marshallplan für die Entwicklungsländer. Vgl. dazu: Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 327f.

⁸³ Wittmann, Rolle des Parlaments und der Parteien, 1983, 127

⁸⁴ Eder Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 514

⁸⁵ Eder Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 514

⁸⁶ Republik Österreich, Parlamentsdirektion, online unter http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00138/ [letzter Zugriff 5.5.2013]

⁸⁷ Vgl. Fritz Bock, Entwicklungsländer – Absatzmarkt der Zukunft. In: Confrontation, Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 7

⁸⁸ Herta Firnberg, Nationalrat, XI. GP. – 120 Sitzung (4.12.1968), zitiert nach Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 516

werden.⁸⁹ Mit Ausnahme von Bruno Kreisky, tendierten die Meinungen sowohl in der SPÖ als auch in der ÖVP Richtung Bilateralismus.⁹⁰ Im Rahmen der SPÖ bestand bereits ein loses Gremium, das zum Austausch von Informationen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe diente. An diesem „Koordinierungsausschuß für Entwicklungshilfe“ nahmen alle der SPÖ nahe stehenden Personen und Organisationen teil. Als unabhängige Gliederungen der SPÖ waren die Vereine „Österreichische Kinderfreunde“ und „Sozialistische Jugend Österreich“ in der technischen Hilfe tätig.⁹¹

3.2 Innerösterreichische Positionen zur Entwicklungshilfe

Ab Mitte der 1950iger Jahren gab es erste verstreute Aussagen österreichischer Politiker zur Entwicklungshilfe. Diese Äußerungen beschränkten sich auf einige wenige Aspekte. Im politischen Alltag Österreichs blieben sie aber Randbemerkungen, eine Systematik entwicklungspolitischen Denkens fehlte.⁹² Dabei kam es bei Aussagen von Politikern der beiden Großparteien durchaus zu Berührungspunkten, wenn auch mit unterschiedlichen Argumentationen und Schlussfolgerungen.

3.2.1 Aussagen/Stellungnahmen zur Entwicklungshilfethematik

Die österreichische Außenpolitik gegenüber den Vereinten Nationen war von Beginn an geprägt durch das Ziel, Österreich zu einem wichtigen Bestandteil der Staatengemeinschaft zu machen.⁹³ Damit verknüpft waren wirtschaftliche und politische Motive, die sich auch in Aussagen verschiedener Politiker zeigten. Da Österreich ein Kleinstaat ist, musste es „(...) jede bietende Gelegenheit ausnützen, um auf seine Existenz und seine Leistungen aufmerksam zu machen. Dies ist um so wichtiger in den nunmehr neu in das Blickfeld der Öffentlichkeit tretenden Gebiete der Welt.“⁹⁴ Ganz ähnlich sah das auch Carl Bobleter, Diplomat und ÖVP Politiker (1964 bis 1968 Staatssekretär im BMAA), der ein Engagement in der Entwicklungshilfe vor allem für das Entstehen eines Österreich Bildes als relevant erachtete und dies mit politischen Eigeninteressen verband:

⁸⁹ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 514

⁹⁰ Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge, In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 39

⁹¹ Eder Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 519

⁹² Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 29

⁹³ Vgl. Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 329

⁹⁴ Karasek Franz, Die österreichische Entwicklungshilfe. Ausblick und Vorschläge. In: Confrontation. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 4 (ÖVP Abgeordneter)

„Ein Abseitsstehen können wir uns nicht leisten – weder politisch noch wirtschaftlich. Die Einstellung eines Landes zum Entwicklungsproblem wird in immer stärkerem Maße mitbestimmend für sein Profil, für sein ‚Image‘ in unserer Welt und seine Stellung in den internationalen Foren und vor allem in den Vereinten Nationen, in denen das Stimmpotential der Entwicklungsländer immer breiter wird.“⁹⁵

Klarer drückte Bundespräsident Franz Jonas (SPÖ) die Verbindung von außenpolitischen Eigeninteressen mit der Entwicklungshilfe in seiner Neujahrsansprache 1969 aus:

„Wir brauchen zwar keine Lebensmittelhilfe mehr von anderen Ländern, aber wir brauchen trotzdem ihr Verständnis und ihre Unterstützung, wenn es darum geht, österreichische Anliegen in den großen internationalen Körperschaften, wie z.B. den Vereinten Nationen und im Europarat, durchzusetzen. Wir ersehen daraus, daß die Hilfe, die wir den Entwicklungsländern geben, uns doch in anderer Form wieder zugute kommt.“⁹⁶

Jonas bezog sich hier unter anderem auf die Unterstützung der Dritten Welt in der Südtirolfrage.⁹⁷ In den fünfziger Jahren war es schwierig Grenzveränderung in Europa durchzuführen, daher war die Unterstützung durch Länder des Südens notwendig. Kreisky schrieb dazu, dass die „Freunde in Europa nicht gewonnen“ werden konnte und somit „Freunde außerhalb Europas“ gesucht werden mussten.⁹⁸ Vertreter beider Parteien sahen also außenpolitische Interessen als ein Motiv Entwicklungshilfe zu leisten an.

Gründe Entwicklungshilfe zu leisten wurden auch durch eine moralische Verpflichtung argumentiert, da Österreich zum einen selbst Hilfe bekommen hatte und zum anderen als neutraler Staat besonders geeignet wäre. ÖVP Abgeordneter Fritz Bock sah aus der Hilfe des Marshall-Plans für Österreich eine solche Verpflichtung resultieren:

„Wenn Österreich heute auf eine fundierte Wirtschaft hinzuweisen vermag, die den errungenen Wohlstand auch sichern kann, so verdankt das Land sie zu einem nicht unbeträchtlichen Teil der großzügigen Hilfe durch die Vereinigten Staaten. Schon daraus leitet sich die moralische

⁹⁵ Bobleter Carl zitiert nach Krobath und Eder, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 17

⁹⁶ Bundespräsident Franz Jonas: Neujahrsrede 1969, zitiert nach Krobath und Eder, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 17

⁹⁷ Wittmann, Rolle des Parlaments und der Parteien, 1983, 324

⁹⁸ Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers (Berlin 1988), 153

Verpflichtung Österreichs ab, nun seinerseits auch anderen Völkern zu helfen, aus der Not herauszukommen und eine gesunde Wirtschaft aufzubauen.“⁹⁹

Die Idee des Marshallplanes griff bereits Kreisky auf und vertrat diese auch in dem von ihm gegründeten Wiener Institut für Entwicklungsfragen. Durch sein Engagement für diesen Plan wurde er im Kuratorium des Institutes auf „Kreisky Plan“ umgeändert.¹⁰⁰ Die moralische Verpflichtung wurde parteiunabhängig als relevantes Motiv für die österreichische Entwicklungshilfe genannt und war in Regierungserklärungen der österreichischen Bundesregierung von Klaus bis Kreisky enthalten.¹⁰¹

Dem moralischen Motiv entgegen standen die Wirtschaftinteressen, welche paradoixerweise in einem Atemzug mit moralischen Gründen genannt wurden.¹⁰² Entwicklungsländer gewannen zunehmend als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten an Relevanz.¹⁰³ Sowohl SPÖ als auch ÖVP Politiker sahen in diesem Zusammenhang eine mögliche Erschließung von Wirtschaftkontakte für österreichische Unternehmen. So verfügte Österreich bereits zu einem frühen Zeitpunkt (1964) über eine wohlfunktionierende Infrastruktur im Bereich der als Entwicklungshilfe deklarierten Exportförderung. Hierfür wurden zwei Gremien gegründet das Interministerielle Komitee für Starthilfe-Kredite und das Entwicklungshilfe-Export-Komitee. In der Vergabe von Mitteln, die an den Kauf von Waren im Geberland gebunden war, zählte Österreich zu jenen Geberländern mit einem hohen Anteil der gebundenen Entwicklungshilfe.¹⁰⁴ Im Rahmen der Absatzförderung gab es durchaus auch Politiker, die sich nicht auf reinen Lobbyismus für österreichische Industrie beschränkten. Kreisky sah in der Absatzförderung ein Instrument, um Wirtschaftskrisen zu entschärfen:

„ [...] wollen wir verhindern, daß es wieder durch die sogenannte Überproduktion [...] Arbeitslose gibt, dann werden wir auch in Österreich bereit sein müssen, einen Teil unserer Produktion den neuen Völkern zur Verfügung zu stellen, auch dann, wenn durchaus nach herkömmlicher Art von Rentabilität keine Rede sein kann.“¹⁰⁵

⁹⁹ Fritz Bock, Entwicklungsländer – Absatzmarkt der Zukunft. In: *Confrontation*, Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 7

¹⁰⁰ Vgl. Bruno Kreisky, *Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers* (Berlin 1988), 263

¹⁰¹ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), *Außenpolitik und Demokratie*, 1983, 330

¹⁰² Vgl. Gerald Hödl, *Die Anfänge*. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.), *Praxis der EZA*, 2003, 33

¹⁰³ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), *Außenpolitik und Demokratie*, 1983, 330

¹⁰⁴ Vgl. Gerald Hödl, *Die Anfänge*. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.), *Praxis der EZA*, 2003, 34

¹⁰⁵ Bruno Kreisky (1962), *Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. Europagespräche*, Wien, 23. Juni 1962, In: Bruno Kreisky, *Reden Band 1* (Wien 1981), 350-359, hier 354

Dabei konnte es sich nach Kreisky nur um temporäre Maßnahmen handeln, Entwicklungsländer sollten mit der Zeit österreichische Waren auch nach kommerziellen Gesichtspunkten beziehen. Daher war die Vorgehensweise in einer breiteren Perspektive zu sehen, als eine „(...) Art von internationaler Investitionspolitik, die uns Österreicher interessieren muß, wollen wir die Zukunft unserer Wirtschaft sichern.“¹⁰⁶ Auch in der ÖVP war diese Art des ökonomischen Denkens vertreten. Bundeskanzler Klaus sah Entwicklungshilfe als „(...) Forderung wirtschaftlicher Klugheit, um das Problem der Überproduktion und der mangelhaften Güterverteilung zu lösen.“¹⁰⁷

Die Neutralität war ein weiteres Element, das als Legitimation für Entwicklungshilfe heran gezogen wurde. Kreisky leitete 1962 daraus eine besondere Verpflichtung für neutrale Staaten zu Entwicklungshilfe ab.¹⁰⁸ Als Beispiel nannte er die Schweiz, die diese Verantwortung in ihre Außenpolitik durch die Formel „Neutralität und Solidarität“¹⁰⁹ eingebunden hatte. Völkerrechtlich lässt sich eine konkrete Politik innerhalb der Entwicklungshilfe auf Grund der Neutralität nicht ableiten. Jedoch ist durch sie ein gewisser außenpolitischer Spielraum gegeben, worin eine Verantwortung zur Verfolgung konfliktlösender Strategien bzw. Vermittlung eingenommen werden kann.¹¹⁰ „Im Sinne einer positiven Neutralitätspolitik kann er (Anm. der neutrale Staat) besondere Aufgaben auch auf dem Gebiet des Nord-Süd-Dialoges in der Staatengemeinschaft erfüllen.“¹¹¹ So wurde in den Nord-Süd Beziehungen durch Österreich eine „vermittelnde Haltung“ in Streitfragen angenommen und eine „mittlere Linie“ eingeschlagen.¹¹² Mit Beginn der 1970iger Jahre war Österreich bspw. Gast bei den Gipfelkonferenzen der Blockfreien, ein solcher Gaststatus wurde später auch anderen neutralen Staaten gewährt.¹¹³

Begründet wurde also ein Engagement im Bereich der Entwicklungshilfe durch eine moralische Verpflichtung, besonders relevant durch die Neutralität Österreichs. Wobei wirtschaftliche und außenpolitische Interessen deutlich von Bedeutung waren. Diese Interessen fanden sich in der Programmatik des IKFE wieder – Projektvorhaben mussten von einem außenpolitischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus geprüft werden (Vgl. Kapitel 7.5).

¹⁰⁶ Bruno Kreisky (1962), Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. Europagespräche, Wien, 23. Juni 1962, In: Bruno Kreisky, Reden Band 1 (Wien 1981), 350-359, hier 354

¹⁰⁷ Klaus 1965, zitiert nach Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.), Praxis der EZA, 2003, 35

¹⁰⁸ Kreisky 1962 zitiert nach Eder und Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 15

¹⁰⁹ Vgl. Krobath und Eder, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 15

¹¹⁰ Vgl. Krobath und Eder, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 15

¹¹¹ Vgl. Krobath und Eder, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 15

¹¹² Vgl. Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 332f.

¹¹³ Vgl. Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 332f.

Bei den angeführten Aussagen und Stellungnahmen handelte es sich um deklarierte Motive und Ziele. Sie sind mehr als eine „*facon de parler*“¹¹⁴ zu betrachten, eine Entwicklungshilferhetorik aus der keine konkrete Leistung erfolgte. Die Realität der österreichischen Entwicklungshilfe wichen also von den angeführten Intentionen wesentlich ab. Dies ist auch in weiterer Folge für diese Arbeit relevant. Die Aussagen in Grundsatzpapieren der Ministerien stehen nicht im Einklang mit der Projektpraxis und hatten lange Bestand in der österreichischen Entwicklungshilfepolitik. „Die seit jeher zu beobachtende Kluft zwischen öffentlichen Erklärungen und der Praxis hat sich in diesem Bereich in den 70er Jahren bis zur Grenze des in der internationalen Öffentlichkeit Vertretbaren geweitet.“¹¹⁵

In der Zweiten Entwicklungsdekade kam es zu einer deutlichen Intensivierung der Nord-Süd Beziehungen, vor allem im multilateralen Bereich der Vereinten Nationen. Jedoch blieb die entwicklungspolitische Programmatik auch nach der Anfangsphase der 60iger Jahre Lippenbekenntnisse, die in den Entwicklungshilfeleistungen keine Entsprechung fand.¹¹⁶

3.2.2 Debatte um Entwicklungshilfe, Fallbeispiel Kongo

Nach der Unabhängigkeit Kongos 1960, brachen im Land Unruhen aus. Belgien entsandte Truppen, um eigene Staatsbürger zu schützen und Ordnung wiederherzustellen, allerdings ohne das Einverständnis der Regierung Kongos. Einige Tage später startete eine vierjährige Operation der Vereinten Nationen (ONUC Juli 1960 – Juni 1964), mit dem Ziel den Kongo in seiner politischen Unabhängigkeit zu unterstützen und die Unruhen zu beenden.¹¹⁷

In der Märzausgabe der sozialistischen Zeitschrift „*Zukunft*“ wurde eine mögliche Beteiligung Österreichs an der Kongo Mission, von Vertretern der SPÖ und ÖVP diskutiert. Auch hier wurden die bereits erwähnten Argumente (Neutralität, wirtschaftliche Interessen moralische Verpflichtung) herangezogen.

SPÖ Abgeordneter Peter Strasser hob den Vorteil der Neutralität Österreichs in dieser Debatte hervor, da hier klar wäre, dass keine imperialen Ziele ausschlaggebend für ein Engagement wären. Dabei war ihm die Relevanz Österreichs im internationalen Rahmen als Motiv wichtig,

¹¹⁴ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 13

¹¹⁵ Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 334f.

¹¹⁶ Vgl. Benedek, Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen, In: Kicker, Kohl, Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie, 1983, 362

¹¹⁷ United Nations, Department of Public Information. Online unter <http://www.un.org/Depts/DPKO/Missions/onucB.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

da sonst „Österreich (...) zur Provinz und Wien zu einem kanallosen Venedig herabsinken (...)“¹¹⁸ würde. Und sah für die sozialistische Arbeiterbewegung Österreichs „(...) eine Renaissance internationaler sozialistischer Solidarität beginnen.“¹¹⁹

ÖVP Abgeordneter Ludwig Weiß war ebenfalls Befürworter der Entwicklungshilfe, allerdings aus einer anderen Schlussfolgerung heraus. Er sah die multilaterale Hilfe als Pflicht an, jedoch war dies nach seiner Ansicht nicht die geeignete Form der Hilfe. Die größte Relevanz würden nach Weiß vor allem wirtschaftliche Faktoren, wie Rohstoffe und Absatzmärkte, gewinnen und er begründete daraus die Notwendigkeit mehr bilaterale Hilfe zu geben, da hier ein Geberland stärker in den Vordergrund trat. Weiß, der die christlichen Mission guthieß, sah in der Entwicklungshilfe keine reine Staatsangelegenheit: „Es handelt sich nicht nur um die Verteilung von Almosen, sondern um die Pflege menschlicher Werte.“¹²⁰ Daher benötigte es auch materielle Opfer des Volkes. Eine der wichtigsten Aufgaben war insofern die „Konzentration, Intensivierung und Weckung des Verständnisses in unserem Volk (...)“¹²¹ Weiß kritisierte die Koordinierung der Entwicklungshilfe, da zu viele Stellen involviert waren. Auch die Argumentation, dass in Österreich zuerst in unterentwickelte Gebiete investiert sollte, bevor man an Entwicklungshilfe denke, kritisiert er. Auch Josef Sterk (SPÖ), bemängelte das Argument, dass Österreich zu arm wäre um Entwicklungshilfe zu leisten. Hierzu nannte er Israel, welches ein armes kleines Land war und trotzdem Entwicklungshilfe in Form von Expertenentsendung nach Afrika leistete.¹²²

Eindeutig gegen Entwicklungshilfe jeder Form stellte sich ein gewisser Karl F. Schwarz in dieser Debatte. Einer der Gründe dafür lagen für ihn im hohen Bevölkerungswachstum des Südens und die damit verbundene Versorgung der Menschen in Zukunft. Dabei stellte er polemisch die Frage: „Was ist vernünftiger – die Menschen, die sich wie Kaninchen vermehren, auch wie Kaninchen sterben zu lassen oder die unsinnige Massenproduktion an Menschen in den unterentwickelten Ländern zu fördern?“¹²³ Schwarz sprach weiter in herablassendem Ton die Korruption und Veruntreuung von Entwicklungshilfegeldern an. Er ging in seinem Diskussionsbeitrag soweit die Intelligenz der Afrikaner in Frage zu stellen, da es bis zu diesem Zeitpunkt keine afrikanischen Nobelpreisträger gab (zwei Friedensnobelpreise an Afrikaner

¹¹⁸ Peter Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“, 66

¹¹⁹ Peter Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft, 1962, 66

¹²⁰ Ludwig Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer. In: Die Zukunft, 1962, 67

¹²¹ Ludwig Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer. In: Die Zukunft, 1962, 67

¹²² Vgl. Josef Sterk, Soll Europa Afrika helfen? In: Die Zukunft, 1962, 68-70

¹²³ Karl F. Schwarz, Die Stimme dagegen. In: Die Zukunft, 1962, 68

zählte er dabei als nicht besonders gewichtig ein). Österreich, das keine Kolonialmacht war, sah er gar nicht erst verpflichtet Entwicklungshilfe zu leisten und ohnehin wäre damit kein Nutzen oder Dank verbunden. Unhinterfragt schätzte er die Kolonialherrschaft als positiv ein, da durch sie noch Ordnung herrschte. Daher sollte auch im Falle des Kongos nicht eingegriffen werden.¹²⁴ Mit diesem bissigen Kommentar setzte sich Friedrich Katscher, Managing Editor der Zeitschrift Zukunft und außenpolitische Redakteur der Arbeiter-Zeitung (AZ)¹²⁵, auseinander. Gerade durch das hohe Wachstum der Bevölkerung in Entwicklungsländern sah Katscher dringenden Tätigkeitsbedarf. Aus dem europäischen Beispiel heraus, folgerte er, dass nur ein hoher Lebensstandard längerfristig die hohe Geburtenrate eindämmen würde. Übereinstimmend in einem einzigen Punkt hob Katscher die Korruption hervor. In diesem Zusammenhang ging er auf Israel als Vorbild für Österreich ein. Ausbildungshilfe oder Expertenhilfe würden direkt die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessern und sah hier eine Möglichkeit „(...) ohne riesigen Aufwand manch wertvolle Hilfe bieten.“¹²⁶ Die unsachliche Infragestellung der Intelligenz der Afrikaner durch Schwarz entgegnete er mit der Tatsache, dass Afrikaner lange Diskriminierungen erfahren hatten und ihnen Zugang zu Bildung verwehrt worden war. Beispielhaft im negativen Sinne war für ihn die belgische Kolonialherrschaft im Kongo, da die Verwaltung gänzlich in belgischer Hand gewesen war. Auch dem Argument, Entwicklungshilfe brächte keinen Nutzen, entgegnete Katscher mit der Tatsache, dass die Warenlieferungen als Reparation an die Sowjetunion der österreichischen Wirtschaft geholfen hatten und Entwicklungshilfe ebenfalls einen solchen Effekt haben könnte. Allgemein befand Katscher „Der Egoismus, der sich in den Zeilen Schwarz‘ kundtut, ist nicht nur unwürdig, sondern außerdem äußerst kurzsichtig.“¹²⁷

Der Presse-Redakteur Louis Barcata, selbst im Kongo im Herbst 1961 anwesend, war für ein Engagement „des weißen Mannes“ in der Kongokrise, da „(...) der Hauptteil der Verantwortung für das, was heute in Afrika schiefgeht, auf seinen Schultern liegt.“¹²⁸ Die belgische Kolonialherrschaft wertet Barcata als durchaus positiv und lobte ihre Leistungen wie den Bau von Eigenheimen für Bergwerkarbeiter. Der Journalist teilte den bereits erwähnten Aspekt des belgischen Kolonialsystems, dass Kongolesen in der gesamten Administration des Staates

¹²⁴ Vgl. Karl F. Schwarz, Die Stimme dagegen. In: Die Zukunft, 1962, 67f.

¹²⁵ Vgl. Sophia-Therese Fielhauer-Resei, Die alte Journalistenschmiede. Vor 20 Jahren erschien die letzte Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. In: Der Österreichische Journalist online, Ausgabe 8+9/2011, online unter <http://www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-08092011/die-alte-journalistenschmiede/> [letzter Zugriff 5.5.2013]

¹²⁶ Friedrich Katscher, Ja – man soll den Kongonegern helfen. In: Die Zukunft, 1962, 112.

¹²⁷ Friedrich Katscher, Ja- man soll den Kongonegern helfen. In: Die Zukunft, 1962, 112

¹²⁸ Louis Barcata, Die Verpflichtung des weißen Mannes. In: Die Zukunft, 1962, 70

lediglich Hilfsdienst leisten durften. Aus diesem Versäumnis leitete er die Unruhen und Gewalt ab, für deren Beendigung er totalitäre Methoden notwendig sah. Barcata schlug dann ähnlich wie bereits Schwarz einen herablassenden Ton an und erklärt die Situation in Afrika folgendermaßen: „Man sollte nicht vergessen, daß das ganze schwarze Afrika – im Gegensatz etwa zu Asien, wo uralte Kulturen den Menschen Halt in Geschichte, Tradition, Religion geben –, daß also Afrika nicht allein ein Problem des Hungers, sondern einer der Barbarei darstellt.“¹²⁹ Das Handeln des „weißen Mannes“ sah er als notwendig an, da ansonsten der ganze Kontinent in „Re-Barbarei“ zurück fallen könnte, da „(...) der primitive Mensch Afrikas überhaupt eher zu den Stammessitten zurück- als einem modernen Rechtsstaat im europäischen Sinn entgegendarängt.“¹³⁰

Sieht man von den herablassenden Argumentationen ab, so gab es in der Kongodebatte keine großen Differenzen zwischen Aussagen der Vertreter den beiden Parteien. Aspekte der wirtschaftlichen Faktoren wie Rohstoffe und Absatzmärkte, Bedeutung Österreich in der internationalen Politik oder die Neutralität (die entweder für oder gegen eine Beteiligung verwendet wurde) sind auch in dieser Debatte vertreten. Dabei konzentrierte sich die ÖVP mehr auf wirtschaftliche Faktoren, und Vertreter der SPÖ betonten, warum gerade Österreich besonders in der Lage wäre, Entwicklungshilfe zu leisten.

¹²⁹ Louis Barcata, Die Verpflichtung des weißen Mannes. In: Die Zukunft, 1962, 70

¹³⁰ Louis Barcata, Die Verpflichtung des weißen Mannes. In: Die Zukunft, 1962, 70

4 Erste Initiativen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gab es in Österreich bis zur Gründung des Interministeriellen Komitees zur Förderung von Entwicklungsländern kein Instrument der staatlichen Entwicklungshilfe. Dieses Politikfeld wurde vom Staat nicht erkannt. Die Anfänge des Engagements im Bereich der Entwicklungshilfe sind in privaten Initiativen zu suchen. Als erste große Entwicklungshilfeaktion ist der Familienfasttag der katholischen Frauenbewegung 1958 zu betrachten. Die Stärke des privaten Sektors ist zurück zu führen auf katholische Missionsaktivitäten.¹³¹

Das geringe Engagement Österreichs wurde mit der Geschichte des Landes im Zweiten Weltkrieg begründet. Österreich sei selbst lange Empfänger von Hilfsgeldern und bis zehn Jahre nach Kriegsende besetzt gewesen. Darüber hinaus wurden die Reparationszahlungen, die Flüchtlingsströme aus dem Osten in den Jahren 1945 und 1956 und die wirtschaftliche Rückständigkeit großer Gebiete im Osten und Nordosten Österreichs als Begründung genannt. Daher habe sich Österreich nicht wie andere europäische Länder, die Schweiz oder Holland, der Entwicklungshilfe widmen können.¹³² Solche Argumentationen finden sich in Dokumenten des BMF und des BMAA, aber auch in Stellungnahmen zur Entwicklungshilfe von Politikern beider Großparteien. Weiters wurde das Fehlen von Kolonien als Rechtfertigung für die geringe Tätigkeit in der Entwicklungspolitik heran gezogen. So sah Michael Fitz (publizierte in den 1960iger zur Entwicklungshilfe) Entwicklungspolitik als einen Weg der politischen Einflussnahme, der besonders für Großmächte relevant war. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtete er das österreichische Engagement. Als Kleinstaat wäre Österreich zunächst fehlender und dann geringer Einsatz in der Entwicklungspolitik nur verständlich. Fitz führte diesen Gedanken weiter aus und sah ehemalige Kolonialmächte als jene an, die verpflichtet wären Entwicklungshilfe zu leisten, da ein wirtschaftlicher Aufschwung der Entwicklungsländer in ihrem Interesse wäre. Problematisch scheint mir seine Betrachtung von Entwicklungshilfe als eine Art Verlängerung von Kolonialismus. Ehemalige Kolonialstaaten würden besser über die Probleme und Anliegen der Entwicklungsländer Bescheid wissen und deren Bevölkerung wäre bereits an Ausgaben für solche Regionen gewöhnt. Österreich hingegen, ein Land ohne koloniale Vergangenheit hätte im Vergleich dazu Nachteile. „Hilfe für ein Entwicklungsland ist für

¹³¹ Vgl. Walter Sauer, Missions-Entwicklungshilfe-Solidarität. Afrika im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit, Jg. 13/Nr. 2 März – Juni 1983, In: VGS Verein für Geschichte und Sozialkunde, Beiträge zur historischen Sozialkunde, 60-66, hier 62f.

¹³² Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953

Österreich nicht die Fortsetzung einer jahrlangen Übung, sondern eine völlig neue Belastung des Staatshaushaltes, die deshalb besonders empfunden und kritisch betrachtet werde.“¹³³

Als Hintergrund solcher Aussagen muss gesagt werden, dass das allgemeine Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung zur Entwicklungspolitik sehr gering war. Damit ging ein mangelndes Interesse einher, sich mit auswärtigen Problemen zu beschäftigen. Eine Rolle spielte dabei, dass in Österreich der Gedanke der Entwicklungshilfe und deren Notwendigkeit zu wenig propagiert wurde. Dies resultierte wiederum aus der mangelnden und uneinheitlichen Politik zu dieser Thematik.¹³⁴

Erste Initiativen im Bereich der Entwicklungshilfe wurden in Österreich Ende der 1950iger Jahre privat organisiert. Ernst Schwarcz, österreichischer Quäker der für die Gründung einer österreichischen Dachorganisation für Entwicklungshilfe eintrat, versuchte 1958 einen gesamtösterreichischen Hilfseinsatz für Entwicklungsgebiete zu schaffen. Mit verschiedenen Vertretern der religiösen Gemeinschaften, der beiden Regierungsparteien, des Gewerkschaftsbundes und bedeutenden Körperschaften wurde solch ein Einsatz besprochen. Ein Expertenkomitee schlug die Sendung eines fahrbaren Ambulatoriums mit chirurgischen Einrichtungen nach Indien vor. Die Kosten dieses Projektes hätten sich schätzungsweise auf eine dreiviertel Million Schilling belaufen. Auch ein Stipendiensystem für Studenten aus Entwicklungsländern und die Entsendung von Experten wurde geplant. Allerdings blieb diese Hilfsaktion „Österreichischer Hilfsdienst für außereuropäischer Gebiete“ im Planungsstadium, da die finanziellen Mittel nicht aufgebracht werden konnten.¹³⁵

Im gleichen Jahr organisierte das katholische Frauenwerk erstmals einen „Familienfasttag für Hungernde“ an dem alle Pfarrgemeinden Österreichs teilnahmen und 2,8 Millionen Schilling sammelten. Durch den Familienfasttag wurden in den ersten drei Jahren seines Bestehens insgesamt 14 Millionen Schilling gespendet. Diese Mittel gingen hauptsächlich an verschiedene katholische Hilfsprojekte in Südkorea.¹³⁶ Der Familienfasttag des katholischen Frauenwerkes gilt als erste große Aktion der privaten österreichischen Entwicklungshilfe. In der Zeit von 1958 bis 1964 beliefen sich die Gesamtleistungen der österreichischen katholischen Institutionen für

¹³³ Michal Fitz, Allgemeine Untersuchung der gebundenen Entwicklungshilfe. In: Wilhelm Weber (Hg), Die Bindung der Entwicklungshilfe. Drei österreichische Diskussionsbeiträge. IBE: Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung (Wien 1971) 1-69, hier 36

¹³⁴ Vgl. Alois Brusatti, Herta Karpstein, Dieter Wintersberger, Österreichische Entwicklungshilfe. Leistungen und Möglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Vermittlung von Wissen und technischem Können (Wien 1963), 52

¹³⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953, 2

¹³⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953

Entwicklungshilfe (nicht inkludiert Missionshilfe und Katastrophenhilfe) auf 110 Million öS. Die Erweiterung des Entwicklungshilfe Engagements der katholischen Stellen führte Ende 1963 zur Schaffung einer eigenen Koordinierungsstelle für Entwicklungshilfe des Sekretariats der Österreichischen Bischofskonferenz. Diese hatte zunächst ihren Sitz im Wiener Afro-Asiatischen Institut (AAI).¹³⁷

Auch die beiden großen Entsendeorganisationen für Entwicklungshelfer, das „Institut für Internationale Zusammenarbeit“ (getragen von der „Pax Christi“) und der „Österreichische Entwicklungsdienst“ (ursprünglich von der katholischen Landjugend), haben ihre Wurzeln in der katholischen Entwicklungshilfe. Beide Organisationen wurden Anfang der 1960iger Jahre gegründet.¹³⁸

Daneben gab es auch eine Aktion des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die im Rahmen des internationalen Bundes freier Gewerkschaft, welche einen Hilfsfond schaffte, um in unterentwickelten Gebieten Hilfsprojekte zu finanzieren (siehe Kapitel 7.3.3). Weitere private Sammelaktionen gab es vom Zentralverband der österreichischen Konsumgenossenschaft, des Evangelischen Hilfswerkes und eine Aktion der Vorarlberger Landesregierung (mit Unternehmertreffen wurde eine Aktion für Tanzania gestartet).¹³⁹ Diese einzelnen Aktionen zeigen, dass Entwicklungshilfe in den 1960igern zu einem Thema geworden war.

Schwarz kritisierte in einem Brief an das Bundeskanzleramt, dass sich 1960 Hilfeleistungen des österreichischen Staates im Wesentlichen auf die Beiträge an die Vereinten Nationen beschränkten. Darüber hinaus erhielten Studenten aus Entwicklungsländern, durch Förderung von offiziellen Stellen, ein Stipendium für ein Studium in Österreich. Zusätzlich bekam eine Gruppe ägyptischer Polizisten in Wien eine Spezialausbildung. Weiters wurde eine Gewerbeschule für technische Berufe im Iran mit österreichischen Fachlehrern durch einen Beitrag des BMU finanziert.¹⁴⁰

Das es vereinzelte staatliche Projekte gab, ging aus der Beantwortung der Anfrage eines Schweizer Journalisten (Ulrich Kägi) an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten im Oktober 1962 hervor. Dabei interessierte sich der Journalist für staatliche bilaterale Projekte Österreichs in Afrika. Vor der Nennung der Projekte verwies das

¹³⁷ Vgl. Herta Pammer, Entwicklungshilfe katholischer Organisationen, In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes in Wien, 5. Jg./Heft 3 Juli (1965)

¹³⁸ Vgl. Walter Sauer, Mission-Entwicklungshilfe-Solidarität. Afrika im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit. In: Beiträge zur Historischen Sozialkunde, 13. Jg./Nr.2. März-Juni (1983), 63

¹³⁹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953, 2f.

¹⁴⁰ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953

Außenministerium auf die besondere Situation Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wurde ähnlich argumentiert wie bereits weiter oben angeführt: Die lange Besetzung und ein großer wirtschaftlicher Nachholbedarf seien für das geringe Engagement auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe verantwortlich. Grundsätzlich sah das BMAA eine detaillierte Darstellung über die Entwicklungshilfeaktivitäten in Afrika zu erbringen, als schwierig an. Zum Einen, weil Österreich traditionell eine engere Bindung zum Nahen und Mittleren Osten verfügt hätte, als zu Afrika, zum Anderen weil Leistungen nach Sachgebieten aufgeteilt würden und nicht nach geographischen Faktoren. Das BMAA nannte folgende staatliche wie private Projekte, die Afrika betrafen oder an denen Afrika einen Teil ausmachten:¹⁴¹

- Die Stipendienaktion des BMU für Angehörige aus Entwicklungsländern. Jedes Jahr 40 Stipendien im Gesamtbetrag von 650.000 Schilling. Für das Jahr 1963 sollte dieses Programm auf 800.000 Schilling ausgeweitet werden.
- Die Stipendienaktion für Praktikanten aus Entwicklungsländern der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Jährlich wurden 15 – 20 Stipendien vergeben im Ausmaß von 200.000 Schilling.
- Eine Studienfahrt durch Österreich für Angehörige der marokkanischen Verwaltungsakademie. Organisiert durch das BMAA 1962 für eine größere (genaue Zahl nicht genannt) Gruppe.
- Ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb und ein Schulungszentrum für Community-Development-Worker in Tanganjika. Die katholische Landjugend Österreichs sammelt in einer Spendenaktion dafür 1,5 Millionen Schilling.
- Durch die Österreichische Jungschar wurden 13,5 Millionen zur Verfügung gestellt, welche für die Finanzierung von Spitäler und Schulen waren. In Afrika betraf das den Kongo.
- Ausbildung von neun Afrikanern jährlich durch die österreichische Jungarbeiterbewegung.
- Ein Ausbildungsprogramm von jungen Afrikanern zu Facharbeitern, damals jedoch noch in der Vorbereitungsphase. Der Österreichische Gewerkschaftsbund bot dafür Anfang 1963 30 Afrikanern eine Ausbildungsstelle.¹⁴²

¹⁴¹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol. Zl. 20.302-6a(POL)/1963, 1f.

¹⁴² Es handelte sich hierbei vermutlich um ein Seminar 1963, an dem ungefähr 30-35 Personen aus englischsprachigen Ländern Afrikas in Graz teilnahmen. Vgl. Maria Gerbel-Wimberger, Walter Sauer, Österreichische Beziehungen zu Malawi, In: Journal für Entwicklungspolitik 9 (1/1993) 71-86

4.1 erste Ansuchen um Entwicklungshilfe

Das Außenministerium war bereits mit Ende der 1950iger Jahre zunehmend mit Ansuchen um Entwicklungshilfe von Seiten der Entwicklungsländer konfrontiert. Über die österreichischen Vertretungsbehörden wurden 1962 folgende Ansuchen an das BMAA gerichtet.

Tabelle 1: Ansuchen um Entwicklungshilfe an das BMAA 1962¹⁴³

Ansuchendes Land	gewollte Leistung
Indien	Forstexperte
Indonesien	Hotelexperte, Textilexperte
Iran	Fremdenverkehr
Kenya	Agrarexperte
Nyasaland (Malawi)	Stipendien, Facharbeiterausbildung, Fachschulen
Pakistan	Holzverarbeitung
Senegal	Ausbildung von Facharbeitern
Somalia	
Südkorea	Spezialausbildung in Österreich, Molkereiwesen, Instrumentenerzeugung, Impfstoffherstellung
Tanganyika	Praktikantenstellen
Tunesien	Praktikantenstellen
Türkei	Holzforschungsauftrag, Experten für Bäderwesen, Rundfunk und Fernsehen

Von diesen Ansuchen wurde nur der Holzforschungsantrag der Türkei positiv erledigt.

Das BMAA konnte in solchen Belangen nicht eigenmächtig entscheiden, da es keine Ausgabenbefugnis im Bereich der Entwicklungshilfe hatte. Die Finanzierung aller in Bundesverwaltung anfallenden Aufwendungen für die Entwicklungshilfe erfolgte über das Finanzministerium (siehe Kapitel 6.3). Durch diesen Umstand kam es Anfang der 1960iger Jahre zu einer gewissen Unzufriedenheit des BMAA über die Entwicklungspolitische Situation in Belangen der Koordination und des Leistungsumfangs.¹⁴⁴

Neben der kompetenzrechtlichen Schwierigkeit der Ausgabenbefugnis in der Entwicklungshilfe, sorgte die Tatsache, dass Anfang 1963 nur drei Österreicher als Experten bei der UNESCO tätigen waren, in der Abteilung 6a des BMAA für Unzufriedenheit. Die Gründe dafür lagen nach Ansicht des Außenministeriums beim geringen finanziellen Umfang der bilateralen Entwicklungshilfe Österreichs. Um eine erfolgreiche Entwicklungspolitik zu betreiben, sah die Abteilung 6a eine Koordinierung der staatlichen Entwicklungshilfe als notwendig an. Dies

¹⁴³ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 22.319-6a(POL)1963, 4

¹⁴⁴ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 22.319-6a(POL)1963, 1-5

konnte nur durch eine Regelung der Kompetenzfragen erfolgen. Auch wenn es bereits durch informelle Beamtenbesprechungen zum Austausch von Ansichten kam, stellte dies keine ausreichende Koordinierung der Tätigkeiten im Gebiet der Entwicklungshilfe dar.¹⁴⁵ Das BMAA sah bereits 1963 den Beitritt zum DAC (Development Assistance Committee/Entwicklungshilfeausschuss der OECD) als Möglichkeit an, in diesem Bereich mehr zu leisten, da durch einen Beitritt offenkundig würde, wie wenig Österreich auf diesem Gebiet leistete.¹⁴⁶

¹⁴⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.360-6a(Pol)1963

¹⁴⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 29.015-6a(pol)1963

5 Programmatischer Rahmen

5.1 Die Entstehung des Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer (IKFE)

Gegenstand des folgenden Kapitels ist die Gründung des Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer am 21.5.1963. Geklärt wird dabei wie es zur Entstehung eines solchen Komitees kam. Auf die rechtlichen Grundlagen, die Art der Hilfe, die Arbeitsweise und auf die organisatorische Struktur des IKFE wird ebenfalls eingegangen.

Anfang der 1960iger Jahre hatte es wie erwähnt erste vereinzelte öffentliche Projekte in der Entwicklungshilfe gegeben. Diese ersten Schritte hatten vor allem den Zweck gehabt private Initiativen zu unterstützen.¹⁴⁷ Allerdings gab es für sie keine rechtliche Regelung, auch die kompetenzrechtliche Grundlage für solche Aktivitäten blieb weitgehend unklar. Durch dieses Fehlen einer gesetzlichen Basis lassen sich die „verwaltungstechnische Vielschichtigkeit der österreichischen Entwicklungshilfeaktivitäten, das Mosaik ihrer Finanzierung und ihre komplizierte rechtliche Fundierung verstehen und beurteilen.“¹⁴⁸ Klarer ausgedrückt, bedeutete dies ein Kompetenzchaos zwischen den Ministerien.

Durch den Beitritt Österreichs zur OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) 1961 entstand eine grundsätzliche Verpflichtung zur Entwicklungshilfe. Da aber weder die Gesetzeslage noch die österreichische Bundesverfassung den Begriff der Entwicklungshilfe kannte, folgten rechtliche und kompetenzmäßige Schwierigkeiten daraus.

Aktivitäten mit dem Ziel der Entwicklungshilfe mussten verschiedenen Ministerien zugeordnet werden, da sie unterschiedliche Lebensbereiche der Entwicklungsländer betrafen. Gemeinsam war ihnen nur, dass sie als Ziel die Hilfestellung an Entwicklungsländern beanspruchten.¹⁴⁹

Für den OECD-Vertrag und die Durchführung einzelner Verwaltungstätigkeiten hätte es ein Ausführungsgesetz bedurft. Bei völkerrechtlichen Verträgen, wie dem OECD-Vertrag, unterscheidet man zwischen self-executing und non-self-executing. Verträge die non-self-executing sind, benötigen eine Transformation mittels eines Ausführungsgesetzes, um rechtliche Geltung im nationalen Recht zu erlangen. Ein solches Gesetz existierte zu dieser Zeit nicht und

¹⁴⁷ Vgl. Liebmann Andreas, Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (Wien 1994), 57

¹⁴⁸ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 338.

¹⁴⁹ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 228

wurde nicht beschlossen.¹⁵⁰ Diese rechtlichen Schwierigkeiten gingen einher mit kompetenzmäßigen. Da es keine rechtliche Regelung gab, wurde auch keine Behörde bestimmt, die Verwaltungsakte im Bereich der Entwicklungshilfe setzen durfte. Besonders problematisch war dies für die technische Hilfe aus budgetärer Sicht. Auf Grund der Vielschichtigkeit der technischen Hilfe fiel die Zuständigkeit dafür in das jeweils sachlich zuständige Ministerium. Daraus hätte sich ergeben, dass jedes Ressort Projekte aus dem eigenen Budget decken hätte müssen, was eine Zersplitterung der Mittel zu Folge gehabt hätte. Daher wurde ein zentraler Ansatz (Ansatz 1/503 des Finanzgesetzes) beim Bundesministerium für Finanzen geschaffen. Dadurch kam es zu einer Trennung zwischen dem zur Sachentscheidung berufenen und dem zur Anweisung berechtigten Ministerium. Sachliche Entscheidungen hätten zwischen mehreren interessierten Ressorts, dem BMAA wegen der ständig berührten außenpolitischen Interessen und letztlich dem BMF als anweisende Stelle getroffen werden müssen. Um einen solchen komplizierten Verwaltungsweg zu vermeiden wurde ein, alle Ministerien umfassendes, Interministerielles Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer gegründet. Durch Ministerratsbeschluss vom 21.5.1963 wurde ein Beamtenkomitee eingesetzt, das sich mit Projekten der bilateralen technischen Hilfe befassten sollte.¹⁵¹

Eine substantielle Änderung der Rechtslage kam erst durch das 1974 erlassene Entwicklungshilfegesetz zustande. Für die verwaltungsrechtlichen Aufgaben des IKFE fehlten in ihrer gesamten Bestehenszeit weitgehend die rechtlichen Grundlagen. „Als einzige Grundlage diente vielfach ein formalgesetzlicher Ansatz im Bundesfinanzgesetz.“¹⁵²

Das IKFE war zuständig für die bilaterale technische Hilfe. Neben der technischen Hilfe gibt es die Finanzhilfe/Kapitalhilfe und die handelspolitische Hilfe. Das DAC definiert die Formen der Entwicklungshilfe detailliert. Allgemein gefasst, beinhaltet die Finanzhilfe alle Maßnahmen durch die der Fluss von Kapital in die Entwicklungsländer gefördert wird.¹⁵³ Die handelspolitische Hilfe umfasst Aktionen, die im Wesentlichen zur Förderung des Warenflusses aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer führt (z.B. Zollabkommen).¹⁵⁴ Zusätzlich lässt sich bei jeder Art der Hilfe die Vergabeform nach bilateralen und multilateralen Form unterscheiden.

¹⁵⁰ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 355

¹⁵¹ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 338-343

¹⁵² Liebmann, Handbuch der österr. EZA, 1994, 57

¹⁵³ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 58

¹⁵⁴ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 48

5.2 Technische Hilfe

Die IKFE war für die Abwicklung der bilateralen technischen Hilfe zuständig. Die technische Hilfe wurde als besonders geeignete Form der Entwicklungshilfe angesehen, da sie einen großen Gestaltungsraum inne hat, und weitaus wichtiger, einen direkten Kontakt zum Entwicklungsland herstellte. Diese direkte Verbindung sollte der Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen dienen, besonderes Augenmerk hatte das Bundeskanzleramt hier auf die Erschließung neuer Absatzmärkte und die Sicherung bestehender. Der Bereich der technischen Hilfe wurde als jener Zweig angesehen, in dem Österreich einen besonders wirksamen Beitrag zur Entwicklungshilfe leisten könnte.¹⁵⁵ Dennoch machte 1967 der prozentuelle Anteil der technischen Hilfe an der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe Österreichs nur 5 % aus (öffentliche Exportkredite machten im selben Jahr 74,4% der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe brutto Auszahlungen aus).¹⁵⁶

Grundsätzlich kann man innerhalb der Entwicklungshilfe gebundene und ungebundene Hilfe unterscheiden. Ungebundene Hilfe sind beispielsweise Zuschüsse zum Budget eines Entwicklungslandes. Gebundene Hilfe hingegen gibt vor, welche Art und Form der Leistung, als Entwicklungshilfe gegeben wird. Ein klassisches Beispiel wäre ein Entwicklungskredit, der vertraglich und formell gebunden ist, oder Entwicklungshilfe in Form von Waren. Auch die technische Hilfe ist eine gebundene Hilfe. (Generell kann man natürlich sagen, dass die Entwicklungshilfe an sich gebunden ist, da sie ja einem bestimmten Zweck dient. Selbstverständlich ist dies aber abhängig von einer einvernehmlichen Definition des Entwicklungskonzeptes.) Eder hebt hervor, dass durch die Bindung der technischen Hilfe die positiven Wirkungen verstärkt werden. Faktoren, wie der Ausbau bestehender Absatzmärkte, Werbung für Güter aus dem Geberland und indirekt ein Ventil für Überschusskapazitäten nennt er als relevant. Dabei sieht er die technische Hilfe als ein ideales Instrument, um die öffentliche Meinung im Empfängerstaat zu beeinflussen.¹⁵⁷ Diese Vorteile bedienen in erster Linie die Gebeinteressen.

Welche Bereiche umfasst die technische Hilfe im Detail? Krobath und Eder sehen darin die „(...) Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Erfahrungen aller Wissensgebiete aus den

¹⁵⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF 341.088-18a/1967 C1200, Grundsätze der Förderpolitik und der Richtlinien der bilateralen Entwicklungshilfe, 4

¹⁵⁶ Vgl. Michael Fritz, Allgemeine Untersuchungen der gebundenen Entwicklungshilfe, In: Weber (Hg.), Die Bindung der Entwicklungshilfe. (Wien 1971), 60 (Tabelle 5, Tabelle 6)

¹⁵⁷ Vgl. Rudolf Eder, Zum Problem der Bindung bei der technischen Hilfe. In: Weber (Hg.), Bindung der Entwicklungshilfe (Wien 1971), 69-109, 87f.

Industrieländern in die Entwicklungsländer.“¹⁵⁸ Der Entwicklungshilfe-Ausschuss der OECD (engl. DAC/Development Assistance Committee) gibt eine genauere Abgrenzung des Begriffes. Es werden fünf Kategorien unterschieden (zusätzlich gibt es die Unterscheidung nach den Bedingungen der Vergabe bspw. Zuschüsse, Kredite):

„Programme zur Unterstützung von Studenten,
Programme zur Unterstützung von Praktikanten,
Expertenprogramme,
Beiträge für die Bereitstellung von Ausrüstung und anderem Material für Vorführ- und Ausbildungszwecke,
Sonstige, nicht weiter aufschlüsselbare Beiträge zur technischen Hilfe.“¹⁵⁹

Die Kategorien des DAC sind auch heute noch weitgehend dieselben. Allgemein wird die technische Hilfe als Aktivität definiert, die zur Steigerung von Wissen, Fähigkeiten, technischem Know-How oder produktiven Begabungen führt.¹⁶⁰

Die Arbeitsgebiete der österreichischen technischen Hilfe wurden 1967 vom Finanzministerium detailliert definiert. Dabei handelte es sich um drei Bereiche mit Unterpunkten. Das erste Arbeitsgebiet stand unter dem Schlagwort „Entwicklung der Infrastruktur“ und beinhaltete folgende Bereiche:¹⁶¹

- Vermessungswesen; Bodenforschung;
- Verkehrswesen (Eisenbahnen, Straßen u. Brücken; Luftfahrt; Schifffahrt);
- Post- und Fernmeldewesen (Telefon, Telegraph; Hörfunk; Bildfunk);
- Energiewirtschaft (Energieerzeugung; Energieverteilung);
- Wasserversorgung, Be- u. Entwässerung; Kanalisation.

Das zweite Tätigkeitsfeld stand unter dem Stichwort „Gesellschaftliche Entwicklung“ und umfasste eine ganze Bandbreite des gesellschaftlichen Lebens:¹⁶²

- Allgemeine Verwaltung einschließlich statischer Dienste;
- Schulwesen (Anstalten, Einrichtungen, Ausrüstungen);
- Bildung und Ausbildung (Allgemeinbildung; Berufsausbildung; Fortbildung; Informationen; Kurse; Betreuung);

¹⁵⁸ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 49

¹⁵⁹ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 53

¹⁶⁰ Vgl. OECD Glossary, online unter: <http://www.oecd.org/site/dacsmpd11/glossary.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

¹⁶¹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, C 1200, 5

¹⁶² Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, C 1200, 5

- Selbsthilfeorganisationen und Interessevertretung;
- Gesundheits- u. Veterinärwesen (Anstalten; Einrichtungen; Ausrüstungen);
- Raum- u. Ortsplanung;
- Wohn- und Anlagebau;
- Wissenschaftliche Forschung.

Der dritte Faktor war die “Entwicklung der Produktion und Dienstleistung mit folgenden Unterscheidungen:¹⁶³

- Bergbau (Erschließung von Lagerstätten, Gewinnung von Mineralien; Verwertung von Mineralien);
- Landwirtschaft (Bodengewinnung; Bodenverbesserung; Schädlingsbekämpfung; Verwertung der Produkte);
- Forstwirtschaft (Waldbau; Waldpflege; Waldaufschließung; Waldnutzung; Schädlingsbekämpfung);
- Viehwirtschaft (Tierzucht; Tierpflege; Verwertung von Tieren, Verwertung von Produkten);
- Industrie (grundstofferzeugende Industrie; grundstofferzeugende verarbeitende Industrie; Maschinen- u. holzverarb. Industrie; Textilindustrie; Bekleidungsindustrie; Nahrungs- u. Genussmittelindustrie);

Diese Arbeitsgebiete hatten für die analysierten Projekte der ersten drei Jahre keine Relevanz. Für die Projekte werden in dieser Arbeit jene Sektoren herangezogen, die für die DAC Prüfung 1965 angewendet wurden (siehe Tabelle 6 und Tabelle 11).

5.3 Die Finanzierung der IKFE-Projekte

Die Finanzierung der IKFE-Projekte erfolgte entweder aus dem Bundeshaushalt oder aus dem ERP-Fond. Wie bereits oben erwähnt, wurde ein zentraler Ansatz für Entwicklungshilfeleistungen beim Bundesministerium für Finanzen geschaffen. Der ERP-Fond (European Recovery Program) wurde ab 1963/64 zur Finanzierung von bilateraler technischer Hilfe herangezogen.¹⁶⁴ Die Verwendung des ERP-Fonds für Entwicklungshilfe wurde als verpflichtend im ERP-Abkommen mit den USA vereinbart. Der Artikel III des Abkommens beschäftigte sich mit der „Hilfe an minderentwickelte Länder“.¹⁶⁵ Diese Mittel kamen aber nur

¹⁶³ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, C 1200, 5

¹⁶⁴ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 114

¹⁶⁵ Vgl. Brusatti et al, österreichische Entwicklungshilfe, 1963, 64

im geringen Teil Afrika zugute, mehrheitlich wurden sie genutzt für die Finanzhilfe an Indien, die Türkei und Jugoslawien.¹⁶⁶

5.4 Aufgabe und Arbeitsweise des IKFE

Das Interministerielle Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer stand unter dem Vorsitz der Sektion für wirtschaftliche Koordination des Bundeskanzleramtes und bestand aus jeweils einem Vertreter aus den Bundesministerien (Ebene der Sektionschefs). Die Aufgabe des Bundeskanzleramtes war es, die Ressortstandpunkte bei der Beratung über die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit von Vorhaben zu koordinieren. An die Geschäftsstelle, die beim Bundeskanzleramt angesiedelt wurde, konnten Projekte von in Frage kommenden Ministerien eingereicht werden. Auch Experten konnten dem Komitee zugezogen werden, um die Durchführbarkeit von Projekten zu prüfen. Das Komitee trat je nach Bedarf zusammen, jedoch mindestens viermal jährlich. Die Ergebnisse der Beratung mussten dem Ministerrat periodisch berichtet werden. Durch einen Beschluss des Ministerrats wurde die Geschäftsordnung des IKFE genehmigt und das Komitee ermächtigt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Die ständige Arbeitsgruppe bestand aus dem Bundeskanzleramt und allen Bundesministerien und hatte die Aufgabe, Projekte vorzubereiten und zu prüfen. Darüber hinaus gab es einen eigenen ständigen Ausschuss, das Stipendienkomitee. Dieser Ausschuss stand unter dem Vorsitz des Bundesministeriums für Unterricht und wählte Stipendiaten aus Entwicklungsländern, die aus Bundesmitteln finanzierten wurden, aus.¹⁶⁷

Die grundsätzliche Aufgabe des IKFE war die Beratung des Ministerrates. Eine Entscheidungsbefugnis konnte dem Komitee nicht eingeräumt werden, da es sonst der Funktion eines obersten Organes der Verwaltung gleich gekommen wäre und dies im Widerspruch zu Artikel 19 B-VG (welches festlegt wer die obersten Organe der Vollziehung sind) gestanden wäre. Somit verblieb die Entscheidungsgewalt beim sachlich zuständigen Bundesminister. De facto allerdings kam den Beratungsergebnissen des IKFE die Wirkung einer Entscheidung in oberster Instanz zu. Krobath und Eder zitieren hierzu Edmund Kodolitsch wie folgt:¹⁶⁸

„Von den zur sachlichen Entscheidung berufenen Ressorts wird keine eigene, wenn auch informelle, Entscheidung in der Sache getroffen. Alle einschlägigen Geschäftsstücke, wie insbesondere Verträge mit in Frage kommenden Projektträgern, sowie der Zahlungsantrag der

¹⁶⁶ Vgl. Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des Afro-Asiatischen Institutes. Entwicklungshilfe Auszüge aus der Tages- und Fachpresse. Heft 9, August/September 1965, 9

¹⁶⁷ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 356f.

¹⁶⁸ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 357

Ressorts an das Bundesministerium für Finanzen (bzw. an den ERP-Fond, d.Vf) berufen sich auf die Erklärung des IKFE und die auf Grund dieser Erklärung ergangenen Beschlüsse des Ministerrates.“¹⁶⁹

5.5 Der Verwaltungsweg von IKFE-Projekten

Formal gesehen ging die Initiative zu IKFE-Projekten meist von Entwicklungsländern aus, die sich an österreichische Vertretungsbehörden, Firmen oder an nichtstaatliche Organisationen wandten. Diese Anliegen gelangten dann über das sachlich zuständige Ressort in Form eines Projektantrages zum IKFE.¹⁷⁰

Projektanträge mussten genaue Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

Projektantragsteller,
Projektbezeichnung und Gegenstand,
Projektträger,
Projektbeschreibung,
Projektbeurteilung,
Projektfinanzierung und
Projektbetreuer.

Der *Projektantragsteller* konnte nur das Bundeskanzleramt oder ein Bundesministerium (oder mehrere Bundesministerien gemeinsam) sein. Die *Projektbezeichnung* umfasste eine laufende Nummer und eine Angabe zum Entwicklungsland mit einem schlagwortartigen Hinweis auf den Projektgegenstand. Beim *Projektträger* handelte es sich um eine Organisation, Institution oder um eine Person, die für die Durchführung des Projektes zuständig war und dem Projektbetreuer für die Abwicklung verantwortlich war. Detaillierte Angaben zum Projektvorhaben mussten in der *Projektbeschreibung* dargestellt werden, um das Projekt aus wirtschaftlicher, finanzieller, rechtlicher, technischer, sozialer und verwaltungstechnischer Perspektive zu beurteilen. Die *Projektbeurteilung* erfolgte durch den Projektantragsteller, unter Berücksichtigung der Richtlinien und Grundsätze des IKFE. Die *Projektfinanzierung* enthielt einen Finanzierungsplan des Vorhabens und umfasste Angaben zu finanziellen Eigenleistungen. Als Eigenleistungen galten nicht nur liquide Mittel, sondern auch Material, Arbeitskräfte oder Geländebeistellungen. Die Beteiligung des Bundes wurde im Entwurf über die Grundsätze der Förderpolitik und Richtlinien für bilaterale Entwicklungshilfe bei ungefähr 50 % festgelegt (vgl. Tabelle 5, Tabelle 10). Als *Projektbetreuer* konnte jeweils nur das Bundeskanzleramt oder ein Bundesministerium heran gezogen werden und war in der Regel übereinstimmend mit dem Projektantragsteller. Der

¹⁶⁹ Edmund Kodolitsch, zitiert nach Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 357

¹⁷⁰ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 357

Projektbetreuer war letztlich für die ordnungsmäßige Durchführung des Projektes verantwortlich und erhielt daher die genehmigten finanziellen Mittel.¹⁷¹

Die Arbeitsgruppe des IKFE, welche als ein Exekutivkomitee zu verstehen war, tagte in Abständen von acht bis 14 Tagen und hatte die Aufgabe, die Projektanträge zu prüfen und zusammenzustellen sowie eine Beschlussfassung durch das IKFE vorzubereiten. Um dieser Aufgabe nachzukommen, wurden Richtlinien festgelegt, nach denen die Projekte zu beurteilen waren. Die wichtigsten Grundsätze aus den Richtlinien waren folgende sechs Fragen:

1. „Wird die Hilfe vom Entwicklungsland gewünscht?
2. Findet die Hilfe im Entwicklungsplan des Empfangslandes ihren Platz?
3. Sind die fachlichen Voraussetzungen geschaffen?
4. Wer ist der österreichische Projektträger, das heißt wer ist österreichischerseits der Vertragspartner mit dem Entwicklungsland?
5. Liegen Eigenleistungen vor?
 - a. Vom Projektträger
 - b. Vom Entwicklungsland
6. Können andere Geldquellen erschlossen werden?“¹⁷²

Neben diesen grundsätzlichen Fragen sollte die technische Hilfe stets die Vermittlung von Wissen und Können im Auge haben. Eine Dauerwirkung des Projektes sollte im Empfangsland erlangt werden, welches nach einer Anlaufzeit das Projekt allein weiter führen sollte. Um die bestmögliche Wirkung zu erzielen, mussten die österreichischen Projekte in den Entwicklungsplan der jeweiligen Länder eingebunden sein und idealerweise Bemühungen anderer Staaten und internationaler Organisationen ergänzen. Hierbei war allerdings wichtig, dass die „typisch österreichische Art der Hilfe“ erkennbar blieb. Darunter war die „Ausbildungshilfe, Beratungs- und Planungsarbeit“ zu verstehen. Von Geschenken allgemein sollte eher Abstand gehalten werden, außer es handelte sich um Produkte aus der österreichischen Wirtschaft, die als Demonstrationsobjekte dienten.¹⁷³

Zusätzlich zu diesen Vorgaben, prüfte die Arbeitsgruppe Projektvorhaben aus verschiedenen Perspektiven. Allgemein mussten die Projekte aus einem außen- und entwicklungspolitischen, unter rechtlichen und verwaltungstechnischen und einem finanziellen Aspekt betrachtet werden.

¹⁷¹ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, Grundsätze der Förderpolitik u Richtlinien für bilaterale Entwicklungshilfe, 17-19

¹⁷² Formanek Rudolf, Interministerielles Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer. I. Aufgaben und Verfahren. In: Entwicklungshilfe – Österreich und die Entwicklungsländer. Heft 3/4, Wien 1969, 1-2.

¹⁷³ Vgl. Formanek, IKFE, In: Entwicklungshilfe – Österreich und die Entwicklungsländer, Heft 3/4 1969

Außerdem wurde besonderes Augenmerk auf den wirtschaftlich-technischen Standpunkt der Vorhaben geworfen.¹⁷⁴

Projekte die den Richtlinien entsprachen, wurden in der Arbeitsgruppe mit einem Einstimmigkeitsgrundsatz (Stimmenthaltung möglich)¹⁷⁵ als positiv beurteilt, wobei die endgültige Prüfung und Beschlussfassung dem IKFE zu stand. Im Falle von Projekten, deren Finanzierung aus Budgetmitteln des Bundes erfolgte, wurde der Ministerrat über die Geschäftsstelle des IKFE nur informiert. Bei einer ERP-Finanzierung bedurfte es hingegen einer Genehmigung des Ministerrates.¹⁷⁶

Die zuständigen Bundesministerien, welche für die Durchführung der Projekte verantwortlich waren, schlossen Verträge mit den Projektträgern oder mit den betreuenden Organisationen ab. Das entsprechende Ressort war auch für die Mittelanforderung beim Bundesministerium für Finanzen oder beim ERP-Fond verantwortlich.¹⁷⁷ Darüber hinaus oblag dem Ressort die Überwachung und Durchführung der Vorhaben durch Einsicht in die Rechnungsunterlagen der Projektträger sowie die Erbringung eines Verwendungsnachweises.¹⁷⁸

Als Partner stand dem Entwicklungsland bzw. dem jeweiligen Empfänger der Entwicklungshilfe somit nicht der Bund, sondern der Projektträger gegenüber. Wurde für die Durchführung eines Projektes die Einräumung von Rechten (bspw. Präferenz, Immunität) seitens des Entwicklungslandes notwendig, so wurde ein Staatsvertrag in Form eines Ressortübereinkommens zwischen Österreich und dem entsprechenden Entwicklungsland abgeschlossen.¹⁷⁹ Für die in Folge analysierten Projekte wurde ein solches Ressortübereinkommen nicht abgeschlossen.

Die folgende Abbildung soll den Verwaltungsweg der Projekte des IKFE bildlich darstellen.

¹⁷⁴ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 17-19

¹⁷⁵ Das Projekt 134 Deutschlehrgänge – Wiener Internationale Hochschulkurse wurde 1964 beantragt und nicht bewilligt mit der Stimmenthaltung des BMU siehe: BKA Zl. 49.359-11a/1964

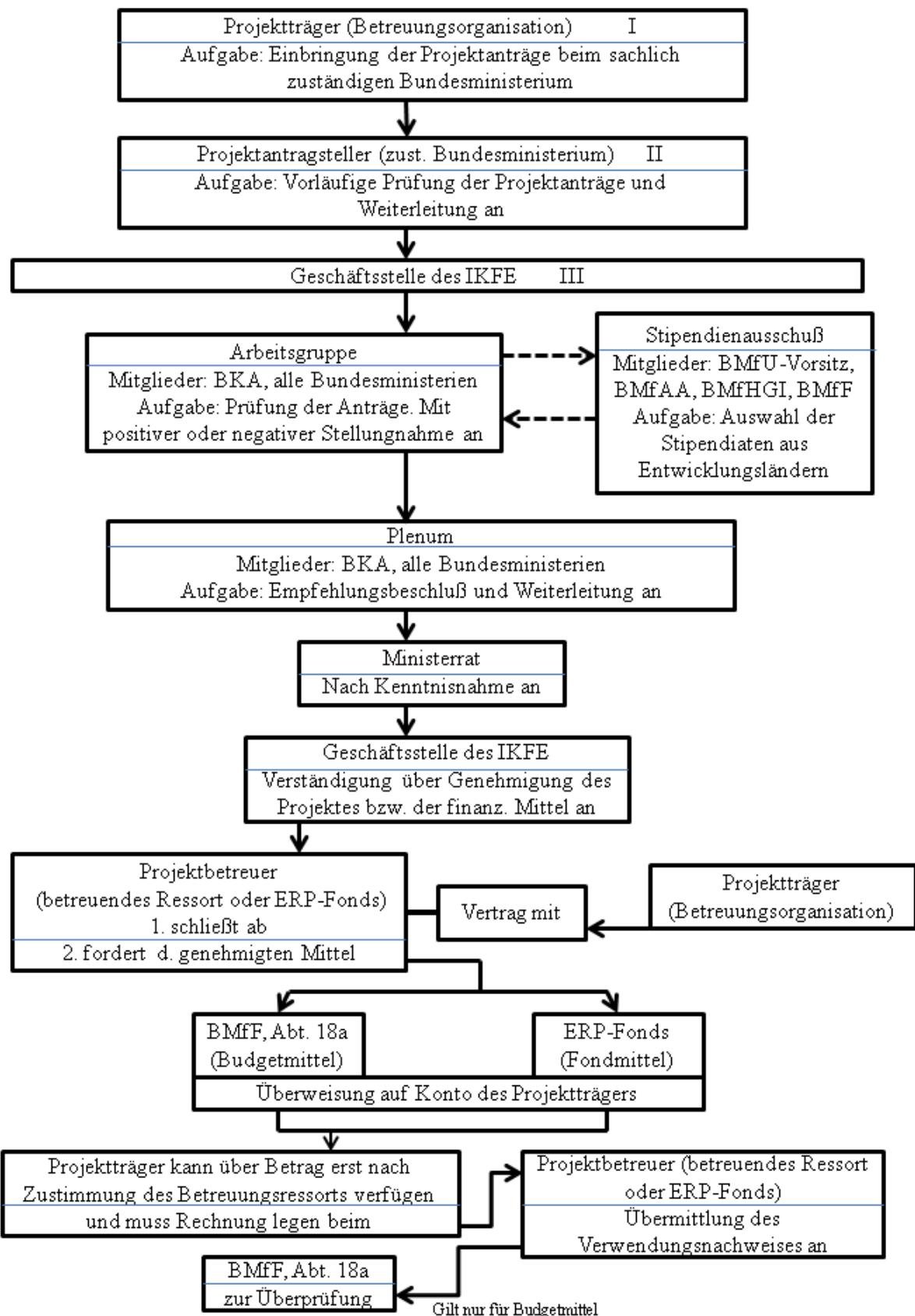
¹⁷⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 19f.

¹⁷⁷ Vgl. Formanek, IKFE, In: Entwicklungshilfe – Österreich und die Entwicklungsländer, Heft 3/4 1969, 2

¹⁷⁸ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 360

¹⁷⁹ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 360

Abbildung 1: Graphische Darstellung des Verwaltungsweges von IKFE-Projekten¹⁸⁰



¹⁸⁰ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 358

5.6 Ansuchen von österreichischen Institutionen um Förderung von technischer Hilfe

Entwicklungshilfeprojekte, die aus Bundesmitteln finanziert wurden, konnten auch von privaten Institutionen initiiert werden.¹⁸¹ (Bei kirchlichen Institutionen musste eine grundsätzliche Genehmigung des Projektvorhabens durch die kompetente kirchliche Behörde im Entwicklungsland und in Österreich eingeholt werden.) Diese mussten ihr grundsätzliches Ansuchen mit den notwendigen Informationen zum Vorhaben beim zuständigen Bundesministerium einbringen, welches dann einen Projektantrag stellte. Sofern das Projekt die technische Hilfe ansprach, konnten die privaten österreichischen Institutionen insbesondere folgende Hilfeleistungen beantragen:¹⁸²

- „a.) Entwicklungen des Unterrichts durch Schaffung und Erweiterung von Schulen, insbesondere der Mittel- und Oberstufen.
- b.) Berufliche Ausbildung von Jugendlichen und Erwachsenen durch Schaffung und Erweiterung von Ausbildungsmöglichkeiten in Entwicklungsländern, die mit dem Unterricht, der Sonderausbildung und Fortbildung, in erster Linie von technischen und administrativen Kräften sowie von Lehrern der Unter- und Mittelstufe, betraut werden.
- c.) Entwicklungen von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Viehzucht durch Schaffung und Erweiterung von Musterbetrieben, Versuchsstationen, Verarbeitungsbetrieben usw.
- d.) Genossenschaftliche Entwicklung durch Schaffung oder Verbesserung von Produktions- oder Konsumgenossenschaften, Verwertungs- und Kreditgenossenschaften, mit spezifischer oder gemischter Tätigkeit oder durch Schaffung von ländlichen Zentren.
- e.) Industrielle Entwicklung durch Schaffung von Einrichtungen zur Förderung des Gewerbes und der Industrie.“¹⁸³

Inwiefern diese Kategorien als verpflichtende gesehen wurden, ergibt sich nicht aus dem Dokument. In den Projektanträgen gab es keine Hinweise darauf, dass private Projektträger speziell nach diesen Aspekten geprüft wurden. Das Dokument ist aus dem Jahr 1967 und könnte erst zu einem späteren Zeitpunkt als dem hier analysierten zeitlichen Rahmen relevant gewesen sein. Wahrscheinlicher ist hingegen anzunehmen, dass Grundsätze und Projektpraxis nicht deckungsgleich waren. Neben der Bildung lag nach diesen Kategorien die Konzentration auf wirtschaftlichen Interessen, Gewerbe und Industrie. Aus allen Projekten 1964 und 1965 (Vgl. Kapitel 7.3 und 7.4) können nur neun diesen Kriterien zugeordnet werden:

¹⁸¹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 44

¹⁸² Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 44

¹⁸³ ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 45

- a.) 193/64, 206/65¹⁸⁴, 245/65,
- b.) 237/65, 203/65,
- c.) 161/64, 161/65, 164/64, 213/65

5.7 Voraussetzungen für die Prüfung der Projekte

Bei Projekten privater Institutionen gab es zusätzliche bestimmte Voraussetzungen, die zu erfüllen waren. Die Verwirklichung eines Projektes war nicht an eine staatliche Durchführungsorganisation gebunden, es sollte aber zunächst eine österreichische Institution verantwortlich sein. Diese musste permanent in Österreich etabliert und bei der Inanspruchnahme von ERP-Mitteln eine Rechtspersönlichkeit sein. Bei Aufbauprojekten im Entwicklungsland musste ein österreichischer Projektleiter bestellt werden. Dieser Projektleiter sollte über ausreichende Erfahrungen verfügen, um die Erfolgsaussichten des Projektes zu garantieren. Falls es zur Leitung durch einen Angehörigen des Empfängerlandes kam, musste zumindest die finanzielle Verwaltung oder deren Überwachung einem verantwortlichen Österreicher obliegen.¹⁸⁵

Vor der Durchführung des Projektes musste die Zustimmung der sachlich zuständigen Behörde des Entwicklungslandes eingeholt werden. Wenn das Projekt mehr als eine Million Schilling an Bundesmitteln bekam, bedurfte es einer Stellungnahme der nationalen Planungsbehörde des Empfängerlandes. Überstieg der finanzielle Rahmen eines Projektes fünf Millionen Schilling, so musste mit der einheimischen Planungsbehörde in persönlicher Aussprache über das Projekt beraten werden.¹⁸⁶

Eine weitere Voraussetzung für die Finanzierung eines Projektes war die Eigenleistung der Projektträger. So sollte die Institution, die um Förderung ansuchte, ungefähr 33-50% der Gesamtfinanzierung an Eigenleistungen beisteuern. Zur Berechnung einer Eigenleistung konnten Investitionskosten wie z.B. Gelände oder Installationen bzw. verschiedenste Ausrüstungen einbezogen werden. Dies stellte wohl nur eine Richtlinie dar, in der untersuchten Projektpraxis wurde es nur wenig berücksichtigt (vgl. Tabelle 5, Tabelle 10). Weiters musste die private österreichische Institution sich für die Gewährleistung des Projektfortbestandes verpflichten. Daher musste das Projekt technisch und wirtschaftlich während eines gewissen Zeitraumes unterstützt werden. Heute würde man in diesem Kontext von Nachhaltigkeit sprechen. Der

¹⁸⁴ Neben der Jungarbeiterbewegung ist auch die Bundeswirtschaftskammer Projektträger dieses Projektes, die keine private Institution darstellt. Aus dem Projektantrag geht nicht hervor welcher Projektträger federführend ist, somit ist die Zuordnung dieses Projektes mit Vorbehalt zu sehen.

¹⁸⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 46

¹⁸⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 46

Projektfortbestand beinhaltete auch die Instandhaltung der Räumlichkeiten und die Respektierung der sozialen Absichten des Projektes. Dem projektbetreuenden Ministerium musste einmal jährlich ein Arbeitsbericht inklusive einer Jahresabrechnung vorgelegt werden. Langfristig sollte darüber hinaus die Verwaltung des Projektes an Angehörige des Entwicklungslandes übergeben werden.¹⁸⁷

5.8 Diskutierte regionale Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungshilfe

Bereits im ersten Bestandsjahr des IKFE gab es Diskussionen über eine Schwerpunktbildung der Projekte im Bereich der Entwicklungshilfe. Dies spiegelt sich im resümierenden Protokoll über die dritte Sitzung des IKFEs am 29. August 1963 wieder. Darin brachten die Ministerien, hauptsächlich das Bundeskanzleramt, das Außen- und Finanzministerium, unterschiedliche Argumente für die Fokussierung auf gewisse Gebiete ein. So schlug das Außenministerium, auf Grund der in diesem Ressort vorliegenden Entwicklungshilfeansuchen, folgende Schwerpunkte vor:

- 1.) „Mittlerer Osten, der Österreich traditionell nahesteht, insbesonders auf dem Hochschulsektor;
- 2.) von den afrikanischen Ländern, die VAR, die Länder des Maghreb (Tunesien, Algerien, Marokko);
- 3.) den Senegal, der ein aussichtsreiches Entwicklungszentrum in Afrika darstellt und der sich auch seit Jahren bemüht, von Österreich eine technische Hilfe zu bekommen.“¹⁸⁸

Zusätzlich war das BMAA der Ansicht, dass Lateinamerika und Indien bereits genügend durch Kredite berücksichtigt worden waren, auch wenn diese Gebiete für die österreichische Industrie von Interesse wären. Im Zuge dieser Diskussion wurde eine grundsätzlich Frage durch das BMAA aufgeworfen: „Welche Kriterien sollten in der Auswahl von Schwerpunktgebieten herangezogen werden?“ Dabei ergab sich für das Außenministerium die Kernfrage „(...) ob man dort investieren soll, wo noch nichts geschehen ist oder dort, wo bereits eine erhebliche Vorarbeit geleistet wurde.“¹⁸⁹ Gemeint war damit die Präsenz von Projekten anderer Geber. Das BMAA war der Auffassung, dass österreichische Entwicklungshilfe dort ansetzen sollte, wo Österreich bereits Fuß gefasst hatte, um bestehenden Beziehungen auszubauen. Hierfür sahen sie den Maghreb als ideal an da „(...) vom außenpolitischen Standpunkt gesehen am reifsten, relativ lange unabhängig und Österreich besitzt zu ihm mehr diplomatische Beziehungen; zu

¹⁸⁷ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 48

¹⁸⁸ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 5

¹⁸⁹ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 5

Schwarzafrika sind diese Beziehungen gegenwärtig noch nicht im gleichen Ausmaß ausgebaut.“¹⁹⁰

Das Bundeskanzleramt Sektion V hingegen kritisierte die Auswahl der Länder (siehe 1-3) des BMAA, da in diesen bereits die USA und Frankreich aktiv wären. Die Sektion V war für eine Konzentration in Ländern Zentralafrikas.

Das Finanzministerium wiederum nannte eine Reihe anderer Kriterien, die für eine geographische Schwerpunktbildung in Betracht gezogen werden konnte. Dabei hatte das BMF in dieser Diskussion die detailliertesten Ansichten. Die Kriterien beruhten auf der Annahme, dass

„(...) die Hebung des Lebensstandards der Masse der Bevölkerung unter Wahrung der freien Berufs-, Arbeitsplatz- und Konsumwahl das primäre Ziel, die Hebung des internationalen Ansehens Österreichs und die Schaffung neuer Absatzmärkte die sekundären Ziele der österreichischen Entwicklungshilfe sind.“¹⁹¹

Dieses Ziel sollt mit den folgenden fünf Auswahlkriterien erreicht werden:

- „Ernstliche Anstrengungen der Empfängerländer zur Herstellung einer rationellen Wirtschaftsordnung,
- Sicherheit der Person und des Eigentums in den Empfängerländern,
- Verständigungsmöglichkeit mit Angehörigen der Empfängerländer,
- Werbeeffekt der Entwicklungshilfe für Österreich und
- die Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer für österreichische Waren“¹⁹²

Unter dem ersten Punkt, der rationellen Wirtschaftsordnung, wurde die Hebung des Lebensstandards der Massen in den Entwicklungsländern als nötig erachtet. Dies konnte nicht ohne eigene Anstrengungen erfolgen, die in den Gebieten der Budget-, der Kredit- und der Wechselkurspolitik zu suchen waren. Eine rationelle Wirtschaftsordnung konnte nur durch ein ausgeglichenes Budget, eine Begrenzung der Kreditgewährung und echte Wechselkurse aufgebaut werden. Das Finanzministerium sah die Hebung des allgemeinen Wohlstandes abhängig von dieser Wirtschaftsordnung. Ohne diese Erkenntnis wäre die Entwicklungshilfe vergebens und „(...) würde die Opferbereitschaft des Volkes bald zum Erlahmen bringen.“¹⁹³

¹⁹⁰ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 6

¹⁹¹ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 6

¹⁹² Vgl. ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten 41.012/1963, 6-8

¹⁹³ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten 41.012/1963, 6

Dies bedeutete für die österreichische Entwicklungshilfe, dass das Kriterium für die Wahl der Empfängerländer weniger die Bedürfnisse als die Leistungen derselben zu sein hätten.¹⁹⁴

Das zweite Kriterium gab die Ziele der österreichischen Entwicklungshilfe vor, wie die Wahrung der persönlichen Freiheit und die Schaffung von individuellen Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Zur Erreichung dieser Ziele benötigte man ein dem gesellschaftspolitischen Leitbild Westeuropas vergleichbares Ideal. Dies bezieht sich auf den Schutz des privaten Eigentums und einen freien breiten Austausch von Waren und Leistungen. Es könnte selbstverständlich nicht davon ausgegangen werden, dass in einem Entwicklungsland dieselben Bedingungen herrschten wie in Österreich, allerdings sollten diese Punkte zumindest einen gesicherten und von der Regierung anerkannten Platz einnehmen.¹⁹⁵ Dieser Punkt ist im Hintergrund des Kalten Krieges zu betrachten. Vermutlich wurde damit versucht sich auf westlich orientierte Entwicklungsländer zu konzentrieren.

Das nächste Kriterium befasste sich mit der Sprache. Da Entwicklungshilfe Angehörige des Geber- und des Empfängerlandes verband, war nach dem BMF die Sprache so relevant, um in einem eigenen Punkt als Kriterium fest gelegt zu werden. Hierbei hielt das Ministerium fest, dass der Wert einer Verständigung davon abhinge in wie weit sich der Angehörige des Entwicklungslandes ausdrücken könnte. Festgestellt wurde in der Diskussion, dass Englisch eine Sprache wäre, die auch manchen Österreichern geläufig wäre, daher sollten anglophone Länder bei der Vergabe von Entwicklungshilfe vorgezogen werden.¹⁹⁶

Unter dem Kriterium „Werbeeffekt der österreichischen Entwicklungshilfe“ sollte das internationale Ansehen gesteigert werden. Um Entwicklungshilfe sichtbar mit Österreich in Verbindung zu bringen, müsste diese sich fernhalten von Ländern, in denen mehrere Großprojekte stattfanden. Denn nur kleinere oder mittlere Projekte in Ländern, in denen wenig gebaut wurde, würden die entsprechende Beachtung und Anerkennung finden und zeigen, was „(...) österreichischer Opferwille und österreichische Schaffenskraft hervorbringen vermag.“¹⁹⁷

Der letzte Punkt beinhaltete die Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer für österreichische Waren. „Die Zahl der Waren, die in Österreich erzeugt werden und mit welchen es auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist, ist so groß, daß kein Land von vornherein als Kunde ausscheidet.“¹⁹⁸ Folglich sollte die Entwicklungshilfe in den Dienst der Ausweitung traditioneller Märkte gestellt werden, „(...) weil österreichische Waren dort bekannt sind und raschere

¹⁹⁴ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963

¹⁹⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 7

¹⁹⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 7

¹⁹⁷ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 7

¹⁹⁸ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 8

Ergebnisse erzielt werden können.“¹⁹⁹ Der Vorteil durch die Entwicklungshilfe war jener, dass dadurch Gebiete erreicht werden konnten, die durch kommerzielle Werbung unberührt blieben.²⁰⁰

Aus diesen Kriterien leitete das Finanzministerium regionale Schwerpunkte für die österreichische Entwicklungshilfe ab. Tabelle 2 Tabelle 2 ist aus dem resümierenden Protokoll übernommen und zeigt die Länder die in eine Schwerpunktbildung aufgenommen werden sollten. Zusätzlich wurde die nach Meinung des BMF geeignete Form der Entwicklungshilfe zugeordnet.

Tabelle 2: Gewünschte Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungshilfe 1963 nach Kriterien des BMF²⁰¹

Kontinent	Land	Form der Entwicklungshilfe	Begründung
Asien Naher Osten	Libyen ²⁰²	Technische Hilfe Exportförderungskredite	Bev. 1,090.000 Hauptprod. Fischerei, Tabak, Öl. Handel mit Österreich Einfuhr 27 MS Ausfuhr 0,2 MS Konvertible Währung
	Libanon	Exportförderungskredite	Einwohner 1,600.000 Hauptprod. Textil, Eisen Handel mit Österreich Einfuhr 100 MS Ausfuhr 18 MS Pol. u. finanz. Stabilität, Konvertible Währung
	Persien	Techn. Hilfe Ausbildung	Bevölkerung 18,900.000 Hauptprod. Mineralöl Einfuhr 78 MS Ausfuhr 28 MS
Asien Ferner Osten	Siam	Exportförderungskredite	Bevölkerung 25,500.000 Handel mit Österreich Einfuhr 145 MS Ausfuhr 78 MS Finanzielle Stabilität, Konvertible Währung
	Malayen	Exportförderungskredite	Bevölkerung 6,900.000 Hauptproduktion Kassiterite Handel mit Österreich Einfuhr 44 MS Ausfuhr 162 MS Marktwirtschaftliche Elemente vorherrschend finanzielle Stabilität

¹⁹⁹ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 8

²⁰⁰ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 8

²⁰¹ ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten, 41.012/1963, 8f.

²⁰² Libyen wurde entgegen der Tatsache, dass es in Afrika liegt, durch das BMF dem Nahen Osten zugewiesen.

Afrika	Tanganjika	Ausbildung und Exportförderungskredite	8,700.000 Einwohner Hauptproduktion: Sisal (2/5 Weltprod.) Handel mit Österreich: Einfuhr 15,3 MS Ausfuhr 10,8 MS Pfund Sterlingzone, Konvertibilität
	Uganda	Ausbildung u. Exportförderungskredite	Einwohner 6,850.000 Hauptproduktion: Kaffee, Baumwolle Pfund Sterlingzone, Konvertibilität
	Kongo-Brazzaville	Exportförderungskredite	Einwohner 700.000 sehr armes Land, Hauptexportartikel Holz Handel mit Österreich 1962 Einfuhr S 533.000 Ausfuhr S 856.000 Frankenzone, Konvertibilität
Südamerika	Peru	Exportförderungskredite	Bevölkerung: 6,207.000 Hauptproduktion: Zucker, Kupfer Handel mit Österreich Einfuhr 63 MS, Ausfuhr 96 MS Relativ fin. Stabilität

Es bestanden sehr unterschiedliche Vorstellungen unter den Ministerien über regionale Schwerpunktgebiete. Das Außenministerium sah den Fokus in Afrika in den nördlichen Ländern und Senegal, wohingegen das Bundeskanzleramt sich auf Zentralafrika, ohne Nennung von bestimmten Ländern, konzentrieren wollte. Gegensätzlich dazu sah das Finanzministerium den Osten Afrikas als Schwerpunktregion an. Was die Länder betraf, kam es bei deren möglichen Auswahl zu keiner Übereinstimmung zwischen den Ressorts. Lediglich in dem Punkt, dass Entwicklungshilfe auch für Österreich einen Nutzen haben sollte, gab es eine Annäherung. In den gesamten 1960iger Jahren wurden regionale Schwerpunkte von Vertretern der beiden Großparteien befürwortet, wobei eine solche Schwerpunktbildung ausblieb. Von 1963 bis 1969 wurden in 43 Ländern IKFE-Projekte finanziert.²⁰³ Auch wenn man sich auf die quantitativ bedeutendsten Länder konzentriert, lässt sich kein Muster erkennen. Einziges Merkmal ist die antikommunistische Motivation der Entwicklungshilfe, welches sich auf die Auswahl von prowestlichen Staaten auswirkte. Vergleicht man hierzu die Länder (Kapitel 7.5) in denen die IKFE in den 60iger Projekte finanzierte so stimmt dies überein. Dabei waren aber auch Vertreter der Blockfreienbewegung wie Mexiko oder Tunesien dabei.²⁰⁴

Aus dieser Diskussion folgten also keine verbindlichen Richtlinien über die Auswahl von Entwicklungsgebiete. Die analysierten Archivdokumente der ersten drei Jahre des IKFE zeigen

²⁰³ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 369

²⁰⁴ Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 43

keine Fokussierung auf bestimmte Regionen auf. Inwiefern diese Länderauswahl Einfluss in der Projektpraxis der ersten Jahre hatte, wird im Analyseteil erläutert.

Die Diskussion über regionale Schwerpunkte findet sich auch in der Auswahl der Stipendienbewerber wieder (vgl. Kapitel 7.2).

5.9 Sektorielle Schwerpunkte der technischen Hilfe

Zwei große Bereiche der technischen Hilfe Österreichs stellten die „Ausbildungshilfe und Beratungshilfe“ dar. Die Vorteile dieser Form der Entwicklungshilfe wurden darin gesehen, dass mit relativ kleinem finanziellem Aufwand ein großer Beitrag geleistet werden konnte. Besonders die Ausbildungshilfe wurde als „typisch österreichische Hilfe“ betrachtet.

5.9.1 Ausbildungshilfe

Die Ausbildungshilfe hatte, wie bereits oben erwähnt, den Vorteil, geringe Kosten zu verursachen. Es wurde davon ausgegangen, dass sie angepasst an die Bedürfnisse des Entwicklungslandes eine erfolgsversprechende Form der Entwicklungshilfe sein würde. Ihr Ziel war die Bildung einer mittleren Führungsschicht, welche die Entwicklung des Landes vorantreiben sollte. Vorgesehen war möglichst vor Ort auszubilden, um zum einen Kosten zu sparen und zum Anderen Anpassungs- und Sprachschwierigkeiten oder gar einer Entfremdung der auszubildenden Person entgegen zu wirken. Sofern eine Ausbildung in Österreich nötig war, mussten drei Punkte zuerst geklärt werden.²⁰⁵

1. „Ob damit ein massgebender Nutzen für das Entwicklungsland erzielt werden wird,
2. Eine abgeschlossene fachliche Vorbildung nachgewiesen werden kann, die einen entsprechenden Fortgang in der Ausbildung erwarten lässt und
3. Die Gewissheit besteht, dass eine nutzbringende Verwertung der Ausbildung im Entwicklungsland gewährleistet ist.“²⁰⁶

Die Ausbildungshilfe umfasste neben Studierenden an den Universitäten auch Praktikanten und gewerbliche Fachkräfte. Bei der Auswahl der Personen, für die eine Ausbildung in Österreich in Frage kam, war es wichtig, dass die Kandidaten die Möglichkeiten hatten, die erworbenen Kenntnisse anschließend im Heimatland weiter zu geben. Darüber hinaus sollten die

²⁰⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, Grundsätze der Förderpolitik und Richtlinien für bilaterale Entwicklungshilfe

²⁰⁶ ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, Grundsätze der Förderpolitik und Richtlinien für bilaterale Entwicklungshilfe, 9

Stipendiaten aus Regionen stammten, die für eine Schwerpunktbildung innerhalb der Entwicklungshilfe in Frage kamen.²⁰⁷ Allerdings bestand kein Konsens über eine solche Schwerpunktsetzung.

Da die Ausbildungshilfe ein spezielles Hilfsprogramm innerhalb der technischen Hilfe war, wurde ihre Vergabe detailliert geregelt.

Stipendienbedingungen für Studierende aus Entwicklungsländern an österreichischen Hochschulen

Stipendien für ein Studium an einer österreichischen Hochschule waren demnach für absolvierte Akademiker vorgesehen, Studierende sollten hingegen nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Stipendien waren für ein akademisches Jahr (neun Monate) vorgesehen. In Ausnahmefällen, bei besonders gutem Studienerfolg, konnte es auf maximal 21 Monate verlängert werden. Akademiker mussten eine fachliche Spezialisierung bzw. ein Forschungsvorhaben nachweisen. Für Studierende war ein Nachweis eines dem österreichischen Maturazeugnis gleichwertigen Zeugnisses erforderlich sowie die erfolgreiche Absolvierung von vier den österreichischen Hochschulsemestern äquivalenten Semestern. Für beide Gruppen war die Beherrschung der deutschen Sprache verpflichtend, davon konnte nur Abstand genommen werden, wenn das BMU dies für das Studienvorhaben als nicht erforderlich ansah. Finanzielle Mittel für den reinen Besuch von Sprachkursen wurden nur in Ausnahmefällen für Hochqualifizierte bewilligt.²⁰⁸

Nachdem die finanziellen Beiträge für die Stipendien bewilligt waren, konnte im Einvernehmen des BMU das BMAA beauftragt werden, die diplomatischen Vertretungsbehörden in den betreffenden Entwicklungsländern anzuweisen, den Regierungen dieser Länder die Beistellung der Stipendien bekannt zu geben. Die österreichische Vertretungsbehörde im Land war für die Abwicklung der Vergabe der Stipendien verantwortlich. Ihre Aufgabe war es, die Bewerber umfassend zu informiert, ihre fachliche Grundausbildung zu prüfen und eine Vorauswahl zu treffen. Bewerbungen mussten inklusive eines Gesundheitszeugnisses und einer Bestätigung über die Absolvierung des Militärdienstes jeweils bis Ende März an das BMU geschickt werden. Die Endauswahl der Stipendiaten lag beim BMU in Zusammenarbeit mit der zuständigen Universität, sowie dem BMAA und dem BMF. Die Reihung der Bewerber erfolgte nach Qualifikation, wobei die absolvierten Akademiker bevorzugt wurden, dabei stand die Durchführung ihres Studienvorhabens innerhalb der Laufzeit des Stipendiums im Mittelpunkt

²⁰⁷ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 10

²⁰⁸ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, Teil III Richtlinien für die Durchführung spezieller Hilfsprogramme 23-25

der Prüfung. Antragsteller aus Ländern, mit denen Österreich Abkommen über Entwicklungshilfe hatte, sollten bei gleichwertiger Qualifikation einen Vorzug erhalten. Das BMU konnte aber Bewerber für die Stipendienaktion vorschlagen, wenn einzelne Länder von der Stipendienaktion innerhalb der Frist nicht Gebrauch machten.²⁰⁹

Der finanzielle Umfang eines Stipendiums betrug für einen absolvierten Akademiker monatliche öS 2.500,-- für Studierende waren es öS 2.000,--. Mit diesen Mitteln wurden Lebenserhaltungs- und Studienkosten sowie die Krankenversicherung bezahlt. Ob Wohnungskosten damit finanziert werden musste, geht nicht hervor. Es könnte sein, dass diese als Teil der Lebenserhaltungskosten bereits inkludiert wurden. Weiters gab es öS. 1.000,-- für Lehrmittelbeihilfe am Anfang des Semesters. Falls der Aufenthalt in Österreich in die Wintermonate fiel und es sich dabei um Stipendiaten aus den tropischen und subtropischen Ländern handelte, war eine einmalige Bekleidungszulage in der Höhe von öS 2.500,-- vorgesehen.²¹⁰ Mit dieser Zulage wollte man die österreichischen Stipendien dem internationalen Niveau anpassen und verhindern, dass die Elite der jungen Akademiker aus den Entwicklungsländern bei einem Studium im deutschsprachigen Raum nach Deutschland oder in die Schweiz gingen und sich für österreichische Stipendien nur mehr schlechter qualifizierte Studierende bewarben. Aus den Erfahrungen der ersten IKFE-Stipendien zeigte sich nämlich, dass die österreichischen Stipendienangebote aufgrund ihrer zu niedrigen Dotierung nicht ausgenutzt wurden.²¹¹

Die Reisekosten sollten vom Heimatland beglichen werden, in Einzelfällen war es möglich die Rückreisekosten zu übernehmen.²¹² Dies erfolgte insbesondere dann, wenn am Stipendiaten bzw. an deren Ausbildung im Rahmen der Entwicklungshilfe ein besonderes österreichisches Interesse bestand. Im Falle, dass das Entwicklungsland über eine Fluggesellschaft verfügte und einen europäischen Flughafen anflog, gab es üblicherweise keine Rückerstattung der Reisekosten.²¹³

Die Unterbringung der Stipendiaten war in Studentenheimen vorgesehen. Darüber hinaus wurden die fachliche und persönliche Betreuung durch einen Dozenten oder Assistenten der Hochschule als unerlässlich angesehen. Damit sollten Anpassungsschwierigkeiten behoben und der Studienfortgang der Stipendiaten überwacht werden. Aus dieser Betreuung resultierte ein zusammenfassendes Gutachten zum Studienerfolg des Stipendiaten, welches mit einem Bericht

²⁰⁹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 23-25

²¹⁰ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 23-25

²¹¹ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA, Zl. 54.049-11a/1964

²¹² Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 26

²¹³ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, Beilage 002 Übernahme von Rückreisekosten bei Stipendiaten

des Studierenden an die Heimatbehörde übermittelt wurde. Die ausländischen Studierenden waren verpflichtet, engen Kontakt zu ihren Vertrauensdozenten zu halten. Eine Abwesenheit vom Hochschulort, der nicht studienbedingt und mehr als zwei Wochen dauerte, bedurfte der Zustimmung des Dekanats. Bei Nichteinhaltung hatte dies den Verfall des monatlichen Stipendiums zur Folge.²¹⁴

Nach Beendigung des Studiums in Österreich sollte eine Nachbetreuung der Stipendiaten über die österreichischen Vertretungsbehörden erfolgen. Dies beinhaltete Informationsmaterial und Fachliteratur sowie die Nachkontaktzeitschrift „Brief aus Österreich“.²¹⁵

Ausbildungsbedingungen für Praktikanten aus Entwicklungsländern in Österreich

Die Bedingungen einer Stipendienvergabe für Praktikanten²¹⁶ aus Entwicklungsländern glichen in vielen Bereichen jenen der Studierenden. So mussten diese eine ausreichende Grundausbildung im Heimatland absolviert haben. Kenntnisse der deutschen Sprache waren zwar erwünscht, in der Regel allerdings beinhaltete das Ausbildungsprogramm in Österreich einen deutschen Sprachkurs. Die Ausbildungsdauer war ebenfalls begrenzt und sollte nicht länger als zwei bis drei Jahre dauern. Auch hier war die diplomatische Vertretungsbehörde Österreichs verantwortlich die Praktikantenstipendien bei den lokalen Regierungen bekannt zu geben, Bewerber zu informieren und eine Vorauswahl zu treffen. Zusätzlich zum Gesundheitszustand und der Bestätigung über den Militärdienst des Bewerbers wurden auch etwaige Unterhaltsverpflichtungen für Angehörige geprüft, da für solche Verpflichtungen bereits vorgesorgt sein musste. Die Bewerbungen wurden dem zuständigen Bundesministeriums weiter geleitet. Die Endauswahl traf dieses Bundesministerium mit allfälliger Zusammenarbeit von Kammern, Interessenvertretungen, Organisationen, Institutionen, Vereinen oder Firmen und der Heranziehung des BMAA und des BMF. Wie bereits bei den Studierenden an Universitäten wurde auch hier die fachliche Qualifikation des Praktikanten geprüft, dabei musste die Durchführung des Ausbildungsvorhabens ebenfalls innerhalb der Stipendienlaufzeit möglich sein. Den Richtlinien entsprechend, sollten die Herkunftsländer der Auszubildenden im Einklang mit der regionalen Schwerpunktsetzung stehen,²¹⁷ wobei eine solche offiziell nicht bestand.

²¹⁴ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, Beilage 002 Übernahme von Rückreisekosten bei Stipendiaten

²¹⁵ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 27

²¹⁶ Bei der Ausbildung für Praktikanten handelte es sich um nicht universitäre Ausbildung meistens im technischen Bereich bspw. Facharbeiterausbildung.

²¹⁷ ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 28-30

Der finanzielle Rahmen und die Reisekosten waren dieselben wie bei Studierenden, wobei die öS 2.500,-- für Praktikanten, die in einer höheren Berufskategorie waren, anberaumt wurde.²¹⁸

Auch die Betreuung und Überprüfung der Ausbildungsteilnehmer wurde als ein wichtiges Faktum gesehen, um Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden. So benötigten Praktikanten für eine Abwesenheit von über zwei Wochen vom Ausbildungsort die Zustimmung des Betreuungsministeriums. Dieses war auch zuständig für die Überwachung des Ausbildungsfortganges und musste dem IKFE darüber periodisch berichten. Um den Praktikanten den betrieblichen Alltag zu erleichtern, gingen mit den Sprachkursen auch Kurse zur Einführung in die österreichischen Lebensverhältnisse einher. In manchen Einzelfällen war es möglich, besonders förderwürdigen Praktikanten über das BMU Stipendien zukommen zu lassen, um den Besuch von Fachhochschulen zu ermöglichen. Absolventen von Fachhochschulen wurden für den Aufbau von Klein- und Mittelbetrieben in Entwicklungsländern als besonders geeignet angesehen.²¹⁹

Am Ende der Ausbildung stand eine Abschlussbesprechung des Praktikanten mit dem zuständigen Bundesministerium, um den Ausbildungstand festzustellen und um Erfahrungen zur weiteren Verbesserung der Ausbildungsprogramme zu sammeln. Diese waren dem IKFE zu berichten. Zusätzlich sollten auch Praktikanten in ihren Heimatländern nachbetreut werden. Hierzu übermittelten die österreichischen Vertretungsbehörden fachliche Behelfe und Informationen über Österreich. Darüber hinaus wurde geprüft, ob man ehemaligen Ausbildungsteilnehmern in ihren Heimatländern beim Aufbau sicherer Existenzien helfen konnte.²²⁰

Stipendien für Studienaufenthalte in Österreich

Neben den Stipendien für Studierende und Praktikanten gab es finanzielle Mittel für kurze Studienaufenthalte in Österreich. Die Bedingungen, Abwicklung und Durchführung erfolgt wie bei den bereits oben beschriebenen Stipendiaten. Hier soll noch auf einige Unterschiede eingegangen werden.

Diese Stipendien waren für Bewerber gedacht, die in ihrem Heimatland eine führende berufliche Position inne hatten. Das Ziel dabei war, aus der Verbindung des bereits bestehenden Fachwissens aus ihrem Heimatland mit den positiven Erkenntnissen durch den Studienaufenthalt eine Verbesserung der infrastrukturellen und gesellschaftspolitischen Bereichen und der

²¹⁸ ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 31f.

²¹⁹ ÖSTA/AdR, BMF, Zl. 341.088-18a/1967, 33

²²⁰ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088a-18a/1967, 33

Produktionsentwicklung im Entwicklungsland zu veranlassen. Die Verwirklichung dieses Ziel wäre verbunden mit der beruflichen Stellung der Stipendiaten.²²¹

Die Dauer für solche Studienaufenthalte war auf das kürzest mögliche zu beschränken und lag bei maximal sechs Wochen. Darüber hinaus musste bei fehlenden Sprachkenntnissen der Teilnehmer das Entsendungsland für die zur Verfügung Stellung eines Dolmetschers Sorge tragen.²²²

Bei diesen Stipendien handelte es sich weniger um Ausbildung als um Informationsaustausch. Die Projekt 152/64 und 247/65 sind Beispiele für diese Kategorie an Stipendien. Einflussreichen Persönlichkeiten wurde ein kurzer Aufenthalt in Österreich finanziert, damit Kontakte in verschiedenen Sektor geknüpft werden konnten.

5.9.2 Die Situation afrikanischer Studenten in Österreich, Zahlen und Fakten

Mit den 1950iger kamen afrikanische Studenten für ein Studium nach Österreich. Zunächst mit geringer Präsenz waren im Wintersemester 1953/1954 19 ordentliche Hörer/innen aus Afrika in ganz Österreich inskribiert. Der Großteil dieser stammte aus Ägypten²²³. Doch schon keine zehn Jahre später, im Wintersemester 1961/1962 war die Zahl der afrikanischen Studierenden auf 639 (davon 25 im ersten Semester)²²⁴ gestiegen. Diese stammten aus 16 Staaten oder Kolonien aus Afrika, wobei weiterhin der überwiegende Teil aus Ägypten kam. Über die 1960iger Jahre nahm allerdings die Zahl der afrikanischen Studenten stetig ab. So hatte sich im Wintersemester 1964/65 die Zahl der Studierenden auf 421²²⁵ verringert und weitere sieben Jahre später im Studienjahr 1971/72 waren es nur mehr 185 Personen aus Afrika, die an einer österreichischen Universität inskribiert waren. Die Zahlen stiegen erst wieder in den 1980iger Jahren und sind wohl auf die Befreiung vom Studienbeitrag für Ausländer 1972 zurück zu führen.²²⁶

²²¹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 35-38

²²² Vgl. ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 35-38

²²³ Dies geht zurück auf eine „Studienmission“ des ägyptischen Statthalters Muahmmad Ali, der im 19. Jahrhundert Studenten an europäische Bildungseinrichtungen schickte. Es wird geschätzt, dass in der Zeit von 1829 bis 1914 ca. 50-80 Studenten aus Ägypten in Österreich studierten. Vor allem Medizin-Studenten zog es nach Wien, das damals als „Mekka der Medizin“ bekannt war. Vgl. Marcel Chahrour, „Vom Morgenhauch aufstrebender Cultur durchweht“. Ägyptische Studenten in Österreich 1830-1945. In: Walter Sauer (Hg.), Von Soliman zu Omofuma. Afrikanische Diaspora in Österreich 17. bis 20. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2007), 131-149

²²⁴ Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik. Die Studierenden im Wintersemester 1961/62 (Wien 1962), 36f.

²²⁵ Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik, Wintersemester 1964/65 (Wien 1965) 110. Heft, 86f.

²²⁶ Vgl. Walter Sauer, Afro-österreichische Diaspora heute. Migration und Integration in der 2. Republik. In: Walter Sauer (Hg.), Von Soliman zu Omofuma. Afrikanische Diaspora in Österreich 17. bis 20. Jahrhundert. (Innsbruck/Wien/Bozen), 193f.

Grundsätzlich ist hervor zu heben, dass die Bildungshilfe sowohl den Interessen der Entwicklungsländer als auch jenen von Industrieländern nutzte. Für Entwicklungsländer, deren Bildungswesen nicht ausreichend ausgebaut war, stellte die Bildungshilfe eine Möglichkeit dar Wissen und spezielles Know-How anzueignen. Im Kontext des Kalten Krieges war sie andererseits ein geeignetes Instrument, um die Weltanschauung der westlichen Länder an die zukünftigen Führungseliten der Länder des Südens weiterzugeben.²²⁷ Ganz in diesem Sinne äußerte sich der damalige Rektor der Universität Wien Karl Fellinger 1965 auf die Frage nach Erfolgen und Problemen von „farbigen Studenten“ unter anderem wie folgt:

„Wie müssen uns bewusst sein, daß die ausländischen Studenten für uns ungeheuer wichtig sind. Die Studenten von heute sind die leitenden Männer von morgen. In bezug auf künftigen wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte ist es sehr wichtig, daß die ausländischen Studenten gute Eindrücke mit nach Hause nehmen.“²²⁸

Die Konkurrenz zwischen Ost und West führte zu großem Bemühen um afrikanische und asiatische Studierenden. So kam Anfang 1963 eine Gruppe nigerianischer Studenten aus Sofia nach Wien, um ihr Studium hier fortzusetzen.²²⁹ In Sofia erlebten die afrikanischen Studenten Diskriminierungen und Neid und mussten schließlich das Land verlassen. Ausschlaggeben dafür nannte Robert Kotey, ehemaliger Sekretär der Vereinigung ghanesischer Studenten in Bulgarien die Gründung des „All African Students Union“. Dieser Zusammenschluss von Studenten aus 22 afrikanischen Ländern wurde vom bulgarischen Staat verboten.²³⁰ Die Diskriminierungen nahmen aber auch in Wien kein Ende. So gestaltete sich die Wohnungssuche für afrikanische Studenten als nicht besonders leicht und wurde in Tageszeitungen thematisiert. Ein Redakteur der „Presse“ begleitete einen Studienanfänger aus Sierra Leone bei der Zimmersuche zu sechs von der Hochschülerschaft vermittelten Adressen. Dabei wurde der Student jedes Mal von den Vermieter mit fadenscheinigen Begründungen abgewiesen.²³¹ Neben dem Wohnungsproblem gab es weitere unterschiedliche Probleme. Demonstrationen von ausländischen Studenten gegen die Regierungen bzw. Machthaber in ihren Heimatländern wurden nicht gern gesehen und stellten in den Augen der österreichischen Öffentlichkeit unerwünschte politische Aktivitäten

²²⁷ Vgl. Walter Sauer, Afro-österreichische Diaspora heute, 2007, 193

²²⁸ Vgl. Afro-Asiatisches Institut Wien, Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 4 Beilage, März/April 1965, 15

²²⁹ Vgl. Afro-Asiatisches Institut Wien, Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 4 Beilage, März/April 1965, 15

²³⁰ Vgl. Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des AAI in Wien. Entwicklungshilfe – Auszüge aus der Tages und Fachpresse. Heft 5, 30.8 – 12.9 1963, 41

²³¹ Vgl. Walter Sauer, Afro-österreichische Diaspora heute, 2007, 194

dar. Von der Union der ausländischen Studenten Wien wurde kritisiert, dass Aufenthaltsgenehmigungen von Studierenden sich nicht am Studium orientierten. Die Bestimmungen der Fremdenpolizei seien nicht konform mit den Ordnungen der Universität.²³² Um die Schwierigkeiten aus der Perspektive der ausländischen Studenten/innen zu diskutieren wurde im März 1965 die erste gesamtösterreichische Tagung der ausländischen Studentenverbände organisiert. An dieser Tagung nahmen 46 Delegierte und Beobachter als Vertretung für die ausländischen Studentenorganisationen in Wien, Graz, Innsbruck und Leoben teil. Das Resultat dieser viertägigen Beratung war die Gründung der Generalunion ausländischer Studenten Österreich. Diese sollte als Dachverband für die bestehenden Studentenverbände dienen und zu einer Verbesserung der Beziehungen und Verständigung zu österreichischen Behörden und Studentenschaft führen.²³³

Obwohl die Zahl der afrikanischen Studierenden in den 1960iger Jahren abnahm und die Zahl der asiatischen Studenten nur im geringen Maße anstieg (von 1611 1961/62 auf 1784 1964/65)²³⁴ wurde die Anzahl der Studierenden als sehr hoch empfunden. Die Wiener Zeitschrift für Politik und Wirtschaft „Wirtschaftshorizont“ themisierte dies im März 1965. Dabei befragte das Blatt über hundert Studierende zu ihren ausländischen Kollgen/innen. Auf die Frage ob Afro-Asiaten Schwierigkeiten hätten, waren 85 % der Meinung, dass ihre Kollegen mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen hätten. Wobei 53% dieser der Ansicht waren, dass Fehler bei den ausländischen Studenten lagen oder sie zumindest eine Mitschuld traf. Generell wurde die Anwesenheit von Studierenden aus Entwicklungsländern nicht positiv bewertet, zumindest von den befragten inländischen Studenten. So antworteten 79 % mit nein auf die Frage, ob der österreichische Staat sich um mehr Studenten aus den Entwicklungsländern bemühen soll. Durch steigende Studierendenzahlen von Inländern (von 33.762 1961/62 auf 41.128 1964/65)²³⁵ waren überfüllte Institute und Hörsäle Alltag an österreichischen Universitäten. Vor allem Laborplätze in der Medizin betraf dies stark. An den medizinischen Fakultäten war die Anzahl der Studenten aus dem Ausland besonders hoch (2483 Studenten/innen)²³⁶, welches teilweise bedingt war durch historische Inanspruchnahmen von Ausbildungsmöglichkeiten. Die „Presse“ hielt dies im

²³² Referat von Atif Metwally Sekretär der Union der ausländischen Studenten Wien. In: Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des AAI Wien, Entwicklungshilfe – Auszüge aus der Tages und Fachpresse, Heft 4 Beilage, März/April 1965, 16

²³³ Vgl. AAI Wien, Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des AAI, Heft 4 Beilag, März/April 1965, 16-23

²³⁴ Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik. Wintersemester 1964/65 (Wien 1965) 110. Heft; und Die Studierenden im Wintersemester 1961/62 (Wien 1962)

²³⁵ Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik. Wintersemester 1964/65 (Wien 1965) 110. Heft; und Die Studierenden im Wintersemester 1961/62 (Wien 1962)

²³⁶ Hochschulen gesamt 10.274 Ausländer gelistet. Vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik, Wintersemester 1964/65 (Wien 1965) 110. Heft, 45, 91

Juni 1965 in einem Kommentar zur Problematik des Ausländerstudiums klar fest: „Die Ursache für das semsterlange Warten auf Laborplätze – für Mediziner und Techniker leider fast schon zur Regel geworden – (...) ist daher keinerweise allein oder auch nur vorwiegend die hohe Zahl der Ausländer.“²³⁷

Ressentiments und ablehnende Haltung gegenüber afrikanischen Studenten gab es nicht nur in der österreichischen Bevölkerung, auch Beamte die in afrikanischen Ländern tätig waren schienen nicht vorurteilsfrei gewesen zu sein. An dieser Stelle soll auszugsweise auf zwei solche Beispiele eingegangen werden.

Im Rahmen einer steiermärkischen Stipendienaktion für Kongolese, die ursprünglich für 33 Stipendiaten gedacht war, kamen 16 Kongolese für eine Ausbildung nach Graz. Der österreichische Handelsdelegierte in Leopoldville, G. Jamnig, sah sich veranlasst, hierzu einen Bericht mit Ratschlägen an das Außenministerium zu senden. Sein Bericht war geprägt von einer negativen Haltung Afrikanern gegenüber und wollte einen strengen Umgang mit den Kandidaten bezeichnen. Um die Realitätsnähe seines Berichtes zu beweisen, verwies er darin auf die Erfahrungen anderer Länder (Schweiz, Deutschland, Belgien, Frankreich, USA) mit Kongolese. Der Handelsdelegierte insistierte die Notwendigkeit gleich bei Ankunft die Ausbildungsbedingungen für die Stipendiaten klarzustellen, am besten in französischer Sprache. Vor allem sollte der immense Vorteil einer Ausbildung in Österreich hervorgehoben werden und auf jegliche Schmeicheleien und Ehrungen verzichtet werden. Weiters nannte er zehn Punkte, die für die Zeit der Ausbildung beachtet werden sollten.²³⁸ Dabei sollten den Auszubildenden so wenig wie möglich Eigenständigkeit und Verantwortung eingeräumt werden. Nach Ansicht von Jamnig sollten Unterkunft und Verpflegung über eine Zentralstelle organisiert werden, da er den Kongolese die Fähigkeit mit Geld umzugehen einfach absprach. „Hiezu sei erwähnt, dass der Kongolese nicht fähig ist, Geld in der Hand zu behalten und sich die Ausgaben einzuteilen. Er würde bereits am nächsten Tage kommen und sagen, dass er vollkommen ohne Geld dasteht.“²³⁹ Man sollte auch dafür Sorge tragen, dass die finanziellen Mittel für Kleidung nicht ohne weiteres ausgegeben wurden. Hierfür sah Jamnig Einkaufsbons, die nur in bestimmten Geschäften gültig waren, als geeignet an. Die Verteilung und Verwendung sollte unter strenger Kontrolle erfolgen. Das Taschengeld erhielten die Stipendiaten wöchentlich und sollte höchstens 125 Schilling pro Woche umfassten, allerdings wurde es auf 75 Schilling angesetzt, was als angemessen angesehen

²³⁷ AAI Tages- und Fachpresse, Heft 7, Juni/Juli 1965, 30

²³⁸ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 2f.

²³⁹ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 2

wurde, da für Verpflegung und Kleidung schon gesorgt war. Die Unterbringung in Heimen oder Internaten, in denen eine „strenge Zucht herrscht und wo sie unter ständiger Kontrolle sind“²⁴⁰ wurde für die Disziplin als notwendig erachtet. Die Ausbildungs- und Studienzeiten sollten möglichst so organisiert sein, dass nicht viel Freizeit übrig blieb. Bei Aktivitäten und Ausflügen sollten die Auszubildenden stets in Begleitung sein und kontrolliert werden. „Es wäre unbedingt zu vermeiden, dass die Kongolesen Gasthäuser besuchen und Alkohol einnehmen.“²⁴¹ Auch längere Freizeitphasen, wie Ferien sollten gut organisiert und mit Strenge kontrolliert werden. Der Handelsdelegierte empfahl für diese Stipendiaten eine Ferialpraxis.²⁴²

„Außerdem sollte es einem Kandidaten unmöglich gemacht werden, ohne Erlaubnis den Ausbildungs-, Schul oder Wohnplatz zu verlassen, was überhaupt nur vorkommen sollte, wenn eine glaubwürdige Begründung vorgebracht wird. Man müsste die Stipendiaten jeweils daran erinnern, dass sie zu beweisen haben, dass sie gewissermaßen eine kongolesische Auswahl sind und dass sie diese privilegierte Behandlung (Ausbildung im Ausland) verdiene.“²⁴³

Unter einem eigenen Punkt behandelte der Handelsdelegierte die Begegnung der Kongolesen mit der österreichischen Bevölkerung und betonte dessen Wichtigkeit, da man die jungen Stipendiaten nicht entwurzeln wollte, sondern nur ausbilden. Daher sollte der Kontakt nur langsam und unter ständiger Begleitung erfolgen. Allgemein stand Jamnig den Kongolesen sehr misstrauisch gegenüber, was sich vor allem im Folgenden zeigte: „Der Kongolese wird immer versuchen, auf irgendeine Weise Mitleid zu erwecken, um Geld oder Sonstiges zu bekommen. (...) Im Zweifelsfalle sollte den Kongolesen nicht geglaubt werden, da eben alle Mittel recht sind.“²⁴⁴

Ein wesentlicher Kritikpunkt im Bericht war die Auswahl der Kandidaten. Diese erfolgte durch die Nominierung des kongolesischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten ohne Überprüfung der Fähigkeiten und Kenntnisse. Jamnig kritisierte diesen Vorgang vehement, da dadurch „(...) zum Grossteil unbrauchbares Material in Vorschlag gebracht worden war.“²⁴⁵ Im Weiteren empfahl er die Kandidatenliste der kongolesischen Industriellenvereinigung.²⁴⁶

²⁴⁰ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 3

²⁴¹ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 4

²⁴² ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 1-4

²⁴³ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 4

²⁴⁴ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 5

²⁴⁵ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 6

²⁴⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 20.302-6a(POL)1963, Brief von Dr. G. Jamnig, 1-7

Während des Aufenthaltes der kongolesischen Studenten in der Steiermark kam es zu verschiedenen Schwierigkeiten. Die Erlernung der Sprache erwies sich als schwierig und das wöchentliche Taschengeld von 75 Schilling reichte nicht für die „gewohnte Nahrung“ der Studenten. Im Jänner 1964 sah man von einer Wiederholung dieses Projektes ab. Die Errichtung von Gewerbeschulen im Kongo wurde empfohlen.²⁴⁷ Es ist davon auszugehen, dass die Kongolesen auf ähnliche Probleme wie die Studierenden in Österreich stießen. In den Aussagen des Handelsdelegierten spiegelt sich die ablehnende und rassistische Haltung wider, die wohl auch in der Bevölkerung vertreten war..

Wie bereits erwähnt, diente die Ausbildungshilfe von Studenten/innen aus Entwicklungsländern in Industrieländern sowohl den Interessen der Geber- als auch den Nehmerländer. Es gab aber immer wieder Stimmen, die davon abkommen wollten und eine Ausbildung im eigenen Land befürworteten. Einer dieser Stimmen war der Botschafter Jungwirth in Lagos. In einem Brief vom 27.11.1963 an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Bruno Kreisky argumentierte er für seinen Standpunkt und schlug, vor Lehrkräfte nach Afrika zu schicken. Dabei verwies der Botschafter darauf, dass er sich auf den Standpunkt der „besten Köpfe Afrikas“²⁴⁸ namens Herr Abele, der Vice-Principale des Institute of Technology in Yaba und Mr. Gaiger, einem englischen Berater der nigerianischen Regierung in Fragen technischer Ausbildung stütze. Deren Standpunkt deckte sich ebenfalls mit den Grundsatzbeschlüssen des Wissenschaftsrates der CCTA (Comission de Coopération Technique en Afrique au Sud de Sahara), der unter dem Einfluss des afrikanischen Sozialpsychologen Universitätsprofessor Lamos stand. Deren Auffassung war, dass sich junge Leute durch einen Auslandsaufenthalt entfremden würden und für die ausgebildete Funktion dadurch nicht mehr geeignet wären.²⁴⁹

„Middle-grade personal must be trained in Africa, where they are called upon to serve. Training will thus be better adapted to the eventual conditions of work. A grave risk will be avoided, that of seeing young people sent overseas for technical training and then returning with a different sense of values, with a new psychological outlook, unwilling to take up the functions for which they have been trained, in urban or rural environments. Experience show that, as a general rule, sending young people overseas when they have not reached sufficient maturity, to receive elementary technical training, is an inefficient, costly and sometimes dangerous method.“²⁵⁰

²⁴⁷ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 513.138-10/1963

²⁴⁸ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, Zl. 12-Pol/63

²⁴⁹ Vgl. ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, Zl. 12-pol/63, 1f.

²⁵⁰ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, Zl. 12-pol/63, 2-3

Weiters führte Jungwirth an, dass auch die Regierung der Elfenbeinküste nur noch ausgebildete Spitzenkräfte zur Ausbildung nach Übersee schickte und damit gute Erfahrungen sammelte. Der Gegenvorschlag des Botschafters war es gut qualifizierte Experten und Lehrkräfte nach Afrika zu schicken. Somit würde man der Entfremdung entgegen wirken und die österreichische Wirtschaft würde „gründliche Afrikakenner“²⁵¹ gewinnen, welche „(...) auf dem Gebiet der technischen Wissenschaften auf längere Sicht der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen einschlägigen Industrie auf den Märkten der Zukunft in der ‚dritten Welt‘ wahrscheinlich sehr zustatten käme.“²⁵²

Die Diskussion, ob Ausbildungshilfe in Österreich oder im Herkunftsland erfolgen sollte, fand auch im österreichischen Nationalrat statt. Ähnlich wie der Botschafter war auch Kreisky der Ansicht, dass junge Menschen in ihrer Heimat ausgebildet werden sollten. Durch eine Ausbildung in Österreich sah er die Auszubildenden in eine Umgebung versetzt, welche „(...) ihnen fremd und so ganz anders“ war und bei der Rückkehr sie „(...) einer Nostalgie aussetzen, die sie nicht nur unglücklich, sondern auch für ihre Aufgabe unbrauchbar macht.“²⁵³ Auch hier gab es Differenzen darüber wo Ausbildung stattfinden sollte. In den eigenen Reihen argumentierte Hertha Firnberg (SPÖ) für Ausbildungsplätze in Österreich, wobei sie auch auf die Möglichkeit des brain drain zu Ungunsten der Dritten Welt hinwies. Auch Ludwig Weiß, ÖVP-Nationalratsabgeordnete hielt es für zweckmäßiger Studierende in Österreich auszubilden und die Kosten dabei aus der Entwicklungshilfe zu finanzieren.²⁵⁴

Diese Beispiele stellen auszugsweise die geistige Haltung der behandelten Zeit dar, welche sich auf Negativbeispiele mit denen die Probleme der Studenten in Verbindung standen, fokussiert. Der Rückgang der Zahl der afrikanischen Hörer an österreichischen Hochschulen liegt zum Teil an den hier erläuterten Gründen. Die „Betreuung“ von afrikanischen Studenten stellte sich als schwieriger und kostspieliger dar als erwartet. Zum anderen flaute der Entwicklungsoptimismus und die damit verbundene „Entwicklungseuphorie“ der ersten Jahre zunehmend in den 1960iger Jahren ab. Außerdem ging die Periode der Dekolonisation in Afrika zu Ende und der Westen hatte sich in Afrika etabliert. Die Folge war die sinkende Zahl von afrikanischen Studenten.²⁵⁵

²⁵¹ ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, Zl. 12-pol/63, 3

²⁵² ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, Zl. 12-pol/63, 4

²⁵³ Bruno Kreisky (1964), Die Frage der Entwicklungshilfe und die Außenpolitik. 7. Internationales Diplomaten-Seminar. Schloß Kleßheim 27. Juli 1964. In: Bruno Kreisky (Hg.). Kreisky Reden. Band 1, 526

²⁵⁴ Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 41

²⁵⁵ Vgl. Walter Sauer, Afro-österreichische heute, 2007, 194

5.9.3 Entsendung von Experten

Bei Expertenentsendung handelte es um Beratungshilfe, welche neben der Ausbildungshilfe ebenfalls als „typisch österreichische Art“ der Hilfe galt. Dies umfasste Kosten geleisteter Personalhilfe durch direkte Beiträge für Expertenprogramme und Beiträge an öffentliche und private Stellen, die Experten in Entwicklungsländer entsendeten.²⁵⁶

Der DAC unterscheidet vier Arten von Experten. *Lehrer und Erziehungsfachleute*, womit Lehrer und Berater auf allen Ebenen des Bildungsbereiches gemeint sind. Bei *Projektpersonal* handelt es sich um Personen die weder im Bildungsbereich noch als Berater tätig waren, meistens waren dies „(...) Posten der normalen Verwaltung (...)“ oder „Hilfspersonal zur Verrichtung von Hand- oder Büroarbeiten (...).“²⁵⁷ Unter der Kategorie *Berater* waren alle Experten inbegriffen, deren Aufgabe die Beratung oder Anleitung in einem bestimmten Gebiet war. Damit waren bspw. Berater aus der Privatwirtschaft oder Beamte gemeint. Als *Entwicklungshelfer* galten alle Freiwilligen, die im Rahmen von Freiwilligenprogrammen in Entwicklungsländern arbeiteten.²⁵⁸

Die Zielsetzung österreichischer Beratungshilfe wurde, sehr breit gefasst, auf die „vordringlichsten Probleme“²⁵⁹ festgelegt. Gewünscht war, dass sich ihr Aufgabengebiet auf jene Gebiete konzentrierte in denen Österreich „besonders in Erscheinung treten und damit für die Erschliessung und Sicherung von Absatzmärkten wirksam beitragen“²⁶⁰ konnte.

Österreichische Experten für Entwicklungsländer wurden zentral bei der Geschäftsstelle des IKFE erfasst. Hierfür wurde eine Kartei eingerichtet, die „Zentrale österreichische Expertenkartei“.²⁶¹ In einer Sitzung der Bundesregierung am 12.1.1965 wurden Richtlinien erlassen, die die Expertenentsendung von Bundesbediensteten in Entwicklungsländern regelte.²⁶² Experten sollten nicht älter als 60 Jahre sein und den gestellten Anforderungen in fachlicher, sprachlicher und gesundheitlicher Hinsicht entsprechen. Die Bestellung für einen Auslandseinsatz erfolgte über die Empfehlung des IKFE durch das zuständige Bundesministerium. Für die Dauer des Einsatzes erhielten die Experten dieselben Privilegien und Immunitäten wie Beamte des BMAA. Zu den Pflichten eines Experten wurde sein Bemühen das Vertrauen der einheimischen Mitarbeiter zu erlangen gesehen. In den Richtlinien wurde in

²⁵⁶ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 56

²⁵⁷ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 57

²⁵⁸ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 56f.

²⁵⁹ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 10

²⁶⁰ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 10

²⁶¹ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 39

²⁶² Vgl. Franz Karasek, Die österreichische Entwicklungshilfe. Ausblick und Vorschläge. In: Confrontation. Jg. 5/Heft 4, Juli 1965

diesem Zusammenhang festgelegt einheimische Fachkräfte auszubilden, um Projekte nach dem Einsatz der Experten weiter zu führen.²⁶³

²⁶³ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967, 39, 42

6 Analyse der Projekte

6.1 Erläuterungen zu den Tabellen²⁶⁴

In folgendem Kapitel werden die Projekte des Interministeriellen Komitees für Entwicklungsländer der ersten drei Jahre analysiert. Untersucht wurden Dokumente im Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchives. Dabei handelte es sich zum Einen um Ergebnisprotokolle der Arbeitsgruppensitzungen des IKFE, welche unter dem Bundeskanzleramt zu finden sind, zum Andern um Dokumente folgender Bundesministerien BMF, BMU und BMAA. Aus den Dokumenten wurden Projekte des IKFE entnommen und in Tabellen²⁶⁵ aufgelistet. Von Interesse für diese Arbeite waren Projekte,

- die in Afrika durchgeführt wurden bzw. die afrikanische Länder in irgendeiner Form betrafen,
- und Projekte, die in Österreich durchgeführt wurden und teilweise ebenfalls Afrika betrafen.

Diese zwei Punkte stellen grundsätzlich zwei Kategorien an Projekten dar: Jene, die einem Land direkt zu geordnet werden können, da sie in diesen Ländern durchgeführt wurden, und jene, die mehrere Länder betrafen. Dies sind bspw. Projekte, die Institute und Organisationen subventionierten oder Bildungs- und Ausbildungsprojekte, die in Österreich durchgeführt wurden. Solche Projekte wurden in der Kategorie *Projektnummer* zusätzlich mit „diverse Entwicklungsländer“ bezeichnet und konnten nicht einem einzelnen Land oder einer Kategorie zugeordnet werden. Solche Projekte konnten also theoretisch afrikanische Länder betreffen.

Die Spaltenüberschriften der Tabellen orientieren sich an den vorgegebenen Kategorien des Projektantrages. In der Spalte *Projektnummer* wird die fortlaufende Projektnummer angegeben, welche zusätzlich mit einem Buchstaben und der jeweiligen Jahreszahl versehen war. Die Buchstaben gaben im behördlichen Schriftverkehr Auskunft über die Finanzierung der Projekte. Es wurden Buchstaben von A bis g verwendet:²⁶⁶

- A steht für Projekte, deren Finanzierung zur Gänze im Kalenderjahr anfällt.
- B zeigt auf, dass die Finanzierung der Projekte teilweise im Kalenderjahr anfällt, aber im folgenden Kalenderjahr zu Ende zu führen ist.

²⁶⁴ Vollständige Liste siehe Anhang

²⁶⁵ Für 1963 siehe Tabelle 3, für 1964 und 1965 siehe Anhang

²⁶⁶ Vgl. ÖSTA/AdR, BKA Zl. 42.201-11a/1964

- AF beinhaltet, dass die Finanzierung von Projekten im Kalenderjahr teilweise anfällt, im Weiteren aber mehr als zwei Jahre Fortsetzungsfinanzierung erfordert.
- C steht für Projekte, die im Kalenderjahr im Einvernehmen mit den antragstellenden Ressorts auf einen späteren Zeitpunkt zurück gestellt wurden.
- D stellt dar, dass Projekte im Kalenderjahr nach einvernehmlicher Prüfung von den antragstellenden Ressorts zurück gezogen wurde.
- E steht für Projekte die im Kalenderjahr überholt waren, und
- g steht für Projekte die vom IKFE zur Durchführung bereits genehmigt wurden.

In der Tabelle sind folgende Buchstaben relevant A, B, AF, die restlichen werden hauptsächlich beim Lesen der Ergebnis-Protokolle benötigt.

Projektantragsteller ist in der Regel auch der Projektbetreuer (Erklärung dazu siehe Kapitel 6.55.5). Bei der Einbeziehung zweier oder mehreren Ministerien in ein Projekt wird in Klammer ihre Funktion erklärt. *Projektträger* sind Organisationen, die Projekte durchführen. In manchen Fällen wurde unter dieser Kategorie ein Bundesministerium genannt, dieses wurde solange herangezogen, bis eine entsprechende Organisation zur Projektdurchführung gefunden wurde. Unter der Spaltenüberschrift *Gegenstand* wird das jeweilige Projekt beschrieben. Diese Beschreibungen wurden von mir wörtlich aus den Kategorien „Gegenstand“, „Projektbeschreibung“ und „Projektbeurteilung“ des Projektantrages entnommen. Unter dem Punkt *zusätzliche Informationen* werden erläuternde Angaben zur Finanzierung, zu Eigenleistungen der Projektträger gemacht und relevante Angaben angeführt, die auf Interessen bzw. Ziele eines Projektes verweisen. Die Informationen zu den Projekten in der Tabelle stammen alle aus dem Archivmaterial. Die Aktenzahlen dazu sind in der Spalte *Quellen aus ÖSTA/AdR* vermerkt und beinhalten alle Dokumente, die zu den Projekten gefunden wurden. Die Abkürzung „PrA“ dabei bezeichnet Projektanträge und wurde zum besseren Verständnis dazu gefügt.

In den Fußnoten finden sich wichtige Informationen zu den einzelnen Kategorien, zur Genehmigung der Projekte und Querverweise. Da das Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe, Politik-Organisation-Leistungen von R. Eder und H. Krobath die gesamten 1960iger Jahre des IKFE abdecken, wurden die Projekte mit deren Auflistung der „Verteilung der IKFE-Mittel auf Projektträger 1963-1969“ (S.366f.) abgeglichen. Differenzen werden in den Fußnoten dargestellt. Projekte, deren Finanzierung nicht geklärt werden konnte, werden in den Fußnoten vermerkt und in der weiteren Analyse nicht berücksichtigt.

6.2 IKFE-Projekte 1963

Entsprechend den Kriterien wurden fünf Projekte gefunden, davon wurden drei Projekte bewilligt. Insgesamt waren bis zur zweiten Sitzung des IKFE am 15.11.1963 148 Anträge für technische Hilfsprojekte eingebracht worden. Davon genehmigte das Komitee in seiner zweiten Sitzung 15 Projekte als den Grundsätzen entsprechend. Diese Angaben stammen aus dem Bericht an den Ministerrat vom Dezember 1963.²⁶⁷ Archivalische Dokumente zu diesen Projekten konnten nur teilweise gefunden werden und von diesen entsprachen, wie bereits erwähnt, nur fünf den Auswahlkriterien, d.h. hatten Afrikarelevanz. Daher sind die folgenden Ergebnisse für 1963 nicht repräsentativ.

In einem Artikel von H. Krobath vom April 1969 wurden die ausbezahlten Leistungen des IKFE für 1963 mit 7,8 Millionen öS angegeben. Davon konnte er 6,2 Millionen öS keinem bestimmten Ländern zuordnen, da es sich bspw. um Ausbildungs- oder Bildungsprojekte in Österreich handelte, die eine Vielzahl an Ländern betrafen.²⁶⁸ Die von mir gefundenen Projekte in diesem Jahr fallen in diese Kategorie, wobei drei (011/63, 046/63, 119/63) davon bewilligt wurden. Nur ein kleiner Teil, nämlich 1,4 Millionen öS waren nach Krobath einzelnen Empfängerländern zuordenbar, wobei sich die Zahl derselben auf acht belief.²⁶⁹ Keines dieser Empfängerländer betraf ein afrikanisches Land.²⁷⁰

Betrachtet man die von Krobath angegebene gesamte Leistung des IKFEs 1963 macht die folgende Analyse, die sich auf das Aktenmaterial bezieht, lediglich 21,38 % davon aus.

Die grundsätzliche Schwierigkeit der Zuordnung der Projekte für 1963 lässt sich durch die Gründung der IKFE, die erst in diesem Jahr erfolgte (21.5.1963), erklären. Darüber hinaus fiel die Finanzierung der Projekte, die in diesem Jahr beantragt wurden, nicht immer im gleichen Jahr an. Manche der Projekte wurden dann in ein Projekt 1964 abgeändert - oder wurden mit der Jahreszahl 63 im Folgejahr weitergeführt, Hinweise zur Finanzierung erfolgten in der Klammer. Dies trifft bei folgenden Projekten 1964 zu: 011/63 (AF/64), 046/63 (A/64), 115/63 (AF/63). Wie in Tabelle 3 aufgelistet, konnten für 1963 nur drei Projektanträge mit Afrikarelevanz gefunden werden.

²⁶⁷ Vgl. BKA Zl. 105.710/1964

²⁶⁸ Vgl. Hermann Krobath, Die Leistungen des IKFE in den Jahren 1963 – 1968. In: Österreich und die Entwicklungsländer, März/April 1969, 4

²⁶⁹ Vgl. Hermann Krobath, Die Leistungen des IKFE in den Jahren 1963 – 1968. In: Österreich und die Entwicklungsländer, März/April 1969, 4

²⁷⁰ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 370-372

Tabelle 3: Bewilligte IKFE-Projekte 1963 mit Afrikarelevanz

Projekt-nr.	Ziellan-d	Projektträger	Projekt-antragsteller	Projektbeschreibung	Projektsumme
046/63 ²⁷¹ (A/63)	div. EL	BM für Unterricht	BM für Unterricht	18 Jahresstipendien an Angehörige von Entwicklungsländern für das Studium in Österreich	648.000
011/63 ²⁷² (AF/64)	div. EL	Geologische Bundesanstalt Wien	BM für Unterricht	Einrichtung eines Kurses an der geologischen Bundesanstalt Wien	20.000
119/63 ²⁷³ (B/63)	div. EL	Österreichische Betreuungs-organisationen ²⁷⁴	BM für Unterricht	Schaffung von Heimplätzen	1.000.000
SUMME der bewilligten Projekte					1.668.000

Im Rahmen des Projektes 046/63 bot das IKFE folgenden Länder Stipendien an: Kamerun, Afghanistan, Türkei, Tunesien, Syrien, Marokko (mit je 2 Stipendien), Nigeria, Pakistan, Iran, Jordanien, Tanganyika (heute Tanzania), Thailand, Äthiopien, Argentinien und Senegal (mit je 1 Stipendium).²⁷⁵ Ein Dokument des Bundesministeriums für Unterricht vom 10.9.1964 zeigt jedoch auf, dass bis zu diesem Zeitpunkt nur ein Stipendium an den Iran vergeben worden war. Da das Projekt 046/63 1964 weitergeführt wurde, versuchten die involvierten Ressorts (BMU, BMF, BMAA), durch Erfahrungsberichte das Projekt im Folgejahr zu verbessern. Das Außenministerium zum Beispiel sah die Gründe für das Fehlschlagen des Projektes in der falschen Auswahl von Empfängerländern. Studierende aus Ländern, deren Ausbildungssystem nach englischem oder französischem Vorbild organisiert war, würden für ihr Studium nicht nach Österreich kommen. Daher sollte man sich auf Länder, die einen kulturellen Anknüpfungspunkt mit Österreich hatten, fokussieren. Das Außenministerium schlug in einer Sitzung am 25.8.1964 daher folgende Länder für eine Schwerpunktbildung der Stipendienaktion vor: Indien, Pakistan, Malaya, Thailand, Sudan, Nigeria, Irak, Syrien, Kuwait, VAR, Kenia, Äthiopien, Lateinamerika.²⁷⁶

Das Unterrichtsministerium kritisierte, dass diese Auswahl sich nur zum geringsten Teil an den erwähnten Grundsätzen und Erfahrungen orientierte. Es sprach sich, berufend auf eine Rede des

²⁷¹ Vgl. BKA Zl. 41.401-11a/1964

²⁷² Vgl. BKA Zl. 41.101-11a/1964

²⁷³ Anhang Entwicklungsansuchen 1963 aus: Bundeskanzleramt Index 1965

²⁷⁴ Afro-Asiatisches Institut, Österreichische Studentenförderungsstiftung, Studentenunterstützungsverein Akademikerhilfe, Evangelischer Verein für Studentenheime

²⁷⁵ Vgl. Anhang Entwicklungsansuchen 1963 aus: Bundeskanzleramt Index 1965

²⁷⁶ Vgl. ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964, 3

Leiters des Österreichischen Kulturinstitutes in Kairo, für einen anderen regionalen Schwerpunkt aus. Der Wichtigkeit nach geordnet wurde als erstes die Türkei genannt. Durch das St. Georgs-Kolleg, die damals einzige österreichische Mittelschule im Ausland, kamen türkische Staatsbürger in den Besitz eines österreichischen Maturazeugnisses. Diesen sollte der Zugang zu einem Studium in Österreich geboten werden. Der Iran wurde an zweiter Stelle genannt. Durch ein Österreichisches Kulturreferat und eine Gewerbeschule in Teheran sah man eine innige Kulturbeziehung mit Österreich als gegeben an. Jordanien und Syrien wurden ohne Angaben von Gründen erwähnt. Afghanistan wurde als „Geschäftsträger“²⁷⁷ bedeutender österreichischer Wissenschaftler angeführt. Der Sudan wurde auf Grund eines gewissen österreichischen Handelsdelegierten, der „ein Spezialist auf dem Fachgebiet der Orientalistik“²⁷⁸ war, aufgezählt. Darüber hinaus lehrten drei gebürtige Österreicher an der einzigen Hochschule des Landes. Äthiopien galt wegen der guten kulturellen Beziehungen zu Österreich als Schwerpunktland. Zahlreiche Österreicher²⁷⁹ seien in bedeutender Stellung im Land und die Relevanz, dass Äthiopien in Zukunft das politische Zentrum Afrikas sein könnte, spielte eine Rolle. Zusätzlich zu dieser Auswahl war die Abteilung I/6 des Unterrichtsministeriums der Ansicht Indien und Pakistan in eine Schwerpunktbildung einzubinden.²⁸⁰

Diese Auswahl an Ländern stellten Vorschläge dar. Während der Recherchearbeiten im Archiv wurden keine Dokumente gefunden, die eine Schwerpunktbildung innerhalb der Stipendienvergaben vermuten lassen. Grundsätzlich ist wohl davon auszugehen, dass die Praxis der Stipendienvergabe sich nur zu einem geringen Teil an angeführte Grundsätze (falls in dieser Zeit überhaupt vorhanden) hielt. So ergab sich bspw. aus einer Untersuchung der Herkunftsländer aller österreichischen Stipendiaten aus Entwicklungsländern von 1975 bis 1985, dass diese nicht Teil der genannten Schwerpunktregionen der bilateralen Hilfe dieser Zeit waren.²⁸¹ Im Rahmen dieser Diskussion sah sich das BMU als jenes Ressort an, welches nach fachlicher Qualifikation der Kandidaten urteilte. Dem BMAA unterstellte es Stipendien nach politischen Kriterien zu vergeben.²⁸² Hintergrund der Auseinandersetzung des Unterrichtsministeriums (ÖVP) und des Außenministeriums (SPÖ) war vermutlich das kriselnde

²⁷⁷ Vgl. ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964, 4

²⁷⁸ ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964, 4

²⁷⁹ Zur Geschichte dieser Beziehungen siehe: Bairu Tafla, Ethiopia and Austria. A History of their Relations (Wiesbaden 1994)

²⁸⁰ Vgl. ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964, 2-4

²⁸¹ Unter den 19 wichtigsten Herkunftsländer ergaben sich für Afrika: Nigeria, Ägypten, Ghana. Vgl. Manfred Nowak, Ausländerstudium im Spannungsfeld zwischen Entwicklungspolitik und akademischer Solidarität. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hg.), Journal für Entwicklungspolitik, Heft 1, 1985, 52-73, hier 64f.

²⁸² Vgl. ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964, 2-4

Koalitionsverhältnis. Die Folge der vorgezogenen Nationalratswahlen 1962, welche die ÖVP gewann, war eine viermonatige Regierungsverhandlung, die langwierigste in der Geschichte der Großen Koalition. Bereits 1959 hatte es Koalitionsstreitigkeiten über das Budget gegeben. Eine Zuspitzung der Verhältnisse erfolgte im Frühsommer 1963 mit einem Gerichtsurteil, das Otto Habsburg-Lothringen die Rückkehr in die Republik gestattete.²⁸³

Das Projekt wurde 1964 weiter geführt, mit einer Einigung auf folgende Länder: Äthiopien (3 Stipendien), Nigeria 4, Kenya 3, Sudan 3, Iran 4, Jordanien 3, Syrien 3, Indien 4, Pakistan 4, Thailand 3, Süd-Korea 3, Lateinamerika 10.²⁸⁴

Mit dem Projekt 011/63 führte das Bundesministerium für Unterricht einen Lehrgang an der Geologischen Bundesanstalt Wien ein, in dem Geologen aus Entwicklungsländern acht bis neun Monate eine Ausbildung erhielten. Dieses Projekt wurde die nächsten zwei Jahre weiterfinanziert. Für das erste Seminarjahr bewilligte das IKFE eine Summe von 20.000 öS als Druckkostenbeitrag. Die Kosten für die folgenden Jahre nahm man mit 1,5 Millionen öS jährlich an.²⁸⁵ Im Rahmen solcher Ausbildungsprojekte gab es theoretisch die Möglichkeit für Afrikaner teilzunehmen, da solche Projekte eine Vielzahl an Entwicklungsländern ansprach. In den Studienjahren 1964 bis 1966 nahm ein afrikanischer Geologe aus Ägypten an dem Projekt 011/63 teil.

Für das Projekt 119/63 hatte das Bundesministerium für Unterricht 2 Millionen öS beantragt, um in Hinblick auf die 18 Stipendiaten, die mittels Projekt 046/63 nach Österreich kommen sollten, Studentenheimplätze zur Verfügung zu haben. Die IKFE empfahl allerdings nur einen Betrag von 1 Million öS für zehn Heimplätze. Weiters wurden das Afro-Asiatische Institut und das Österreichische Institut für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit (vom ÖGB und der Industriellenvereinigung geführt) mit je 1,5 Millionen öS subventioniert.²⁸⁶ Zu diesen beiden Projekten konnte kein entsprechender Antrag gefunden werden und wurden daher nicht in die Tabelle drei aufgenommen.

Für 1963 sind nach dieser Aufstellung also zwei Sektoren relevant: Österreichische Betreuungsorganisationen (Projektnr 119/63) mit 1 Million öS sowie Schulung und gewerbliche Ausbildung (Projektnr. 046/63, 011/63) mit 668.000 öS. Nach der Höhe der Projektsumme war

²⁸³ Vgl. Margarete Mommsen-Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg. Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek (Bd.1, Wien/Köln/Graz 1976) 99f.

Näheres zur Innenpolitik vgl. Rudolf Neck, Innenpolitik. In: Weinzierl, Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik. (Bd. 1 Graz/Wien/Köln 1972), 267-294

²⁸⁴ Vgl. ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.256-11a/1964 Ergebnis Protokoll über die 28. AG-Sitzung am 1.12.1964

²⁸⁵ Vgl. BKA 41.012-11a/1964

²⁸⁶ Vgl. BKA 41.012-11a/1964 resümierendes Protokoll über die 3. Sitzung, 29.8.1963

das Bundesministerium für Unterricht jener Projektleiter, der, aus den aufgelisteten drei Projekten, die meisten Mittel erhielt.

6.3 IKFE-Projekte 1964

Nach oben erwähnten Kriterien wurden 24 Projekte gefunden, davon wurden 21 bewilligt. Von diesen 21 Projekten können sechs Projekte direkt einem Land zugeteilt werden: 161/64 Dahomey (heute Benin), 164/64 Tanganyika (heute Tanzania), 165/64 Äthiopien, 177/64 Tanganyika, 188/64 Liberia, 193/64 Tanganyika. Die restlichen 15 Projekte wurden unter der Kategorie „diverse Entwicklungsländer“ geführt und umfassten somit mehrere Länder. In Summe betrugen die bewilligten Projekte 1964 21.232.200 öS. Für alle IKFE-Projekte wurden im selben Jahr insgesamt 33,2²⁸⁷ Millionen öS an Entwicklungshilfe ausbezahlt, wobei sich die Zahl der Empfängerländer auf 13 belief (folgende Aufstellung umfasst vier Länder). Die vorliegende Analyse stellt 63,95 % aller IKFE-Projekte 1964 dar.

Die sechs Projekte, die einem Land direkt zugeordnet werden können, umfassen eine Summe von 4.883.000 öS. Die direkt zurechenbaren Leistungen für das gesamte Jahr wurden mit 11,7 Millionen öS angegeben.²⁸⁸

6.3.1 IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz und Angaben zu Eigenmitteln der Projektträger

Die folgende Tabelle 4 zeigt die Projektträger aus dem Jahr 1964 mit den Mitteln, die durch das IKFE genehmigt wurde und Angaben zu den Eigenmitteln. Diese werden zum Einen als Leistungen in öS angegeben und zum Anderen als Sachleistungen. Eigenmittel wurden nicht immer nur vom Projektträger aufgebracht. In manchen Fällen beteiligten sich Empfängerländer oder andere Institute und Organisationen an der Finanzierung eines Projektes, welches in der Spalte „aufgebracht durch“ angewiesen wird. Bei den Projekten ohne Angaben zu Eigenmitteln wurden im Projektantrag keine Einträge dazu gefunden. Es ist also anzunehmen, dass diese ohne Eigenmittel genehmigt wurden.

²⁸⁷ Diese Summe stammt aus Herman Krobath, Die Leistungen des IKFE in den Jahren 1963-1968, In: Österreich und die Entwicklungsländer. März/April 1969, 4-7. In der Beilage zu Zl. BMF 340.163-18a/1966 D 1201 Memorandum über die österreichische Entwicklungshilfe 1965, bilaterale technische Hilfe, wird ein Betrag von 35 Millionen öS für das Jahr 1964 genannt. Hier handelt es sich um genehmigte Beträge. Krobaths Aufzählung beinhaltet effektive Auszahlungen an die einzelnen Projektträger.

²⁸⁸ Krobath, Leistungen 1963-1968, 1969, 4

Tabelle 4: Bewilligte IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz nach Eigenmitteln der Projektträger²⁸⁹

Projekt nr.	Projektträger	Eigenmitte l in öS	Eigenmittel durch Sachleistungen	aufgebracht durch	genehmigte Mittel in öS
011/63 (AF/64)	Geologische Bundesanstalt Wien	\$ 10.000		Unesco	1.444.400
014/64 (A/64)	Afro-Asiatisches Institut	4.000.000		Projektträger	1.000.000
046/63 (A/64)	BM für Unterricht				2.000.000
115/63 (AF/64)	Montanistische Hochschule in Leoben				857.000
153/64 (A/64)	Wiener Institut für Entwicklungshilfe				1.000.000
161/64 (A/64)	Österreichische Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	300.000	Grundstück und Personal	Projektträger Benin	400.000
164/64 (A/64)	Katholische Landjugend Österreich	528.000		Projektträger	1.380.000
165/64 (A/64)	Direktion des Hospitals der Kaiserlichen Leibgarde in Addis Abbeba		Errichtung Spital	Äthiopien	333.000
169/64 (A/64)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	2.665.887	Grundstück	VÖEST Gebietskörperschaft	4.500.000
177/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Internationale Jugendbegegnung und Jugendstätte und TANU Youth League	100.000		Projektträger	250.000
178/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten	60.000		Projektträger	140.000
188/64 (A/64)	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG	6.500.000	Fachleute	Projektträger für Vorarbeiten Liberia	2.250.000
190/64 (B/64)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	191.800 400.000		Projektträger Gemeinde Wien	191.800
193/64 (A/64)	Katholische Landjugend Österreichs, Landjugendwerk für Entwicklungshilfe	200.000	Grundstück	Projektträger Tanganyika	270.000
167/64 (A/64)	Internationales Forum – Studentenklub				600.000

²⁸⁹ Vgl. vollständige Liste im Anhang

176/64 (A/64)	Kuratorium für die Errichtung von Adolf Schärf-Studentenheimen				1.000.000
179/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten				300.000
172/64 (A/64)	Institut für Internationale Zusammenarbeit	511.450		befreundete Organisationen	500.000
119/64 (A/64)	Österreichische Studentenförderung Wien; Stud. Unterstützungsverein Akademikerhilfe Wien; Evangelischer Verein für Studentenheime				800.000
187/64 (A/64)	Afro-Asiatisches Institut	12.700.000		Projektträger	1.200.000
185/64 (A/64)	Österreichischer Auslandsstudentendienst	4.635.000		Projektträger	816.000
SUMME		32.800.337			21.232.200

Zusätzliche zu den Eigenmitteln des Projektträgers stellt die Regierung Dahomey (heute Benin) beim Projekt 161/64 ein Grundstück und sämtliches Personal für den Bau des Metallsilos zur Verfügung. Darüber hinaus wurde ein Teil der Transportkosten übernommen (keine genauen Angaben dazu) und wenn notwendig Importerleichterungen gewährt. Beim Projekt 165/64 kam Äthiopien für die Errichtung des Krankenhauses selbst auf.²⁹⁰ Ein Grundstück der Gebietskörperschaft wird beim Projekt 169/64 zusätzlich zu den liquiden Mitteln genannt. Unter 188/64 führt die VÖEST im Vorfeld entstandene Kosten als Eigen-mittel an. Die 6,5 Millionen öS wurden für die Planungsarbeiten einer Vorstudie aufge-wendet. Zu den Leistungen des Projektträgers beim Projekt 193/64 stellte Tanzania ein Grundstück zur Verfügung. Das Institut für Internationale Zusammenarbeit (Projekt 172/64) bringt seine Eigenleistung durch Spenden und Beiträge von befreundeten Organisationen (ohne Nennung dieser) auf. Die Eigenmittel bei den Projekten 187/64 und 185/64 stellen Leistungen dar, welche die Betreuungsorganisationen über ein gesamtes Jahr aufbrachten. Dabei stellen die Eigenmittel des AAIs unter Projektnummer 187/64 die gesamten Kosten für den Erwerb, die Adaptierung und Errichtung des Wohn- und Studienzentrums dar. Auf das Studentenheim entfallen 5,7 Mio öS.

²⁹⁰ Medizinischer Direktor dieses Krankenhauses war Kurt Weithaler. Näheres zu Ärzten in Äthiopien siehe: Bairu Tafla, Ethiopia and Austria. A History of their Relations (Wiesbaden, 1994), 202f.

Im Dokument „Grundsätze der Förderpolitik und Richtlinien für bilaterale Entwicklungshilfe“ des BMF aus dem Jahr 1966 wurde die finanzielle Beteiligung des Bundes an Projekten mit ungefähr 50 % festgelegt.²⁹¹ Dieser Richtsatz wird in Folge für die Projekte 1964 berechnet. Dabei gibt es für zwölf Projekte klare Angaben zu den Gesamtkosten, sodass eine prozentuelle Beteiligung deutlich errechnet werden kann. Bei Projekten ohne Nennung von Gesamtkosten (hier ist lediglich die beantragte Summe ausgewiesen) ist davon auszugehen, dass die Beteiligung des Bundes bei 100% lag. Dies gilt für folgende neun Projekte: 011/63, 046/63, 115/63, 153/64, 165/64, 167/64, 176/64, 179/64, 119/64. Beim Projekt 153/64 wird in Aussicht gestellt, dass sich andere Länder wie bspw. Indien finanziell beteiligen werden. Sachleistungen werden im Projekt 165/64 mit der Errichtung des Spitals durch das Empfängerland erbracht. Das Projekt 011/63 wird ohne Nennung von Gesamtkosten beantragt. Die UNESCO beteiligt sich mit der Übernahme der Reisekosten der Teilnehmer mit \$ 10.000. Da die Projektkosten für den Lehrgang zur Gänze vom IKFE getragen wurden, wird die Beteiligung des Bundes mit 100% angenommen.

Tabelle 5: Beteiligung des Bundes 1964 in Prozent

Projekt nr.	Projektträger	Gesamtkosten in öS	genehmigte Mittel in öS	Beteiligung des Bundes in %
011/63	Geologische Bundesanstalt Wien	1.444.400	1.444.400	100,00
014/64	Afro-Asiatisches Institut	5.000.000	1.000.000	20,00
046/63	BM für Unterricht	200.000	200.000	100,00
115/63	Montanistische Universität Leoben	857.000	857.000	100,00
153/64	Wiener Institut für Entwicklungshilfe	1.000.000	1.000.000	100,00
161/64	Österreichisches Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	700.000	400.000	57,14
164/64	Katholische Landjugend Österreich	1.980.000	1.380.000	69,70
165/64	Direktion Hospital Kaiserliche Leibgarde Addis Abbeba	333.000	333.000	100,00
169/64	Österreichischer Gewerkschaftsbund	7.665.887	4.500.000	58,70
177/65	Österreichische Gesellschaft für Internationale Jugendbegegnung und Jugendstätte	350.000	250.000	71,43
178/64	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätte	230.000	140.000	60,87
188/64	Vereinigte Österreichische Eisen und Stahlwerk AG	5.900.000	2.250.000	38,14
190/64	Österreichischer Gewerkschaftsbund	783.600	191.800	24,48
193/64	Katholische Landjugend Österreichs, Landjugendwerk für	500.000	270.000	54,00

²⁹¹ Vgl. ÖSTA/AdR BMF Zl. 341.088.18a/1966, 17-19

Entwicklungshilfe				
167/64	Internationales Forum Studentenklub	600.000	600.000	100,00
176/64	Kuratorium für die Errichtung von Adolf Schärf Studentenheimen	1.000.000	1.000.000	100,00
179/64	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung u Jugendstätten	300.000	300.000	100,00
172/64	Institut für Internationale Zusammenarbeit	1.032.000	500.000	48,45
119/64	Österr. Studentenförderung Wien, Akademikerhilfe Wien, Evang. Verein f Studentenheime	800.000	800.000	100,00
187/64	Afro-Asiatisches Institut	4.500.000	1.200.000	26,28
185/64	Österreichischer Auslandstudentendienst	5.451.000	816.000	14,97

Mit Ausnahme von zwei Projekten (153/64, 165/64), handelte es sich bei den zur Gänze finanzierten Projekten um solche im Bildungssektor. Bei vier der acht Projekte (167/64, 176/64, 179/64, 187/64) ging es um die Finanzierung von Studentenheimplätzen. Weitere sechs hatten eine über 50%ige Finanzierung. Die höchste Teilnahme stellt das Projekt 177/64 dar, bei dem es sich um die Lieferung landwirtschaftlicher Geräte nach Tanzania handelte. Die finanzielle Beteiligung des Bundes liegt somit bei 14 Projekten bei über 50%. Gegenteilig zur Richtlinie, die eine 50%ige Beteiligung des Bundes besagt, wurden 1964 zwei Drittel der Projekte mit über 50% Beteiligung finanziert. Dabei lässt sich kein Muster erkennen, welche Projekte bevorzugt höher finanziert wurden. Es lässt sich lediglich eine Tendenz zu Studentenheimplätzen erkennen.

6.3.2 IKFE-Projekte 1964 mit Afrikarelevanz nach Sektoren

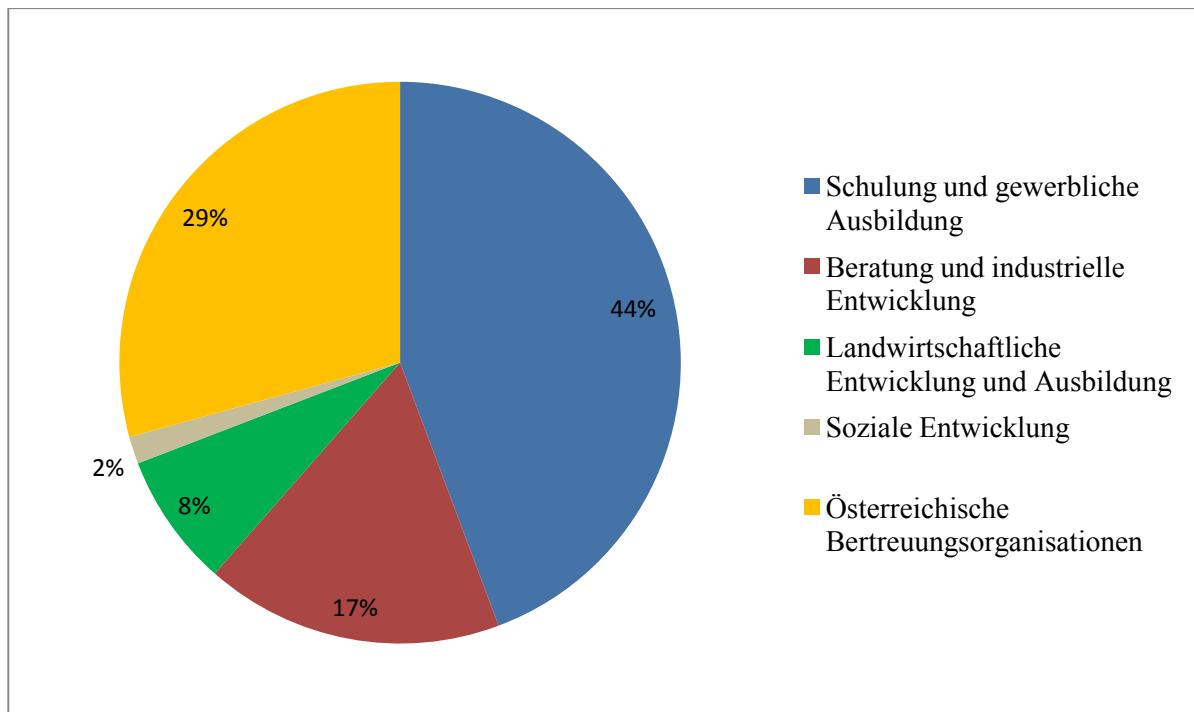
In Vorbereitung auf die zweite DAC-Prüfung verfasste das Bundesministerium für Finanzen ein Memorandum über die österreichische Entwicklungshilfe 1965/1966²⁹². Dabei wurden die Projekte aus dem Jahr 1965 in Sektoren eingeteilt. Die folgende Zuordnung der Projekte 1964 in der Tabelle 6 erfolgt in Anlehnung an das genannte Dokument.

Tabelle 6: IKFE-Projekt 1964 mit Afrikarelevanz nach Sektoren

Projekt nr.	Projektträger	Sektor	genehmigte Mittel in öS
011/63 (AF/64)	Geologische Bundesanstalt Wien	Schulung und gewerbliche Ausbildung	1.444.400
014/64 (A/64)	Afro-Asiatisches Institut	Österreichische Betreuungsorganisationen	1.000.000
046/63 (A/64)	BM für Unterricht	Schulung und gewerbliche Ausbildung	2.000.000

²⁹² Vgl. ÖSTA/AdR BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

115/63 (AF/64)	Montanistische Hochschule in Leoben	Schulung und gewerbliche Ausbildung	857.000
153/64 (A/64)	Wiener Institut für Entwicklungshilfe	Beratung und industrielle Entwicklung	1.000.000
161/64 (A/64)	Österreichische Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	Beratung und industrielle Entwicklung	400.000
164/64 (A/64)	Katholische Landjugend Österreich	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	1.380.000
165/64 (A/64)	Direktion des Hospitals der Kaiserlichen Leibgarde in Addis Abbeba	Soziale Entwicklung	333.000
169/64 (A/64)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Schulung und gewerbliche Ausbildung	4.500.000
177/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Internationale Jugendbegegnung und Jugendstätte und TANU Youth League	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	250.000
178/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten	Schulung und gewerbliche Ausbildung	140.000
188/64 (A/64)	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG	Beratung und industrielle Ausbildung	2.250.000
190/64 (B/64)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Soziale Ausbildung	191.800
193/64 (A/64)	Katholische Landjugend Österreichs, Landjugendwerk für Entwicklungshilfe	Schulung und gewerbliche Ausbildung	270.000
167/64 (A/64)	Internationales Forum –Studentenklub	Österreichische Betreuungsorganisationen	600.000
176/64 (A/64)	Kuratorium für die Errichtung von Adolf Schärf-Studentenheimen	Österreichische Betreuungsorganisationen	1.000.000
179/64 (A/64)	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten	Österreichische Betreuungsorganisationen	300.000
172/64 (A/64)	Institut für Internationale Zusammenarbeit	Österreichische Betreuungsorganisationen	500.000
119/64 (A/64)	Österreichische Studentenforderung Wien; Stud. Unterstützungsverein Akademikerhilfe Wien; Evangelischer Verein für Studentenheime	Österreichische Betreuungsorganisationen	800.000
187/64 (A/64)	Afro-Asiatisches Institut	Österreichische Betreuungsorganisationen	1.200.000
185/64 (A/64)	Österreichischer Auslandsstudentendienst	Österreichische Betreuungsorganisationen	816.000



Grafik 1: Prozentuelle Verteilung der IKFE-Projekte 1964 nach Sektoren

Die zwei großen Förderungsbereiche im Jahr 1964 waren „Schulung, gewerbliche Ausbildung“ mit 44% und „österreichische Betreuungsorganisationen“ mit 29 %.

Für den ersten Sektor wurden 9.421.200 öS bewilligt. Bis auf ein Projekt wurden alle in Österreich durchgeführt. Nur das Projekt 193/64 betraf ein Ausbildungszentrum in Tanzania. Für eine Hauswirtschaftsschule, die Teil dieses Zentrums war, wurden Material für den Schulbetrieb, Nähmaschinen und Vervielfältigungsmaschinen benötigt. Weitere drei Projekte beinhalteten universitäre Ausbildung in Österreich (011/64, 046/63, 115/63). Das UNESCO Projekt 011/64 hatte 16 Teilnehmer im ersten Jahr. Davon war nur einer aus Afrika (Ägypten).²⁹³ Mit dem Projekt 178/64 wurden Sozialarbeiter aus verschiedenen Entwicklungsländern in Österreich ausgebildet. Das Projekt 169/64 sah die Ausbildung von Lehrlingen und Praktikanten, durch die Errichtung einer Normlehrwerkstatt, vor. Dabei waren 30 Lernende aus den Entwicklungsländern und 15 aus Österreich vorgesehen.

Den zweitgrößten Sektor stellten die Betreuungsorganisationen mit einer Summe von 6.216.000 öS dar. Gefördert wurden unter dieser Kategorie Institute wie das AAI oder das Kuratorium für die Errichtung von Adolf-Schärf-Studentenheimen. Bei den Projekten 167/64, 172/64, 185/64 handelte es sich bei der Subvention um einen Zuschuss zu den Betriebskosten. Durch die

²⁹³ Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt. Amtliche Mitteilungen. 1966 Heft 3, online unter http://www.geologie.ac.at/pdf/jahresbericht/GBA_Jahres_und_Aufnahmsberichte_1965.pdf, A70 [letzter Zugriff 6.5.2013]

finanzielle Unterstützung der restlichen wurden Heimplätze für Lernende aus Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt.

Unter dem Punkt „Beratung und industrielle Entwicklung“ wurden 3.650.000 öS (17%) aufgewendet. In diesem Sektor sind drei unterschiedliche Projekte zusammengefasst. Um Beratung im weitesten Sinne handelte es sich beim Projekt 153/64. Dieses beinhaltete Öffentlichkeitsarbeit in den entwickelten Ländern und Vermittlung von Informationen an „Persönlichkeiten die über besonderen Einfluss“²⁹⁴ verfügten. Sowohl 161/64 als auch 188/64 waren weitere Projekte, die einem Land direkt zugeordnet werden konnten. Die Errichtung eines Maissilos wurde mit dem Projekt 161/64 in Dahomey finanziert. Um die Errichtung eines Stahlwerkes in Liberia ging es im Projekt 188/64.

Im Sektor „landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung“ sind zwei Projekte zu finden, die 8 % ausmachten, beide Projekte der landwirtschaftlichen Ausbildung. Der kleinste Sektor stellt 1964 die „soziale Entwicklung“ dar mit nur 2 %. Dabei handelte es sich um ein Projekt, in dem Krankenschwestern in Österreich ausgebildet wurden.

6.3.3 Projektträger 1964

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Projektträger näher beleuchtet. Die Relevanz der Organisationen und Verbände wird nach der genehmigten Projektsumme beurteilt. Als Grenze wird 1 Million öS als bewilligte Projektsumme herangezogen. Nach diesem Kriterium ergeben sich für 1964 acht Projektträger von Bedeutung. Dabei handelt es sich um zehn Projekte, zwei betrafen das Afro-Asiatische Institut.

Tabelle 7: Projektträger 1964 ab 1 Million öS

Projektnr.	Projektträger	genehmigte Projektsumme in öS
169/64	Österreichischer Gewerkschaftsbund	4.691.800
190/64		
188/64	Vereinigte Österreichische Eisen und Stahlwerke AG	2.250.000
014/64	Afro-Asiatisches Institut	2.200.000
187/64		
046/63	BM für Unterricht	2.000.000
011/63	Geologische Bundesanstalt Wien	1.444.400
164/64	Katholische Landjugend Österreich	1.380.000
176/64	Kuratorium für die Errichtung von Adolf-Schärf-Studentenheimen	1.000.000
153/64	Wiener Institut für Entwicklungshilfe	1.000.000

²⁹⁴ Vgl. ÖSTA/AdR BKA Zl. 40.360-11a/1964

Der Österreichische Gewerkschaftsbund

Der ÖGB engagierte sich ab Ende der 1950iger Jahre in der Entwicklungshilfe. Dies geschah im Rahmen einer international koordinierten Aktion zur Ausbildung westlich orientierter Gewerkschaftsfunktionäre. Hierfür reisten der damalige Bildungssekretär des ÖGB, Franz Senghofer, und ein Dolmetscher, Rupert Gmoser, nach Afrika. Im Anschluss wurden 15 Gewerkschafter aus verschiedenen afrikanischen Ländern für einen sechswöchigen Kurs nach Österreich eingeladen.²⁹⁵ Das Projekt 227/65 (Lieferung von fünf Puch Haflinger an die staatliche Jugendorganisation in Malawi) entstand durch ein Engagement des ÖGB. Während der zweiten Afrikareise des Bildungssekretärs Senghofer 1960, diesmal mit Kurt Prokop (Sekretär für Internationale Beziehungen im ÖGB), wurde der Gewerkschaft ein Puch Haflinger überlassen, welche dazu dienen sollte Plantagenarbeiter besser zu betreuen. Die malawische Staatsjungendorganisation wurde auf diese aufmerksam und wandte sich mit einem Entwicklungshilfeansuchen an das Institut für Entwicklungshilfe.²⁹⁶

Neben der Facharbeiterausbildung leistete der ÖGB auch materielle Hilfe beim Aufbau von Gewerkschaften in Afrika. So wurden während der zweiten Reise von Senghofer zwei Sekretariate mit Schreibtischen, Schreibmaschinen und Abziehapparaten ausgestattet. Die Mittel dafür hatten die Reisenden vom damaligen ÖGB Präsidenten Olah in Bargeld zur Soforthilfe mitbekommen. Darüber hinaus wurde 1960, auf Beschluss des ÖGB Präsidiums, ein „Hilfsfond für Entwicklungsgebiete“ gegründet. Diese Mittel sollten vor allem der materiellen Hilfe dienen. Dazu wurde der Fond mit 500.000 öS ausgestattet und österreichische Arbeiter, Angestellte und Beamte aufgerufen zu spenden.²⁹⁷

Das Projekt 190/64 Ausbildung von afrikanischen Krankenschwestern startete 1963 und lief bis 1967. Das IKFE stellte insgesamt 486.000 öS für dieses Projekt zur Verfügung, die Kosten des ÖGB beliefen sich auf ca. 3 Millionen öS. Ein weiteres IKFE-Projekt fand 1967 in Zusammenarbeit mit dem ÖGB und der VÖEST statt. Im Burgenland wurde eine Modellwerkstatt für Facharbeiter aus Entwicklungsländern gebaut. Die Kosten für dieses Projekt beliefen sich auf 7,5 Millionen öS und wurden zu je einem Drittel von dem ÖGB, der VÖEST und dem IKFE getragen. Diese Projekte und eine Medikamentenspende der ÖGB-Jugend 1968 für Biafra wurden als Aktivitäten des ÖGB finanziert. Leistungen des ÖGB auf

²⁹⁵ Vgl. Maria Gerbel-Wimberger, Walter Sauer Österreichische Beziehungen zu Malawi, In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hg.), Journal für Entwicklungspolitik IX/1, 1993, 71-86, hier 72

²⁹⁶ Vgl. ÖSTA/AdR BKA 92.201-11a/1965

²⁹⁷ Vgl. Reinhard Paulesich, Die Entwicklungspolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Programmatik und Engagement von 1959 bis 1983 (Phil. Diss. Univ. Wien 1984), 184 und Anhang Alfred Ströer, 5.4.2. Der ÖGB und die Entwicklungsländer, In: Solidarität International 128f.

dem Gebiet der Entwicklungshilfe erbrachte die Gewerkschaft ansonsten im „Österreichischen Institut für Entwicklungshilfe und Technische Zusammenarbeit für Entwicklungsländer“. Dieses Institut wurde 1963 gemeinsam mit der Vereinigung Österreichischer Industrieller gegründet. Hier fanden die technische Zusammenarbeit und die Facharbeiterausbildung statt.²⁹⁸ Aufgrund der beschränkten Mittel hatte Afrika südlich der Sahara Priorität in der Entwicklungshilfetätigkeit des ÖGB. Zusätzlich zu dieser Einschränkung konzentrierte sich die Gewerkschaft auf englischsprechende Länder.²⁹⁹

Vereinigte Österreichische Eisen und Stahlwerke AG

Österreichische Anlagenbauer wie die VÖEST hatten in den 1960iger Jahren nur wenige Kontakte zu Afrika. Der Handel war weitgehend von den ehemaligen Kolonialmächten dominiert. Beispielsweise waren österreichische Exporte bis Mitte der sechziger Jahre in den ehemaligen französischen Kolonien West- und Äquatorialafrikas durch ein Handelsabkommen mit Frankreich kontingentiert. Gegen Ende der 60iger Jahre änderte sich die Lage durch Zulieferungen der VÖEST für ein Kraftwerk im Sudan. Einen ersten Großauftrag bekam die VÖEST-Alpine kurze Zeit später in Algerien mit einem Auftragsvolumen von knapp 100 Millionen öS.³⁰⁰

Neben dem Projekt 188/64 stellte die VÖEST im selben Jahr einen weiteren Antrag an die IKFE. In diesem ging es um die Verhüttung von Conakry-Erzen in Guinea. Die Initiative hierfür ging von den guinesischen Stellen aus. Die VÖEST rechnete für eine Projektstudie in diesem Bereich mit Gesamtkosten von 11,6 Millionen öS. Am 6.10.1965 wurde auf Wunsch der VÖEST der Projektantrag zurück gestellt.³⁰¹

Das Afro-Asiatische Institut

Das Afro-Asiatische Institut ist eine kirchliche Stiftung mit Öffentlichkeitsrecht und wurde 1959 von Kardinal Dr. Franz König als „Entwicklungs-politisches Bildungshaus“³⁰² gegründet. In der Zeit von 1961 bis 1966 wurde vierteljährlich eine Zeitschrift „Confrontation“ herausgegeben.

²⁹⁸ Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 528f.

Brusatti et al, österreichische Entwicklungshilfe, 1963, 13

²⁹⁹ Kurt Prokop, Sieben Jahre Afrika-Arbeit des ÖGB. In: Confrontation. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 31

³⁰⁰ Vgl. Bernhard Rogl, Österreichische Industrieanlagenexporte nach Afrika 1945-1993, In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Journal für Entwicklungspolitik, (Frankfurt 1996), 143-164, hier 145f.

³⁰¹ Vgl. ÖSTA/AdR BKA Zl. 100.905-11a/1965

³⁰² Afro-Asiatisches Institut in Wien. Online unter <http://www.aai-wien.at/das-aai/idee-und-auftrag/> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Darin konnten Publizisten, Politiker und Wissenschaftler aus Industrie- und Entwicklungsländer zu Fragen der Entwicklungshilfe Stellung nehmen.

Das Institut hatte von Beginn an ein sehr vielseitiges Programm. Studenten wurden im sozialen und kulturellen Bereich betreut. Dies umfasste eine ganze Reihe an Aufgaben wie z.B. Zimmer- und Arbeitsvermittlung, ärztliche Betreuung, Inskriptions- und Studienberatung oder individuelle Einzelberatung. Eine Mensa und ein Cafe waren ebenfalls von Anfang an Teil des Institutes die „Spezialgerichte aus dem afro-asiatischen Raum“³⁰³ anbieten. Heute werden in Übereinstimmung mit dem Ziel des Hauses, den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu fördern, Speisen angeboten die für Menschen fast aller Regionen geeignet sind.³⁰⁴ Daneben gibt es auch Räume, die für verschiedenste kulturelle oder gesellschaftliche Veranstaltungen und Seminar genutzt werden können. Die Studentenheime sind mit einem Hindutempel, einer Moschee und einer Kirche ausgestattet.³⁰⁵

Das AAI wird heute von einer Vielzahl an Organisationen finanziell unterstützt. Auf deren Homepage werden 20 dieser aufgezählt. Neben den kirchlichen Unterstützern (Erzdiözese Wien, Katholische Frauenbewegung, Dreikönigsaktion, Caritas der Erzdiözese Wien, Superiorenkonferenz, Katholischer Familienverband der Erzdiözese Wien) fördert auch der Bund das Institut durch folgende Vertreter: BMI, BMU, Staatssekretariat für Integration und die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die Länder Oberösterreich, Niederösterreich und Vorarlberg sowie Wien durch das Magistrat für Integration und Diversität (MA 17) sowie die Kulturabteilung (MA 7) sind ebenfalls Förderer des Institutes. Weiters sind folgende Unterstützer aufgelistet: Wirtschaftskammer Österreich und Wien, die Industriellenvereinigung, die Österreichische Nationalbank und die Raiffeisenbank.³⁰⁶

Das Afro-Asiatische Institut ist Mitglied von Globale Verantwortung und Netzwerk Rechte, Chancen und Vielfalt. Beide Organisationen sind Zusammenschlüsse von NGOs. Globale Verantwortung ist eine Dachorganisation und vertritt die nationalen und internationalen Interessen von 42 österreichischen NGOs. Sie ist Teil des europäischen Dachverbandes CONCORD (European NGO Confederation for Relief and Development). Seit 2008 hat die AG Globale Verantwortung die Agenda von AGEZ (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit) und EU Plattform österreichischer NGOs als Dachverband

³⁰³ Alois Brusatti et al. Österreichische Entwicklungshilfe, 1963, 13

³⁰⁴ <http://www.aai-wien.at/aai-mensa> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁰⁵ <http://www.aai-wien.at/haus-der-religionen> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁰⁶ <http://www.aai-wien.at/kooperationen> [letzter Zugriff 6.5.2013]

übernommen.³⁰⁷ Das Netzwerk Rechte, Chancen und Vielfalt ist ein loser Zusammenschluss von österreichischen NGOs, die sich in den Bereichen Asyl, Integration und Antidiskriminierung engagieren.³⁰⁸

Zusätzliche Mitgliedschaften hat das Institut bei Oikokredit und der Koordinationsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung und Mission. Oikokredit wurde auf Initiative des ökumenischen Weltkirchenrates 1975 gegründet und ist eine Entwicklungsgenossenschaft die Mikro- und Projektkredite vergibt.³⁰⁹ Die Koordinationsstelle ist eine Facheinrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz mit 42 Mitgliederorganisationen. Die Förderung und Koordinierung des weltkirchlichen und entwicklungspolitischen Engagements der katholischen Kirche in Österreich gehört zu ihren Aufgaben.³¹⁰

Bundesministerium für Unterricht

Bundesministerien wurden solange als Projektträger heran gezogen, bis eine geeignete Institution oder Organisation gefunden wurde. Bundesminister für Unterricht war von 1954 bis 1964 Heinrich Drimmel (ÖVP) und von 1964 bis 1969 Theodor Piffl-Percevic (ÖVP).³¹¹

Geologische Bundesanstalt Wien

In den ersten beiden Kursjahren wurden jeweils 16 Teilnehmer im Rahmen des UNESCO Kurses (Post Graduate Training Center for Geology) aufgenommen. Die Anmeldungen waren in beiden Jahren hoch, 1964/64 bewarben sich 72 und 1965/66 62 absolvierte Geologen aus Entwicklungsländern. Die folgende Tabelle 8 zeigt die Anzahl der Teilnehmer nach Herkunftsländern. Die Reisekosten wurden für die Teilnehmer aus Argentinien, Brasilien und Venezuela von der O.A.S (Organisation Amerikanischer Staaten) getragen, die restlichen von der UNESCO.³¹² Von den Geologen des Kursjahres 1964 entschlossen sich vier Teilnehmer an der Universität Wien weiter zu studieren.³¹³

³⁰⁷ Globale Verantwortung. Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe. Online unter <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=224403&b=1334> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁰⁸ Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt. Online unter <http://nwrcv.pbworks.com/w/page/23779119/NWRCV%20-%20Das%20Netzwerk%20Rechte%20-%20Chancen%20-%20Vielfalt> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁰⁹ Oikokredit Austria. Online unter <http://www.oikocredit.org/at/wer-wir-sind> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³¹⁰ Koordinationsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung. Online unter <http://www.koo.at/index.php?id=22> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³¹¹ http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01208/ [letzter Zugriff 6.5.2013]

³¹² http://www.geologie.ac.at/pdf/jahresbericht/GBA_Jahres_und_Aufnahmsberichte_1965.pdf, A70 [letzter Zugriff 6.5.2013]

³¹³ Vgl. Bruno Kunz, Internationaler Hochschulkurs für Geologen. In: Confrontation. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 34

Tabelle 8: Herkunftsländer der UNESCO Kursteilnehmer³¹⁴

Herkunftsland	erster Kurs 1964/65	zweiter Kurs 1965/66
Ägypten	1	1
Indien	6	6
Indonesien	1	0
Irak	1	0
Iran	2	0
Israel	1	0
Japan	1	0
Pakistan	0	2
Philippinen	0	2
Türkei	1	0
Argentinien	1	2
Brasilien	1	2
Venezuela	0	1

Katholische Landjugend Österreich (KLJÖ)

Der Grundstein des Engagements der Katholischen Landjugend geht zurück auf das Arbeitsthema „Christi Reich zu allen Völkern“ der Katholischen Jugend Österreich ab Mitte der 1950iger Jahre. Damit wurden Weltkirche und Weltmission Arbeitsschwerpunkte für die Katholische Landjugend. Über ihre Zeitschrift „Wende“ startete die KLJÖ 1957/58 eine erste Entwicklungshilfeaktion. Dabei spendeten die Leser 343.000 öS für den Ankauf eines Flugzeuges für den Missionsbischof Leo Arkfeld in Papua-Neuguinea. Der Kontakt zu Bischof Arkfeld blieb bestehen und wurde 1962 der erste Projektpartner für den beginnenden Entwicklungshelfer-Einsatz der Katholischen Landjugend.³¹⁵

Im Mai 1960 fand ein Weltkongress der Internationalen Katholischen Landjugendbewegungen zum Thema „Der Hunger in der Welt“ statt. Nach dem Aktionsprinzip „Sehen-Urteilen-Handeln“ suchte die KLJÖ nach Einsatzmöglichkeiten, um sich nicht nur auf theoretische Auseinandersetzungen zu beschränken. Diese ergab sich durch einen Hilferuf des tansanischen Bischofs Charles Msakila aus der Diözese Karema, heute Sumbawanga. Der Bischof wollte die Ausbildung seiner Katechisten verbessern, wozu die KJLÖ ein Katechistenzentrum in Form eines Dorfes bauten. Für dieses Projekt wurden die ersten Laienshelfer gesucht, welche 1961 ihren Einsatz in Tansania antraten. Bei den Laienshelfern handelte es sich um drei Männer und eine Frau, die mit weiteren 50 Missionaren und Entwicklungshelfern vor ihrer Abreise in einer

³¹⁴ http://www.geologie.ac.at/pdf/jahresbericht/GBA_Jahres_und_Aufnahmsberichte_1965.pdf, A70 [letzter Zugriff 6.5.2013]

³¹⁵ Vgl. Zur Geschichte des ÖED. In: ÖED Rundbrief, Sondernummer zu 25 Jahren ÖED. 10.9.1986 Nr. 137, 4-7

Privataudienz vom Papst Johannes XXIII empfangen wurden.³¹⁶ Drei Jahre später wurde für dieses Projekt über die IKFE um finanzielle Mittel angesucht (Projekt 192/64).

In den Jahren darauf folgten weitere Einsätze von Entwicklungshelfer, für welche 1963 eine Trägerorganisation „Landjugendwerk für Entwicklungshilfe“ gegründet wurde. Über das Landjugendwerk wurden die Entwicklungshelfereinsätze des KLJÖ bis 1968 organisiert. Eine wichtige Rolle spielte dabei Alois Wagner, der Zentralseelsorger und Leiter der KLJÖ war. In einer Sondernummer des ÖED Rundebriefes wurde er als Gründer des ersten Entwicklungshelferprogrammes Österreich bezeichnet. In die Trägerorganisation Landjugendwerk wurden 1968 die Katholische Männerbewegung, die Katholische Frauenbewegung und die Katholische Jungschar Österreichs aufgenommen und diese in „Österreichischer Entwicklungshelferdienst“ umbenannt. Vorsitzender wurde Eduard Ploier von der Katholischen Männerbewegung, Alois Wagner wurde geistlicher Assistent und die Geschäftsführung übernahm Hans Bürstmayr, der bereits Zentralsekretär der Katholischen Landjugend war. Ende 1968 waren 115 Entwicklungshelfer im Einsatz, elf davon in Tansania. Sieben Jahre später wurden bereits die 500. Entwicklungshelfer entsendet.³¹⁷

Eine erneute Umbenennung fand 1976 statt, aus dem Entwicklungshelferdienst wurde der Österreichische Entwicklungsdienst.³¹⁸ Seit 2001 ist der ÖED Teil von Horizont3000.

Kuratorium für die Errichtung von Adolf-Schärf-Studentenheimen

Die Adolf-Schärf-Studentenheime werden von der Wirtschaftshilfe für Arbeiterstudenten (Wihast), welche 1923 gegründet wurde, verwaltet. Die Wihast ist eine Studentenförderungsstiftung und gehört zu den größten Heimträgern in Österreich.³¹⁹ Obmann des Vereinsausschusses war nach dem Zweiten Weltkrieg der spätere Bundespräsident (1951-1957) Theodor Körner (SPÖ). Das Kuratorium für die Errichtung von Adolf-Schärf-Studentenheimen entstand 1960, worauf im Herbst 1964 218 Studierende das erste Adolf-Schärf-Studentenheim beziehen konnten.³²⁰ Namensgeber für die Heime war Adolf Schärf SPÖ Politiker und Bundespräsident von 1957 bis 1965.

³¹⁶ Vgl. Zur Geschichte des ÖED. In: ÖED Rundbrief, Sondernummer zu 25 Jahren ÖED. 10.9.1986 Nr. 137, 4-7

³¹⁷ Vgl. ÖED, Sondernummer, 9-11

³¹⁸ Vgl. ÖED, Sondernummer, 12

³¹⁹ <http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.s/s946264.htm> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³²⁰ Wirtschaftshilfe für Studierende Steiermark. Online unter <http://www.wist.vc-graz.ac.at/geschichte/geschichteWihast.htm> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Wiener Institut für Entwicklungshilfe

Das Wiener Institut für Entwicklungshilfe wurde 1962 auf Initiative des damaligen Außenministers Bruno Kreisky gegründet. Es stellte eine der ersten entwicklungspolitischen Einrichtungen Österreichs dar. Angeregt durch ein Gespräch mit dem ersten indischen Ministerpräsidenten Jawaharlal Nehru entstand die Gründungsidee dazu. Das Gespräch warf die Notwendigkeit auf Entwicklungshilfe zu modernisieren und die Schwierigkeit Probleme und Fragen dieser unbeeinflusst von Regierungen, offiziellen Stellen oder internationalen Organisationen diskutieren zu können. Kreiskys Engagement in der Entwicklungshilfe sollte mit der Gründung des Institutes regierungsunabhängiger werden, es entstand ein Forum in dem entwicklungspolitische Ideen und Ziele formuliert und diskutiert werden konnten.³²¹

Internationale Persönlichkeiten und Entwicklungsexperten aus Norden und Süden waren/sind Mitglieder des Institutes oder nehmen an Diskussionsveranstaltungen teil. Hier soll ein Austausch auf Augenhöhe, unabhängig von der Herkunft, stattfinden.³²²

Als erste öffentliche Aktivität fand 1965 eine Vortragsreise des führenden nigerianischen Psychiaters und Sozialmediziner Thomas Adeoye Lambo und anderen afrikanischen Experten durch europäische Städte statt. Im Jahr darauf wurde eine Reise von Medienvertetern nach Indien organisiert mit der anschließenden Ausstellung „Denn sie sollen satt werden“, welche neben Wien in 16 österreichischen Städten gezeigt wurde.³²³

Neben dem Marshall-Plan für die Dritte Welt wurde auch der Vorschlag der VN 1 % des BNP bzw. ab 1970 0,7% des BNP der entwickelten Länder der Entwicklungshilfe zu widmen aufgegriffen.³²⁴

³²¹ Vgl. VIDC (Hg.), Helene Trauner, Walter Posch (Redaktion), Festschrift 50 Jahre VIDC. (VIDC Wien 2012)

³²² Vgl. VIDC (Hg.), Helene Trauner, Walter Posch (Redaktion), Festschrift 50 Jahre VIDC. (VIDC Wien 2012)

³²³ Vgl. VIDC (Hg.), Helene Trauner, Walter Posch (Redaktion), Festschrift 50 Jahre VIDC. (VIDC Wien 2012)

³²⁴ Vgl. VIDC (Hg.), Helene Trauner, Walter Posch (Redaktion), Festschrift 50 Jahre VIDC. (VIDC Wien 2012)

6.4 IKFE-Projekte 1965

Den Kriterien entsprechend wurden 1965 33 Projekte gefunden, davon wurden 28 bewilligt. Die Anzahl der direkt zurechenbaren Projekte belief sich auf 13. Es handelte sich dabei um folgende: 130/63 Äthiopien, 161/65 Dahomey, 203/65 Kenya, 213/65 Afrika (Äthiopien, Kenya, Tanganyika, Malawi, Rhodesien³²⁵), 215/65 Kongo, 227/65 Malawi, 237/65 Madagaskar, 238/65 Äthiopien, 239/65 Äthiopien, 244/65 Tunesien, 248/65 Kenya, 256/65 Nigeria, 264/65 Tunesien. Die restlichen 15 Projekte wurden unter der Kategorie „diverse Entwicklungsländer“ geführt und umfassen somit mehrere Länder. In Summe betrugen die bewilligten Projekte 1965 24.454.190 öS. Für alle IKFE-Projekte wurde im selben Jahr insgesamt 45,8³²⁶ Millionen öS an Entwicklungshilfe ausbezahlt. Die Zahl der Empfängerländer belief sich hierbei auf 19³²⁷, nachstehende Aufstellung beinhaltet zehn. Die folgende Analyse stellt somit 53,38 % aller IKFE-Projekte 1965 dar.

Die 13 direkt zuordenbaren Projekte umfassen eine Summe von 10.432.060 öS. Für das gesamte Jahr beliefen sich die direkt zurechenbaren Leistungen auf 32,4 Millionen öS.³²⁸

6.4.1 IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz und Angaben zu Eigenmitteln der Projektträger

Die folgende Tabelle 9 zeigt die Projektträger aus dem Jahr 1965 mit den Mitteln, die durch das IKFE genehmigt wurden und Angaben zu den Eigenmitteln. Wie bereits für 1964 werden die Eigenmitteln in öS und als Sachleistungen angegeben. Bei den Projekten ohne Angaben zu Eigenmitteln wurden keine im Projektantrag gefunden.

Tabelle 9: Bewilligte IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Eigenmitteln der Projektträger

Projekt nr.	Projektträger	Eigenmittel in öS	Eigenmittel durch Sachleistungen	aufgebracht durch	genehmigte Mittel in öS
011/65 (AF/65)	Geologische Bundesanstalt Wien	\$ 8500		Unesco	1.360.000
130/63 (A/65)	Deutsche Schule in Addis Abbeba				70.000
134/65 (A/65)	Wiener Internationale Hochschulkurse				120.000
161/65	Österreichisches Komitee	1.100.000		Projektträger	700.000

³²⁵ Heute Simbabwe

³²⁶ Laut BMF Zl. 340.163-18a/1966 D 1201 handelt es sich 1965 um 50 Millionen öS.

³²⁷ Zahl nach Krobath, Leistungen 1963-1968, 4. Im BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 Seite 6 waren es 21 Länder.

³²⁸ Krobath, Leistungen 1963-1968, 1969, 4

(A/65)	der Weltkampagnen zur Bekämpfung von Hunger und Not				
190/65 (A/65)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	147.130 400.000		ÖGB Gemeinde Wien	147.130
203/65 (B/64)	Katholische Frauenbewegung		Gehälter Räumlichkeiten	Kenya Diözese Kisumi	500.000
206/65 (A/65)	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichische Jungarbeiterbewegung	3.000.000	Grundstück	ÖJAB	4.500.00 0
213/65 (AF/65)	Firma Austrovieh	100.000		Projektträger und Bundes- kammer	200.000
215/65 (A/65)	Österreichische Bauordnung	250.000 150.000		Projektträger österr. Bischöfe	250.000
216/65 (A/65)	Österreichischer Auslandsstudentendienst	2.442.000		Projektträger	1.380.00 0
217/65 (A/65)	Österr. Studentenförderungsstifun g, Stud. Unterstützungsverein Akademikerhilfe, Evang. Verein für Studentenheime				2.000.00 0
218/65 (A/65)	Afro-Asiatisches Institut	3.200.000		Projektträger	1.500.00 0
227/65 (A/65)	Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern		Transportkosten Ausbildung v. Mechanikern	Malawi Projektträger	300.000
229/65 (A/65)	BM für Land und Forstwirtschaft				450.000
230/65 (A/65)	Hammer- Purgstall Gesellschaft	300.000		Projektträger	600.000
232/65 (A/65)	Institut für Internationale Zusammenarbeit	1.121.000		dt. Pax- Christi- Bewegung, Hilfswerk	300.000
237/65 (A/65)	Österreichische Caritas Zentrale				80.000
238/65 (A/65)	BM für Finanzen		Reisekosten	Äthiopien	25.000
239/65 (A/65)	BM für Inneres	50.000	Reisekosten	Bundespolizei Äthiopien	150.060
244/65 (B/65)	Österreichische Stickstoffwerke AG	2.140.000		Tunesien	5.333.00 0
245/65 (A/65)	Verein Salzburger Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehr	100.000 100.000 100.000		Stadt Salzburg Land Salzburg gewerbl.	400.000

				Wirtschaft	
247/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten				75.000
248/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten				26.000
254/65 (A/65)	Österreichischer Auslandstudentendienst				210.000
256/65 (A/65)	Schiffswerft Korneuburg AG				2.500.000
263/65 (A/65)	Internationales Forum-Studentenklub	285.000		Projektträger	600.000
264/65 (A/65)	BM für Land und Forstwirtschaft (Projektbetreuer)	300.000		Tunesien	298.000
265/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten (Projektbetreuer)				380.000

Beim Projekt 203/65 werden keine genauen Beträge als Eigenmittel genannt. Kenya kam für die Gehälter der Lehrkräfte auf, zusätzlich wurde die Zurverfügungstellung der Räumlichkeiten durch die Diözese Kisumi angeführt. Bei den Eigenmitteln des Projektes 206/65 handelte es sich um eine Schätzung. Die ÖJAB stellte ein Grundstück bereit, der Wert dieses Grundstückes wurde im Projektantrag mit 3.000.000 öS bemessen. Die Eigenmittel beim Projekt 213/65 stellten die Gehälter der Experten dar, die von ihren Arbeitgebern, der Firma Austrovieh und der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft bezahlt wurden. Der ÖAD kam beim Projekt 216/65 mittels Studiengebühren, Subventionen der Länder und privater Institutionen, sowie Lebendsubventionen des Bundes (Lehrer) auf die angeführten Eigenmittel. Beim Projekt 227/65 wurden keine genauen Beträge für die Eigenmittel angegeben. Malawi trug die Transportkosten und der Projektträger verpflichtete sich Mechaniker auszubilden. Die fünf Puch-Haflinger wurden dabei von der Firma Steyr Werke zum Selbstkostenpreis zur Verfügung gestellt. Die Eigenmittel des Instituts für Internationale Zusammenarbeit unter 232/65 stammten aus Zuschüssen der deutschen Pax-Christi Bewegung und des bischöflichen Hilfswerkes Misereor. Beim Projekt 239/65 wurden die Eigenmittel von der Bundespolizei- und Gendarmeriebehörde bereit gestellt, zusätzlich kam Äthiopien für die Reisekosten der Beamten auf. Die Eigenmittel beim Projekt 244/65 beinhalteten Kosten, welche auf tunesischer Seite entstanden. Das waren Kosten der Unterbringung der österreichischen Fachleute, die Bereitstellung von Lastkraftwagen und die Übernahme der Reisekosten für die auszubildenden Piloten. Der angegebene Betrag wurde durch den Projektträger geschätzt. Beim Projekt 245/65 wurden die Eigenmittel nicht durch den Projektträger zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Beteiligungen der Stadt und Gemeinde Salzburg sowie der gewerblichen Wirtschaft wurden als Eigenmittel angegeben. Die

Regierung von Tunesien kam beim Projekt 264/65 für die Kosten, die in ihrem Land entstanden auf. Die Eigenmittel stellten eine Schätzung dar.

Auch an dieser Stelle soll überprüft werden wie hoch die prozentuelle Beteiligung des Bundes (Richtsatz ca. 50 %) bei den Projekten 1965 war. Von den insgesamt 28 Projekten in diesem Jahr wurden 16 zur Gänze finanziert (Beteiligung 100%). Dies betrifft folgende Projekte: 011/64³²⁹, 130/63, 134/63, 203/65, 213/65, 217/65, 227/65, 229/65, 237/65, 238/65, 239/65, 247/65, 248/65, 254/65, 256/65, 265/65. Dabei werden bei den Projekten 203/65, 213/65 und 239/65 die Eigenmittel (siehe Tabelle 9) geschätzt und in der Projektfinanzierung des jeweiligen Antrages nicht als fixer Teil der Gesamtkosten aufgelistet.

Die genehmigte Projektesumme bei 206/65 sind 4,5 Millionen öS, wobei die Hälfte als ein Zuschuss gewährt wird und die andere Hälfte als ein Darlehen an die ÖJAB. In folgender Tabelle 10 wurde daher als genehmigte Mittel 2.500.000 öS verwendet.

Tabelle 10: Beteiligung des Bundes 1965 in Prozent

Projekt nr.	Projektträger	Gesamtkosten in öS	genehmigte Mittel in öS	Beteiligung des Bundes in %
011/65	Geologische Bundesanstalt Wien	1.360.000	1.360.000	100,00
130/63	Deutsche Schule in Addis Abbeba	70.000	70.000	100,00
134/65	Wiener Internationale Hochschulkurse	120.000	120.000	100,00
161/65	Österreichisches Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	2.200.000	700.000	31,82
190/65	Österreichischer Gewerkschaftsbund	694.260	147.130	21,19
203/65	Katholische Frauenbewegung	500.000	500.000	100,00
206/65	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichische Jungarbeiterbewegung	7.500.000	2.500.000	33,33
213/65	Firma Austrovieh	200.000	200.000	100,00
215/65 (A/65)	Österreichische Bauordnung	650.000	250.000	38,46
216/65 (A/65)	Österreichischer Auslandsstudentendienst	3.822.000	1.380.000	36,11
217/65	Österr. Studentenförderungsstiftung, Akademikerhilfe Wien, Evang. Verein für Studentenheime	2.000.000	2.000.000	100,00
218/65 (A/65)	Afro-Asiatisches Institut	900.000	1.500.000	30,00
227/65	Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe u techn. Zusammenarbeit mit den EL	300.000	300.000	100,00
229/65	BM für Land und Forstwirtschaft	450.000	450.000	100,00

³²⁹ Auch hier bezahlt die UNESCO die Reisekosten, welche nicht zu den Gesamtkosten mitgezählt wurde.

230/65 (A/65)	Hammer- Purgstall Gesellschaft	900.000	600.000	66,67
232/65 (A/65)	Institut für Internationale Zusammenarbeit	1.421.674	300.000	21,10
237/65	Österreichische Caritas Zentrale	80.000	80.000	100,00
238/65	BM für Finanzen	25.000	25.000	100,00
239/65	BM für Inneres	150.060	150.060	100,00
244/65 (B/65)	Österreichische Stickstoffwerke AG	6.822.650	5.333.000	78,17
245/65 (A/65)	Verein Salzburger Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehr	700.000	400.000	57,14
247/65	BM für Auswärtige Angelegenheiten	75.000	75.000	100,00
248/65	BM für Auswärtige Angelegenheiten	26.000	26.000	100,00
254/65	Österreichischer Auslandstudentendienst	210.000	210.000	100,00
256/65	Schiffswerft Korneuburg	2.500.000	2.500.000	100,00
263/65	Internationales Forum Studentenklub	885.000	600.000	67,80
264/65	BM für Land u Forstwirtschaft (= Projektbetreuer)	598.000	298.000	49,83
265/65	BM für Auswärtige Angelegenheiten	380.000	380.000	100,00

Über die Hälfte (11 Projekte) der zur Gänze finanzierten Projekte sind im Bildungssektor. Im Vergleich zu 1964 wurde 1965 nur eine Betreuungsorganisationen zu 100% finanziert (217/65), zwei weitere mit über 60% (230/65, 263/65). Zusätzlich zu den 16 Projekten wurden weitere vier mit über 50% vom Bund finanziert. Somit wurden von insgesamt 28 Projekten 20 über dem Richtsatz unterstützt. Die höchste Beteiligung darunter hat das Projekt 244/64 (78,17%). Dabei handelt es sich um ein großes landwirtschaftliches Projekt, in dem ein „Agrarflug in Tunesien aufgebaut“ werden sollte. Die prozentuell geringsten Mittel hat 1965 das Institut für Internationale Zusammenarbeit (232/65) erhalten. Wie auch schon 1964 lässt sich kein Muster erkennen, dass auf eine bestimmte Beteiligungspolitik des Bundes schließen lassen würde. Es lässt sich lediglich eine Tendenz in Richtung Bildungsprojekten erkennen, 1964 war dies die Finanzierung von Studentenheimplätzen.

6.4.2 IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Sektoren

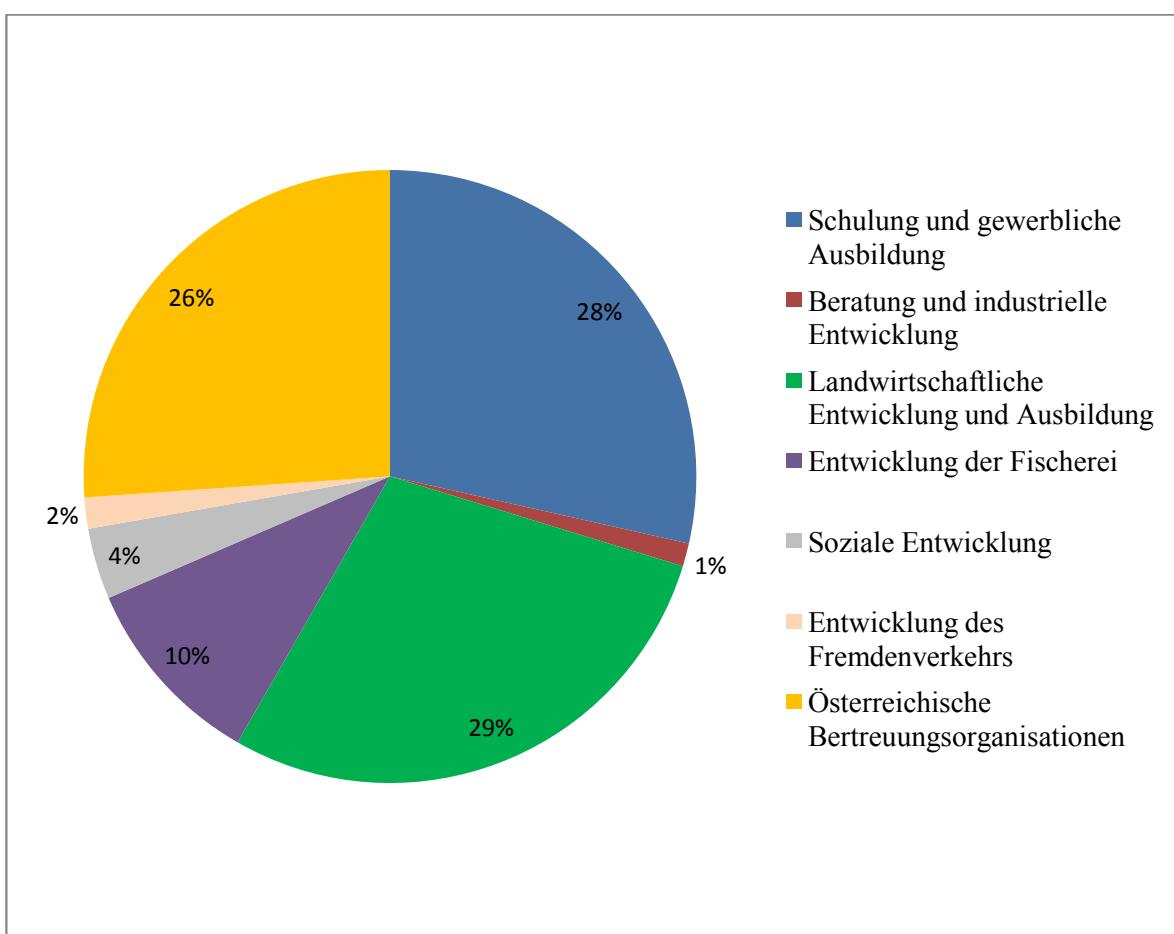
Wie bereits für das Jahr 1964 werden an dieser Stelle die Projekte nach Sektoren geordnet. Diese Zuteilung wurde aus dem Memorandum über die österreichische Entwicklungshilfe 1965/66 des Bundesministeriums für Finanzen entnommen.³³⁰

³³⁰ Vlg. ÖSTA/AdR BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

Tabelle 11: IKFE-Projekte 1965 mit Afrikarelevanz nach Sektoren

Projekt nr.	Projektträger	Sektoren	genehmigte Mittel in öS
011/65 (AF/65)	Geologische Bundesanstalt Wien	Schulung und gewerbliche Ausbildung	1.360.000
130/63 (A/65)	Deutsche Schule in Addis Abbeba	Schulung und gewerbliche Ausbildung	70.000
134/65 (A/65)	Wiener Internationale Hochschulkurse	Schulung und gewerbliche Ausbildung	120.000
161/65 (A/65)	Österreichisches Komitee der Weltkampagnen zur Bekämpfung von Hunger und Not	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	700.000
190/65 (A/65)	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Soziale Entwicklung	147.130
203/65 (B/64)	Katholische Frauenbewegung	Soziale Entwicklung	500.000
206/65 (A/65)	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichische Jungarbeiterbewegung	Schulung und gewerbliche Ausbildung	4.500.000
213/65 (AF/65)	Firma Austrovieh	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	200.000
215/65 (A/65)	Österreichische Bauordnung	Soziale Entwicklung	250.000
216/65 (A/65)	Österreichischer Auslandsstudentendienst	Österreichische Betreuungsorganisationen	1.380.000
217/65 (A/65)	Österr. Studentenförderungsstifung, Stud. Unterstützungsverein Aklademikerhilfe, Evang. Verein für Studentenheime	Österreichische Betreuungsorganisationen	2.000.000
218/65 (A/65)	Afro-Asiatisches Institut	Österreichische Betreuungsorganisationen	1.500.000
227/65 (A/65)	Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	300.000
229/65 (A/65)	BM für Land und Forstwirtschaft	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	450.000
230/65 (A/65)	Hammer- Purgstall Gesellschaft	Österreichische Betreuungsorganisationen	600.000
232/65 (A/65)	Institut für Internationale Zusammenarbeit	Österreichische Betreuungsorganisationen	300.000
237/65 (A/65)	Österreichische Caritas Zentrale	Schulung und gewerbliche Ausbildung	80.000
238/65 (A/65)	BM für Finanzen	Schulung und gewerbliche Ausbildung	25.000
239/65 (A/65)	BM für Inneres	Schulung und gewerbliche Ausbildung	150.060
244/65 (B/65)	Österreichische Stickstoffwerke AG	Landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung	5.333.000
245/65 (A/65)	Verein Salzburger Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehr	Entwicklung des Fremdenverkehrs	400.000
247/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten	Schulung und gewerbliche Ausbildung	75.000

248/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten	Soziale Entwicklung	26.000
254/65 (A/65)	Österreichischer Auslandstudentendienst	Schulung und gewerbliche Ausbildung	210.000
256/65 (A/65)	Schiffswerft Korneuburg AG	Entwicklung der Fischerei	2.500.000
263/65 (A/65)	Internationales Forum-Studentenklub	Österreichische Betreuungsorganisationen	600.000
264/65 (A/65)	BM für Land und Forstwirtschaft (Projektbetreuer)	Beratung und industrielle Entwicklung	298.000
265/65 (A/65)	BM für Auswärtige Angelegenheiten (Projektbetreuer)	Schulung und gewerbliche Entwicklung	380.000



Grafik 2: Prozentuelle Aufteilung der IKFE-Projekte 1965 nach Sektoren

Auch für das Jahr 1965 ergeben sich ähnliche Schwerpunkte wie 1964. Zwar stellt der Sektor „landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung“ mit 6.983.000 öS (29%) die größte Summe dar, jedoch ist dies auf ein einzelnes Projekt zurückzuführen. Für das Projekt 244/65 „Aufbau eines Agrarfluges in Tunesien“ wurden allein 5.333.000 öS aufgewendet. Im Vergleich dazu handelte es sich bei den vier anderen Projekten in diesem Bereich um kleine Beträge. Das Projekt 229/65 war in diesem Sektor das Einzige mit dem Ziel landwirtschaftlicher Ausbildung,

die restlichen (161/65, 213/65, 227/65) bezweckten, auf unterschiedliche Weise, landwirtschaftliche Entwicklung.

Der zweitgrößte Sektor „Schulung und die gewerbliche Ausbildung“ umfasste zehn Projekte mit einem Leistungsumfang von 6.970.000 öS (28%). Hierbei handelte es sich um unterschiedlichste Formen der Schulung. Die Projekte 011/65, 134/65, 254/65, 265/65, waren Projekte innerhalb eines universitären Rahmens, mehrheitlich zur Verbesserung der Sprachkenntnisse in Österreich. Unter 130/63 wurde ein Lehrer an eine deutsche Schule nach Äthiopien entsandt. Bei den Projekten 238/65 und 239/65 handelte es sich um Weiterbildung von Beamten in Österreich, in beiden Fällen aus Äthiopien. Mittels 237/65 wurde ein Pumpprüfstand an eine technische Lehranstalt geliefert, welche der Ausbildung von Mechanikern zu Gute kommen sollte. Handwerkliche Weiterbildung wurde mit der Errichtung einer Lehrwerkstatt für gewerbliche Ausbildner im Projekt 206/65 bezweckt. Eine Ausnahme stellt das Projekt 247/65 in diesem Sektor dar. Dabei ging es um Schulungs- und Informationsbesuche in Österreich für Personen aus Entwicklungsländern, die eine Schlüsselposition in ihren Ländern inne hatten.

Wie bereits 1964 stellen die „österreichischen Betreuungsorganisationen“ 1965 mit 26% ebenfalls einen bedeutenden Sektor dar. Dabei wurden 1965 mittels sechs Projekte verschiedene Organisationen und Institutionen im Umfang von 6.380.000 öS subventioniert. Bis auf das Institut für Internationale Zusammenarbeit handelte es sich bei den Projektträgern um Einrichtungen, die sich der Betreuung von Studenten widmeten. Das Projekt 232/65 bildet Fachkräfte und Akademiker aus Mitteleuropa für den Dienst in Entwicklungsländern aus und stellt in diesem Sektor somit eine Ausnahme dar.

Die „Entwicklung der Fischerei“ mit 10 % beinhaltet ein Projekt. Unter 265/65 wurde ein Fischkutter namens „Austria“ nach Nigeria geliefert. Die Projekte 190/65, 203/65, 215/65, 248/65, zusammengefasst im Sektor „soziale Entwicklung“, machen 4% aus. Dabei handelte es sich bei 190/65 und 203/65 um die Ausbildung von Krankenschwestern in Österreich und jene von Sozialarbeiterinnen in Kenya. Im Kongo wurde mittels 215/65 Community Development bezweckt. Durch das Projekt 248/65 wurde auf eine Hungersnot in Kenya reagiert und Trockenmilch bereit gestellt. Jeweils nur ein Projekt findet sich hinter den prozentuell kleinsten Sektoren. Die „Entwicklung des Fremdenverkehr“ machte mit dem Projekt 245/65 2 % aus, „Beratung und industrielle Entwicklung“ beinhaltete 264/65 und stellte 1% dar.

6.4.3 Projektträger 1965

Im Jahr 1965 hatten sieben Projekte eine Projektsumme über eine Million öS. Beim Projekt 217/65 handelte es sich um drei Betreuungsorganisationen, die als Projektträger angegeben wurden. Lediglich der Unterstützungsverein Akademikerhilfe erhielt 1 Million öS.

Tabelle 12: Projektträger 1965 ab 1 Million öS

Projektnr.	Projektträger	genehmigte Projektsumme in öS
244/65	Österreichische Stickstoffwerke AG	5.333.000
206/65	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichische Jungarbeiterbewegung	4.500.000
256/65	Schiffswerft Korneuburg AG	2.500.000
218/65	Afro-Asiatisches Institut	1.500.000
216/65	Österreichischer Auslandsstudentendienst	1.380.000
011/65	Geologische Bundesanstalt Wien	1.360.000
217/65	Unterstützungsverein Akademikerhilfe,	1.000.000

Österreichische Stickstoffwerke AG

Die Österreichische Stickstoffwerke AG ist mit einem umfangreichen Projekt 1965 Teil der IKFE Entwicklungshilfe. Hierbei handelte es sich um den „Aufbau eines Agrarfluges“ in Tunesien, indem ausschließlich österreichische Chemieprodukte angewendet wurden. Die Firma wurde 1939 unter dem Namen „Stickstoffwerke Ostmark AG“ gegründet und stellte die Produktion im Mai 1945 ein. Ab 1946 unter dem Namen „Österreichische Stickstoffwerke AG“ wurde sie von der Republik übernommen. Eine Umbenennung in „Chemie Linz AG“ erfolgte 1973. Das Unternehmen lagerte verschiedene Bereiche als Tochtergesellschaften (Chemie Linz, Agrolinz, CL Pharma) in den späten 1980er Jahren aus. Heute ist das ehemalige Stickstoffwerk Hauptstandort der Borealis Agrolinz Melamine GmbH und eine hundertprozentige Tochter der Borealis.³³¹ Die Österreichische Stickstoffwerke AG werden bei Eder und Krobath im Jahr 1966 mit einer Summe von 788.000 öS aufgelistet, was vermutlich die Fortsetzung des Agrarprojektes darstellt.³³²

Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft engagierte sich ab 1959 in der Entwicklungshilfe. Diese wurde in einem eigenen „Referat für Wirtschaftshilfe und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländer“ wahrgenommen.³³³

³³¹ Archiv der Stadt Linz. Online unter

<http://www.linz.at/archiv/denkmal/default.asp?action=denkmaldetail&id=2013> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³³² Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 366f.

³³³ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 527

Neben der Zusammenarbeit in Projekten mit anderen Organisationen führte die Bundeswirtschaftskammer auch eigene Aktionen im Bereich der Entwicklungshilfe. Im Rahmen ihrer Ausbildungshilfe wurden jährlich ab 1959 20 Stipendien pro Jahr an Studierende aus Entwicklungsländern, für ein Studium an einer österreichischen technischen Hochschule vergeben. Während einer zweijährigen technisch-pädagogischen Ausbildung gab es die Möglichkeit zu Hilfslehrern bzw. Ausbildner geschult zu werden. Für die Tourismusschule in Salzburg wurden Stipendien für neun Teilnehmer pro Lehrgang vergeben. Zusätzlich gab es Kostenzuschüsse für Unternehmen die Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern zu Monteuren oder Maschinenwärter ausbildeten. Die Förderung von Praktikanten zählte ebenfalls zur Ausbildungshilfe und erfolgt in Zusammenarbeit mit der ÖKISTA (Österreichisches Komitee für internationale Studienaus tausch). Für die Ausbildungshilfe gab die Bundeskammer 1964 650.000 öS und 1965 960.000 öS an Mitteln aus. In den folgenden Jahren stiegen die Ausgaben über eine Million öS in diesem Bereich.³³⁴ Gewerbeschulen in Entwicklungsländern wurden direkt subventioniert. In Afrika war dies die Handwerksschule in Sumbawanga Tanzania, welche in den 1960igern regelmäßig finanzielle Unterstützung erhielt. Weiters wurde ein Polizeispital³³⁵ in Addis Abeba/Äthiopien subventioniert. Auch Institutionen in Österreich bekamen finanzielle Beiträge für Entwicklungshilfe. Für folgende Einrichtungen wurde 1964 insgesamt 200.000 öS und 1965 150.000 öS aufgewendet: Institut für Bildungs- und Beratungsforschung, Internationaler Studentenklub, Österreichischer Auslandsstudentendienst, Österreichisches Komitee für Internationalen Studienaus tausch, Wiener Institut für Entwicklungsfragen.³³⁶ 1965 gründete die Bundeswirtschaftskammer ein Internationales Studentenheim in Wien-Pötzleinsdorf, wo auch afrikanische Studenten der Wirtschaftsuniversität Unterkunft fanden. Das Heim wurde 1986 aufgelöst.³³⁷

Neben dem Projekt 206/65 war die Bundeskammer an weiteren IKFE-Projekten als Projektträger beteiligt. Zwei dieser Projekte betrafen afrikanische Länder: Sendung einer „Gattersägenanlage“ nach Tanzania und „Entsendung von Demonstrationsanlagen“ nach Malawi.³³⁸

³³⁴ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 527

³³⁵ 1960 arbeiteten ungefähr 20 österreichische Ärzte in äthiopischen Krankenhäusern (Krankenhaus der Kaiserliche Leibgarde und Polizeikrankenhäuser). Vgl. Bairu Tafla, Ethiopia and Austria. A History of their Relations (Wiesbaden 1994) 202

³³⁶ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 523-528

³³⁷ Vgl. Walter Sauer, Afro-österreichische Diaspora heute. Migration und Integration in der 2. Republik. In: Walter Sauer (Hg.), Von Soliman zu Omufuma. Afrikanische Diaspora in Österreich 17. bis 20 Jahrhundert. (Innsbruck/Wien/Bozen 2007), 189-233, hier 193

³³⁸ Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 522-528

Österreichische Jungarbeiterbewegung (ÖJAB)

Die Österreichische Jungarbeiterbewegung wurde 1946 von Bruno Buchwieser gegründet. Mit der elterlichen Baufirma wurde Buchwieser zum Einsatzleiter des Wiederaufbaus des Stephansdoms 1945. Um für die jungen Arbeiter Unterkünfte bereitzustellen, mussten Quartiere gefunden werden, wodurch das erste Internat der Jungarbeiterbewegung entstand. In weiterer Folge wurden Wohnheime in verschiedenen Städten in Österreich errichtet.³³⁹ Die Jungarbeiterbewegung war christlich-patriotisch geprägt, so wurden bspw. ihre Pflichten, ähnlich den zehn Geboten, in einem „Dekalog“ geregelt.³⁴⁰

Die Verbindung der ÖJAB mit Obervolta (heute Burkina Faso) entstand eher durch Zufall. Im Jahr 1959 war die Jungarbeiterbewegung Teil einer Gegenveranstaltung zu den linksgerichteten Weltjungendfestspielen, die in Wien stattfand. Die Weltjugendfestspiele wurden erstmals in einem nichtsozialistischen Staat durchgeführt und verursachten medial großen Protest in Österreich. Dies mündete in der Organisation einer Gegenveranstaltung an der sich viele Jugendorganisationen (bspw. Katholische Jugend, Gewerkschaftsjugend, sozialistische Jugend, CV) beteiligten, unter anderen war Bruno Kreisky einer der Drahtzieher des „Antifestivals“.³⁴¹ Im Rahmen dessen gab es eine Ausstellung unter dem Titel „Unbesiegter Glaube“, in dem die Christen in der kommunistischen Welt dargestellt wurden. „Die Kirchenhierarchie wollte die Eröffnung nicht vornehmen, um die Situation der Kirche in den Oststaaten nicht noch mehr zu erschweren, Politiker lehnten aus Neutralitätsgründen ab, so daß Buchwieser als Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft die Eröffnung vornahm.“³⁴² Bei dieser Gelegenheit kam ein junger Geistlicher aus Obervolta (Burkina Faso) zu Buchwieser mit dem Anliegen junge Afrikaner auszubilden. Der Geistliche befürchtete die afrikanische Jugend könnte kommunistisch werden, da sie durch Einladungen von kommunistischen Ländern dort Ausbildungen erhielten.³⁴³ Ursprünglich war an die Errichtung einer Autowerkstatt zur Ausbildung von katholischen Jugendlichen in Obervolta gedacht. Daraus entwickelte sich aber eine Lehrlingsausbildung für

³³⁹ Österreichische JungArbeiterBewegung. Online unter <http://www.oejab.at/site/de/ueberdieoejab/geschichte> [6.5.2013]

³⁴⁰ Vgl. Karl Heinz Ritschel, Bruno Buchwieser, Auftrag und Ziel. (Edition Reinartz Salzburg o. J.)

³⁴¹ Vgl. Hans Hautmann, Die Weltjugendfestspiel 1959 in Wien. In: Alfred Klar Gesellschaft Mitteilungen. Jg. 6/Nr.3, September 1999, 1-7

Das Anti-Festival war als eine „konstruktive“ Veranstaltung geplant und sollte den Teilnehmern die wirklich freie Welt zeigen. Die österreichische Presse (die gegen die Genehmigung des Weltjugendfestspiels war) ging eine „freiwillige Solidarität des Schweigens“ ein, um den Besuch der linksgerichteten Veranstaltung durch die Bevölkerung zu verhindern. Die Weltjugendfestspiele waren allerdings erfolgreich, 40.000 bis 50.000 Menschen nahmen teil. Die Bundesregierung gab sich zurückhaltend (Abwesenheit bei der Eröffnungsfeier) und deklarierte sowohl die Weltjugendfestspiele als auch die Gegenbewegung als „Privatangelegenheiten“. Vgl. Hans Hautmann

³⁴² Karl Heinz Ritschel, Bruno Buchwieser, Auftrag und Ziel. (Edition Reinartz Salzburg o. J.)

³⁴³ Karl Heinz Ritschel, Bruno Buchwieser, Auftrag und Ziel. (Edition Reinartz Salzburg o. J.)

afrikanische Jugendliche und so kamen 1961 die ersten nach Wien. Die Kontakte intensivierten sich und es wurde 1965 mit dem Bau einer technisch-gewerblichen Fachschule in Obervolta begonnen, welche 1970 fertig gestellt wurde.³⁴⁴ Das Berufspädagogische Institut des ÖJAB in Mödling wurde 1969 mit der Wirtschaftskammer zur Ausbildung von Handwerkern aus Burkina Faso als österreichisches Gegenstück gegründet. In weiterer Folge fanden Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrern und Ausbildner aus verschiedenen afrikanischen Ländern hier statt.³⁴⁵ Buchwieser wurde 1966 Honorargeneralkonsul Obervoltas, welche bis 1997 die einzige Vertretung des Landes in Österreich war.³⁴⁶ Die ÖJAB ist heute in drei Bereiche gegliedert: Jugend, Senioren und Bildung, Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Burkina Faso ist heute Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Schiffswerft Korneuburg AG

Die Schiffswerft Korneuburg wurde 1852 gegründet und hatte zu Spitzenzeiten 2.000 Beschäftigte. Nach dem Zweiten Weltkrieg stand sie unter sowjetischer Verwaltung und wurde 1955 verstaatlicht.³⁴⁷ Neben der Lieferung eines Schiffes im Rahmen des IKFE-Projektes nach Nigeria, wurde auch Ägypten beliefert. Die Werft Korneuburg wurde 1991 privatisiert und 1994 geschlossen.³⁴⁸

Afro-Asiatisches Institut

Siehe Projektträger 1964.

Österreichischer Auslandsstudentendienst (ÖAD)

Der ÖAD wurde 1961 auf Beschluss der Österreichischen Rektorenkonferenz als Verein gegründet. Das Ziel des Vereines war damals die studienmäßige Betreuung von ausländischen Studenten, ihm gehörten alle österreichischen Hochschulen, Kunstakademien und die Österreichische Hochschülerschaft an. Der Verein verfügte über einen wissenschaftlichen Beirat, der die wissenschaftliche Tätigkeit des ÖAD und seines Forschungsinstitutes begutachtete. Die Aufgabe des Forschungsinstitutes des ÖAD war die

³⁴⁴ <http://www.oejab.at/site/de/ueberdieoejab?SWS=8f0ijjescn0sm9qp5t0e9patf5> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁴⁵ Berufspädagogisches Institut Mödling. Online unter <http://www.bpi.ac.at/index.php/de/ueber-die-schule/geschichte-der-schule> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁴⁶ <http://www.oejab.at/site/de/bildungeuropaea/ezat/team> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁴⁷ Vgl. Wunderl Stefan, Die Geschichte der Schiffswerft Korneuburg, (Diplomarbeit 2008 Universität Wien). Online unter <http://othes.univie.ac.at/1919/> [letzter Zugriff 6.5.2013]

³⁴⁸ Blue Danube Park. Online unter <http://www.bluedanubepark.at/geschichte.html> [letzter Zugriff 6.5.2013]

„(...) Erforschung des ausländischen Bildungswesens sowie der Grundlagen des Ausländerstudiums, des internationalen Studienaustausches, der Koordinierung interdisziplinärer Forschung über die Herkunftsänder der österreichischen Auslandsstudenten und somit der wissenschaftlichen Fundierung eines Schwerpunktes der österreichischen Entwicklungshilfe (technical assistance).“³⁴⁹

Die heutige Form des damaligen Vereins ist die OeAD GmbH, eine Agentur für internationale Mobilität und Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung. OeAD steht heute für österreichischen Austauschdienst und nicht mehr für Auslandstudentendienst. War das Kerngeschäft anfänglich noch die Betreuung von ausländischen Studenten in allen Belangen, ist es heute die Betreuung von Mobilitätsprogrammen.³⁵⁰

Geologische Bundesanstalt Wien

Siehe Projektträger 1964.

Unterstützungsverein Akademikerhilfe Wien

Auch der Unterstützungsverein Akademikerhilfe ist eine Studentenförderungsstiftung und zählt in Österreich zu einem der größten Heimträger. Gegründet wurde sie 1921 als ein katholischer Verein durch den Prälat Karl Rudolf.³⁵¹

6.5 Faktische Schwerpunktländer in Afrika der IKFE-Projekte 1964 und 1965

Die folgende Tabelle 13 zeigt IKFE-Projekte 1964 und 1965, die sich direkt einem Land zuordnen lassen. Das erste Jahr des IKFE 1963 wird dabei nicht berücksichtigt, da hier keine archivalischen Dokumente gefunden werden konnten, die einem einzigen Land zugeordnet werden konnten.

³⁴⁹ Alois Brusatti et al, österreichische Entwicklungshilfe, 1963

³⁵⁰ Vgl. Österreichischer Austauschdienst. Online unter <http://www.oead.at/> [letzter Zugriff 7.5.2013]

³⁵¹ Unterstützungsverein Akademikerhilfe. Online unter <http://www.akademikerhilfe.at/ueber-uns/geschichte/> [letzter Zugriff 24.5.2013]

Tabelle 13: Faktische Schwerpunktländer aus 1964 und 1965

Projekt nr.	Projektträger	Genehmigte Mittel in öS	Genehmigte Mittel in öS in Summe	Land
244/65	Österreichische Stickstoffwerke AG	5.333.000		
264/65	BMAA, BM f Land u. Forstwirtschaft	298.000	5.631.000	Tunesien
188/64	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG	2.250.000		Liberia
256/65	Schiffswerft Korneuburg AG	2.500.000		Nigeria
164/64	Katholische Landjugend	1.380.000		
177/64	Österreichische Gesellschaft für Internationale Jugendbegegnung und Jugendstätte und TANU	250.000	1.900.000	Tanganyika
193/64	Katholische Landjugend Österreichs, Landjugendwerk für Entwicklungshilfe	270.000		
161/64	Österreichisches Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	400.000		
161/65	Österreichisches Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not	700.000	1.100.000	Dahomey (heute Benin)
203/65	Katholische Frauenbewegung	500.000	526.000	Kenya
248/65	BM für Auswärtige Angelegenheiten	26.000		
165/64	Direktion des Hospitals der Kaiserlichen Leibgarde in Addis Abeba, Dr. Kurt Weithaler	333.000		
130/63	Deutsche Schule in Addis Abeba	70.000	428.000	Äthiopien
238/65	BM für Finanzen	25.000		
227/65	Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern	300.000		Malawi
215/65	Österreichische Bauordnung (Koordinationsstelle für Entwicklungshilfe des Sekretariats der Österr. Bischofskonferenz im AAI)	250.000		Kongo
213/65	Firma Austrovieh Ein- und Verkaufsgesellschaft m.b.H.	200.000		Äthiopien, Kenya, Tanganyika, Malawi, Rhodesien
237/65	Österreichische Caritas Zentrale	80.000		Madagaskar

Die meisten Mittel in diesen zwei Jahren haben Tunesien (Projekt 244/65, 264/65), Liberia (188/64) und Nigeria (Projekt 256/65) erhalten. In diesen Ländern war es jeweils ein großes Projekt welches ausschlaggebend für den großen Finanzierungsumfang war. In Tanzania werden in diesem Zeitraum drei Projekte mit einem Umfang von 1.900.000 öS durchgeführt. An nächster Stelle kommt Benin mit einem Projekt. Die Kosten des Projektes 161 wurden 1964 nicht richtig kalkuliert, daher wurde im Folgejahr nochmals um Mittel angesucht. Durch die gestiegenen Kosten erhöhte auch der Projektträger seinen Anteil der Eigenmittel am Projekt.

Verglichen mit den gewünschten regionalen Schwerpunktländern (Tanganjika, Uganda, Kongo-Brazzaville Tabelle 2) des Finanzministeriums findet nur Tanzania Berücksichtigung. Es zeigt

sich, dass das BMF sich in der Debatte um Schwerpunktregionen nicht durchsetzen konnte. Dabei bleibt offen, warum das Ressort ein so großes Interesse an Tansania hatte. Jedoch setzte sich auch das Außenministerium nicht durch. Von den gewünschten regionalen Schwerpunkten (Senegal, Tunesien, Algerien, Marokko) findet sich nur Tunesien wieder, wobei es sich um zwei Projekte handelt. Das Bundeskanzleramt, welches für eine regionale Konzentration auf Zentralafrika war, fand die geringste Berücksichtigung. Die Projektsumme für den Kongo ist im Vergleich zu Tansania und Tunesien die kleinste.

In zwei Jahren bewilligte das IKFE Projekte in elf afrikanischen Ländern.

6.6 Ergebnisse

Anhand der Ergebnisse der Analyse soll auf meine eingangs gestellte Forschungsfrage eingegangen werden: *Welche Interessen und Ziele vertrat die Entwicklungspolitik des Interministeriellen Komitees zur Förderung der Entwicklungsländer?*

Zunächst fällt auf, dass es behördliche Anlaufschwierigkeiten gab. Richtlinien und Grundsätze zur Projektpraxis der bilateralen Hilfe sind mit Beginn der Tätigkeit des IKFE im Entstehen. In den Ergebnis-Protokollen wird ersichtlich, dass organisatorische Fragen erst nach und nach mit Einlangen von Projektanträgen entstehen (z.B. Stipendienbedingungen).

Das Ziel Entwicklungshilfeaktivitäten besser zu koordinieren, welches Hintergrund für die Gründung des IKFE war, wurde nicht erreicht. Eine Aufstellung von Eder und Krobath zeigt, dass in den Jahren 1963 bis 1970, alle Ministerien mit Ausnahme von Justiz- und Verteidigungsministerium in die Abwicklung von Entwicklungshilfeprojekten involviert waren.³⁵² Das Konstrukt des IKFE war komplex und Entscheidungsfindungen langwierig. Auch auf der politischen Ebene war dies bereits fünf Jahre nach der Gründung des IKFE bekannt. So fragte Herta Firnberg (SPÖ) 1968 „Wo bleibt die Koordinierung?“³⁵³

Für die Jahre 1964 und 1965 lassen sich nur schwer regionale Schwerpunkte erkennen. Insgesamt wurden Projekte in elf afrikanischen Ländern (Vgl. Kapitel 7.5) finanziert. Dabei ist keine wirkliche Konzentration auf einzelne Länder festzustellen. Eventuell lässt sich eine Tendenz in Richtung östliches Afrika ableiten, da folgende sechs Länder unterstützt wurden: Tansania, Kenya, Äthiopien, Malawi, Kongo (Zentralafrika), Madagaskar. Dagegen muss hervor

³⁵² Vgl. Eder, Krobath, österreichische Entwicklungshilfe, 1972, 363

³⁵³ Herta Firnberg 1968, zitiert nach Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 39

gehoben werden, dass in Tunesien, Liberia, Nigeria und Benin große Projekte mit hohem finanziellem Umfang durchgeführt wurden. Es kann daher an dieser Stelle nicht von einer regionalen Schwerpunktsetzung der österreichischen, bilateralen, technischen Entwicklungshilfe in Afrika, für die ersten drei Jahre des IKFE, gesprochen werden.

Inhaltliche Schwerpunkte gab es hingegen bereits von Beginn an. Dabei handelte es sich um die Bildungshilfe, welche einen großen Teil der österreichischen bilateralen Hilfe ausmachte: 1964 44% Schulung und gewerbliche Ausbildung, 8% landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung, 1965 28% Schulung und gewerbliche Ausbildung, 29% landwirtschaftliche Entwicklung und Ausbildung, der zweite, damit in Verbindung stehende, Sektor war die Finanzierung von Betreuungsorganisationen: 1964 29%, 1965 26% (siehe Grafik 1 und Grafik 2). Anfang der 1960iger Jahre entstanden eine Vielzahl an nichtstaatlichen Organisationen, die für ihre Entwicklungshilfeaktivitäten finanziert wurden.³⁵⁴ Dieser Umstand ist in mehrfacher Perspektive zu betrachten. Zum Einen hat es in der österreichischen Bevölkerung einen Legitimationsdruck für finanzielle Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe gegeben. Die eigene Not nach den Kriegsjahren war noch gut im Bewusstsein der Bevölkerung vertreten, zusätzlich gab es durchaus noch Bereiche, bspw. Wohnen, wo es Engpässe gab.³⁵⁵ Kreisky stellt dies bereits 1958 in einer Rede folgendermaßen fest:

„Es wird sehr viel Überzeugungskraft bedürfen den Menschen in den demokratischen Staaten begreiflich zu machen, daß sie auf einen Teil ihrer Konsummöglichkeit zugunsten jener Völker verzichten müssen, die heute nicht in der Lage sind, Waren, die sie dringend benötigen zu kaufen.“³⁵⁶

Zum Anderen war die Förderung von verschiedenen Organisationen in Österreich eine Möglichkeit den Kapitalfluss im eigenen Land zu behalten, in diesem Zusammenhang ist auch die Bildungshilfe zu betrachten. Außerdem konnte damit die Schwäche im staatlich-administrativen Bereich kompensiert werden, da der organisatorische Bereich, durch die Förderung von NGOs, ausgelagert wurde. Von insgesamt 49 Projekten in den Jahren 1964/1965

³⁵⁴ Österreichisches Komitee der Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not, Institut für Internationale Zusammenarbeit, AAI, Wiener Institut für Entwicklungsfragen, Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe und Technische Zusammenarbeit für die Entwicklungsländer, Hammer Purgstall Gesellschaft, für mehr Infos siehe: Rudolf Eder, Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe. Band 1 Die nichtstaatlichen Institutionen. (Wien 1969)

³⁵⁵ Vgl. Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 6

³⁵⁶ Bruno Kreisky 1958, Rede „Demokratie und Diplomatie“ im Internationalen Diplomaten-Seminar. In: Bruno Kreisky (Hg.). Kreisky Reden. Band 1 1981, 66

blieb der Kapitalfluss von 30 Projekten³⁵⁷ in Österreich, in Summe 29.716.390 öS³⁵⁸. Dies betrifft 65% des finanziellen Aufwandes, der hier bearbeiteten Projekte.

Vermutlich durch die starke Vertretung der katholischen Entwicklungshilfe ist darüber hinaus ein Verständnis vorhanden, das nicht nur die Regierung als Träger von Entwicklungshilfe annahm. Dies zeigte sich bspw. durch die folgende Aussage des Außenministers (1966-1968) Toncic-Soriji vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der er die Verantwortung für Entwicklungshilfe auf einen größeren Kreis von Verantwortlichen bezog:

„Wir haben echtes Verständnis, Interesse und ein Gefühl der Verantwortung gegenüber den Problemen der Entwicklungsländer geweckt, welches für eine demokratische Regierung unerlässlich ist, um die notwendigen legislativen Maßnahmen und praktischen Schritte einleiten zu können. [...] Die Diskussionen betreffend die gegenwärtige Lage und Erfordernisse der Entwicklungsländer sind nun nicht mehr auf einen kleinen Kreis von Regierungsbeamten oder Personen mit spezieller Verantwortung auf diesem Sektor beschränkt, sondern finden heute auf akademischem Boden sowie in Kreisen der Wirtschaft und des Handels statt.“³⁵⁹

Eine lagerpolitische Betrachtung der Projektträger lässt sich nur schwer vollziehen, da ihre Einordnung nicht immer eindeutig ist. Es zeigt sich allerdings, dass bei den Projektträgern von Relevanz (Projektsumme ab 1 Million öS) katholische Organisationen durchaus gut vertreten waren. Das AAI, die katholische Landjugend und der Unterstützungsverein erhielten in Summe 6.080.000 öS an Mitteln. Dies ist in dem eingangs erwähnten anfänglichen Ziel der österreichischen Entwicklungshilfe private Initiativen zu unterstützen zu sehen. Da in Österreich erste Aktivitäten in diesem Bereich von katholischer Seite organisiert wurden, ist die Vertretung dieser Projektträger nachvollziehbar. Bei der versuchten ideologischen Einordnung der Projektträger fällt auf, dass die Sozialpartner in Summe in gleicherweise gefördert wurden. Die Bundeswirtschaftskammer ist mit dem Projekt 206/65 einmal vertreten, der ÖGB mit folgenden drei 169/64, 190/64, 190/65. 1964 wurde dem Kuratorium für die Errichtung von Adolf-Schärf-Studentenheimen im Projekt 176/64 1 Million öS bewilligt. Wie bereits die Namensgebung

³⁵⁷ 011/63, 014/64, 046/63, 115/64, 153/64, 169/64, 178/64, 190/64, 167/64, 176/64, 179/64, 172/64, 119/64, 187/64, 185/64, 011/65, 134/65, 190/65, 206/65, 216/65, 217/65, 218/65, 230/65, 232/65, 238/65 u 239/65 (Ausbildung in Österreich, Kosten fallen daher in Österreich an), 245/65, 247/65, 254/65, 263/65,

³⁵⁸ gesamte Projektsumme für 1964 und 1965 beträgt 45.686.390 öS. Es ist davon auszugehen, dass mehr als die oben angeführte Summe in Österreich verblieb. Die Projekte 130/63, 188/64, 213/65 enthalten Personalkosten, diese Projektsummen fließen nicht direkt in das Entwicklungsland. Bei den Projekten 256/65 und 161/65 werden die Produkte in Österreich gefertigt bzw. von österreichischen Firmen geliefert. Auch das Projekt 265/65 beinhaltete Kosten, die eigentlich in Österreich ausgegeben werden, da es sich hier unter anderem um Stipendien für die Wiener Diplomatische Akademie handelt.

³⁵⁹ Toncic-Sorinj 1966 vor der GV der VN, zitiert nach Gerald Hödl, Die Anfänge. In: Gomes, Hanak, Schicho (Hg.) Praxis der EZA, 2003, 37

erkennen lässt, lässt sich dieser Projektträger dem sozialistischen Lager zuordnen und somit der SPÖ. Im Jahr darauf wurde mit der gleichen Summe der Unterstützungsverein Akademikerhilfe (Projekt 217/65) subventioniert. Dieser Projektträger ist ein katholischer Verein und daher dem bürgerlichen Lager zu zuordnen, also ÖVP nahe. Mit nur zwei Beispielen lässt sich nicht bestätigen, dass es eine lagerorientierte Bewilligungspolitik innerhalb des IKFE bestand. Es wird jedoch vermutet, dass es eine Tendenz hin zur lagerpolitischen Ausgeglichenheit gab.

Inhaltliche Schwerpunkte hatte es also in der IKFE durchaus gegeben, bei gleichzeitigem Fehlen von regionalen Schwerpunkten. Das Verständnis von Entwicklung bzw. Entwicklungshilfe des IKFE lässt sich in einen modernisierungstheoretischen Kontext verorten. Dabei wird dies besonderes in dem erklärten Ziel der österreichischen Entwicklungshilfe erkennbar.³⁶⁰

„§ 5 – Ziel der österr. Entwicklungshilfe

Die österr. Hilfe soll Massnahmen zum Ziele haben, die zu einer raschen und harmonischen Eingliederung der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und damit zur Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung führen und Österreich auch nach aussen einen sichtbaren Erfolg bringen.“³⁶¹

Ersichtlich wurde durch die Stellungnahmen verschiedener Politiker (vgl. Kapitel 4), dass wirtschaftliche Interessen einen bestimmten Faktor in der Diskussion um Entwicklungshilfe einnahmen. Dabei spielte dieser durchaus auch in der bilateraler technischen Hilfe eine Rolle. In den Ergebnis-Protokollen spiegelte sich dies wider. So waren bei Projekten, die die Lieferung von Gegenständen oder Material in Entwicklungsländer vorsah, besonders wirtschaftliche Argumente relevant. In zwei Projekten (161/64, 199/64) werden die Argumente „Absatzgebiet“ und „wirtschaftliche Beziehungen“ in den Projektantrag unter der Kategorie *Projektbeurteilung* aufgenommen. Deutlicher kommt ein wirtschaftliches Interesse in einem nicht bewilligten Projekt 249/65 (siehe Anhang) vor. Darin geht es um die Lieferung eines Prototyps eines kalorischen Kraftwerkes für die Verheizung von Erdnussschalen in Niger. In der Diskussion um die Finanzierung dieses Projektes wurden die ökonomischen Interessen klar gemacht und in den Projektantrag aufgenommen: „Für die Errichtung der Anlage spricht, daß dadurch die Aufmerksamkeit des Staates Niger auch auf andere Sektoren der österreichischen Industrie gelenkt wird, was zum besseren Kontakt zwischen beiden Ländern führen dürfte.“³⁶²

³⁶⁰ Es ist anzunehmen, dass das Dokument „Grundsätze Förderpolitik und der Richtlinien der bilateralen Entwicklungshilfe“ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200 auch für die ersten Jahre gültig ist.

³⁶¹ ÖSTA/AdR, BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200, 7

³⁶² ÖSTA/AdR, BKA Zl. 105.501-11a/1965

Projektliste 1964

7 Anhang

Projektnr.	Zielland	Projektantragsteller	Projekträger	Gegenstand	zusätzliche Informationen	genehmigte Summe in öS	Quellen aus ÖSTA/ADR
011/63 (AF/64)	div. EL	BM für Unterricht	Geologische Bundesanstalt Wien	Im Rahmen dieses in Zusammenarbeit mit der UNESCO in Paris durchzuführenden Projektes ist die Einrichtung eines Hochschulkurses der Phil. Fakultät der Universität Wien an der Geologischen Bundesanstalt in Wien geplant. Geologen aus Entwicklungsländern ³⁶³ , die bereits an Hochschulen dieser Länder arbeiten, sollen innerhalb dieses achtmonatigen Kurses mit geologischen Forschungsarbeiten vertraut gemacht werden. (...) Im Rahmen dieses Kurses sind auch Feldforschungen und Besichtigungen österreichischer Industriebetriebe vorgesehen.	Kosten f Projektleiter, wissensch. Assistenten, Laboranten, 16 Kursteilnehmer, Reisekostengebühren, Miete u Betrieb 2 VW Busse, Kranken- u Unfallversicherung, wissensch. Instrumente, engl. Literatur, Mobiliar. Die Reisekosten für die Stipendiaten übernimmt die UNESCO mit 10.000 \$.	1.444.400 ³⁶⁴	Pr.A BKA Zl. 42.704-11a/1964 Pr.A BMF Zl. 34.610-18a/1965 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA ZL. 55.256-11a/1964 BKA Zl. 55.590-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964 BKA Zl. 55.590-11a/1964 BKA Zl. 50.846-11a/1964
014/64 (A/64)	div. EL	BM für Finanzen	Afro-Asiatisches Institut	Beantragt wird ein Zuschuss, der ausschliesslich für die Betreuung von Studenten aus Entwicklungsländern dienen soll.	Gesamtkosten des Betriebes für 1964 umfassen 5 Millionen öS. 4/5 der Kosten werden selbst gedeckt (Spenden).	1.000.000	BKA Zl. 46.201-11a/1964 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964 BMF Zl. 34.610-18a/1965 BKA Zl. 42.401-11a/1964 Pr.A Zl. BMF 34.610-18a/1965

³⁶³ Laut BKA Zl. 46.604-11a/1964 war ein Kandidat aus Japan dabei. Das BMF übermittel eine Stellungnahme an das BMU, in dem verwiesen wird einen Vertreter in die Auswahlkommission zu entsenden um nicht Industrieländer mit österreichischen Mitteln zu fördern.

³⁶⁴ Betrag laut Projektantrag BKA Zl. 42.704-11a/1964 vom 20.2.1964 und BKA Zl. 46.201-11a/1964 20. AG Sitzung vom 30.4.1964. Nach BKA Zl. 50.846-11a/1964 Ergebnis Protokoll zur Sondersitzung Betreuungsorganisationen am 14.9.1964 handelt es sich um 55.000 öS. Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen unter Geologische Bundesanstalt Wien 1964 einen Betrag von 4.021.000 öS an.

Projektliste 1964

046/63 (A/64)	div. EL	BM für Unterricht	BM für Unterricht	(...) Kürzung der Stipendienaktion des Bundesministeriums für Unterricht für Bewerber aus aller Welt von früher 50 auf nunmehr 20 Stipendien (...). Um eine wirkungsvoll Ausbildungshilfe für Entwicklungsländer leisten zu können und um der neuen „gezielten“ Stipendienaktion für Angehörige aus Entwicklungsländern die erforderliche Breitenwirkung zu geben, beantragt das Bundesministerium für Unterricht die Erhöhung der Gesamtzahl der Stipendien aus Krediten für Entwicklungshilfe von 22 auf insgesamt 80 Stipendien.	Stipendienansuchen aus Kamerun, Tunesien, Thailand, Indonesien, Sudan, Somalia ua. Von den angebotenen Stipendien wurde erst eines vergeben an den Iran.	2.000.000	Pr.A. BKA Zl. 41.401-11a/1964 PrA BKA Zl. 42.583-11a/1964 BMU Zl. 98.469-1/6/1964 BKA Zl. 50.542-11a/1964 BKA Zl. 50.542-11a/1964 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 42.704-11a/1964 BKA Zl. 40.360-11a/1964 BMF Zl. 133.801-18a/1964 BKA Zl. 55.256-11a/1964
115/63 (AF/64)	div. EL	BM für Unterricht	Montanistische Hochschule in Leoben	Mit Beginn des Studienjahres 1964/65 wird an der Montanistischen Hochschule in Leoben ein ständiger Hochschulkurs für Prospektion (Aufsuchung von Lagerstätten) und Bergbau in Entwicklungsländern als „Advanced postgraduates“ – Studium geschaffen. Dieser Kurs soll einer zusätzlichen und spezialisierten Ausbildung für graduierter Bergingenieure und Geologen aus Entwicklungsländern und der Heranbildung von Spezialisten für Entwicklungsländer dienen.	Die beantragte Summe beinhaltet folgende Aufwendungen: Kosten für: österr. wissensch. und nicht wissensch. Personal, Kosten für Gastvortragende, Erkundungsreisen der Lehrkräfte, Exkursionen, Werbung u Verwaltung, Beihilfe f. 10 Kursteilnehmer, Lehrmaterial	857.000 ³⁶⁵	PrA BKA Zl. 46.201-11a/1964 PrA BKA Zl. 47.259-11a/1964 Infos BKA Zl. 42.583-11a/1964 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 44.274-11a/1964
152/64 (A/64) ³⁶⁶	div. EL	BM für Auswärtige Angelegenheiten		Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten plant, im März 1964 so wie bereits in den Jahren 1962 und 1963 eine Gruppe jüngerer Diplomaten aus afrikanischen und asiatischen Staaten, die mittels eines		40.000	Pr.A BKA Zl. 40.360-11a/1964 PrA BKA Zl 40.159-11a/1964 BKA Zl. 42.401-11a/1964

³⁶⁵ Bei der Auflistung von Eder und Krobath, (österr. Entwicklungshilfe, 366f) wird eine Projektsumme von 827.000 öS angegeben.

³⁶⁶ Fraglich ob dieses Projekt tatsächlich genehmigt wurde. Außer dem Projektantrag findet sich in den untersuchten Ergebnis Protokollen keine Information darüber. In Eder und Krobath (österr Entwicklungshilfe 366f) Auflistung scheint dieses Projekt nicht auf. Dieses Projekt wird daher in der Analyse nicht berücksichtigt.

Projektliste 1964

				Stipendiums der Carnegie-Stiftung am Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf eine fachliche Zusatzausbildung erhalten, zu einem einwöchigen Besuch nach Österreich einzuladen.			
153/64 (A/64)	div. EL	BM für Auswärtige Angelegenheiten	Wiener Institut für Entwicklungshilfe	Zweck des Institutes ist es, qualifizierte und selektive Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Entwicklungshilfe zu leisten. Das Arbeitsgebiet wird sich auf das demokratische Europa und auf Nordamerika erstrecken. Alle Aspekte der Entwicklungshilfe sollen in der Form laufender Informationen einem Personenkreis nahegebracht werden, der Dank der Stellung der ihm angehörenden Persönlichkeiten über besonderen Einfluss verfügt. Darüber hinaus wendet sich das Institut auch aufklärend an die breite Öffentlichkeit.	Das Institut wird von einem Kuratorium geleitet, dessen Vorsitzender Bundesminister Dr. Kreisky ist. Es werden Beitragsleistungen von Institutionen und fremden Staaten (Indien) in Aussicht gestellt.	1.000.000 ³⁶⁷	Pr.A BKA Zl. 40.360-11a/1964 BKA Zl. 42.401-11a/1964 BKA Zl. 43.583-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964
161/64 ³⁶⁸ (A/64)	Dahomey (heute Benin)	BM für Land und Forstwirtschaft	Österreichisches Komitee der Weltkampagnen zur Bekämpfung von Hunger und Not	(...) Errichtung von Metallsilos zur Lagerung von Mais (...) Mit der Unterstützung eines FAO-Maisanbau-Experten, der für das Land bestellt wurde, soll eine Musteranlage an einem geeigneten Platz errichtet werden. (...) Der Experte soll beraten, die Errichtung der Anlage überwachen und das einheimische Personal in den Methoden der Maislagerung des Schutzes schulen. Die Errichtung der Musteranlage wird	Im Jahr 1964 werden die Gesamtkosten mit 700.000 öS bemessen. Der Projektträger trägt 300.000 der Kosten Die Regierung von Dahomey stellt ein Grundstück, sämtliches	400.000	PrA BKA Zl. 101.562-11a/1965 BKA Zl. 53.053-11a/64 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964 BMF Zl. 28.291-18a/1965 C1310 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 42.583-11a/1964 BMF Zl. 341.088-18a/1967

³⁶⁷ Eder und Krobath führen das Wiener Institut für Entwicklungshilfe 1966 an mit einer Summe von 1.500.000 öS. Laut BKA Zl. 42.583-11a/1964 Ergebnis Protokoll der 17. AG Sitzung vom 26.2.1964 wird das Projekt für das Jahr 1964 empfohlen, auch in den Unterlagen unter BKA Zl. 46.201-11a/1964 Ergebnis Protokoll der 20. AG Sitzung vom 30.4.1964 wird das Projekt mit einem Beitrag von 1.000.000 öS als empfohlen aufgelistet.

³⁶⁸ Dieses Projekt scheint in der Aufzählung von Eder, Krobath (österr. Entwicklungshilfe, 366f) in der, die Verteilung der IKFE Mittel nach Projektträgern aufgelistet wird nicht auf. Laut BKA Zl. 45.081-11a der 19. AG Sitzung am 14.4.1964 entspricht das Projekt den Richtlinien, Laut BMF 28.291-18a/1965 C1310 S 13-15 wurde das Projekt vom Ministerrat am 25.5.1964 bewilligt

Projektliste 1964

				die normalen Arbeiten des Experten auf dem Gebiet der Verbesserung der Maisanbaumethoden ergänzen. (...) Die gesamte Anlage wird von österr. Firmen geliefert, so dass die Chance besteht, durch Bereitstellung dieser Musteranlagen auf dem afrikanischen Kontinent ein neues Absatzgebiet für die österr. Industrie zu erschliessen.	Personal für den Bau zur Verfügung. Weiters kommen sie für einen Teil des Transportes auf und gewähren notwendige Importerleichterungen.		
164/64 (A/64) ³⁶⁹	Tanganyika	BM für Finanzen ³⁷⁰ (Projektbetreuer), BM für Land und Forstwirtschaft	Katholische Landjugend Österreich	In Sumbawanga im Südwesten von Tanganyika ist die Errichtung eines landwirtschaftlichen Zentrums zur Ausbildung der bäuerlichen Bevölkerung des Gebietes geplant. Das Projekt umfasst den Bau einer Musterfarm mit Gebäuden für Viehhaltung, eines Schulgebäudes, zwei Lehrhäusern und 12 Familienwohnungen. Es sollen in diesem Komplex jungen Bauernfamilien, die für eine bessere Bodenbearbeitung notwendigen Kenntnisse vermittelt werden. Es sollen auch durch die Einführung von Feldfrüchten, wie Mais, Reis, Bohnen und Erbsen und durch die Züchtung von hochwertigen Milchkühen und Schweinen für eine gesunde Ernährungsweise der Bevölkerung gesorgt werden. Nach dreijährigem Einsatz sollen Afrikaner die Schule unter der Leitung eines österreichischen Agraringenieurs übernehmen.	Gesamtkosten des Projektes umfassen 1.980.000 öS. Die Katholische Landjugend bringt 528.000 Schilling selbst auf und benötigt einen Zuschuss.	1.380.000 ³⁷¹	BKA Zl. 45.081/1964 PrA BKA Zl. 46.201-11a/1964 Pr.A BMF 22.218-18a/1964 BKA Zl. 97.143-11a/1965 BKA Zl. 52.646-11a/1964 BMF Zl. 2.965-18a/1964 C1202 BKA Zl. 99.464-11a/1965
165/64 (A/64)	Äthiopien	BM für soziale Verwaltung	Direktion des Hospitals der Kaiserlichen Leibgarde in Addis	Innenausstattung einer Kinderabteilung im Hospital der kaiserlichen Garde in Addis Abeba bestehend aus Betten, Krankenhausgeräte und Instrumenten, geliefert zur Gänze von der Firma	Die äthiopische Regierung kommt für die Errichtung des Krankenhauses selbst	333.000	BKA 45.081-11a/1964 Pr.A BKA Zl. 42.730-11a/1964 BKA Zl. 48.069-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964

³⁶⁹ Es wird diskutiert ein Regierungsabkommen zwischen Tanganyika und Österreich abzuschließen. Laut BKA Zl. 94.143-11a/1965 hat die Regierung Tanzanikas Interesse daran und möchte das Ausbildungszentrum im Rahmen seines 5-Jahresplanes einbeziehen.

³⁷⁰ Die Abteilung 18a betrachtet Tanganyika als Schwerpunktland für die österreichische Entwicklungshilfe. BMF Zl. 22.218-18a/1964

³⁷¹ Eder und Krobath haben hier eine Summe von 270.000 öS als angewiesenen Betrag. Sowohl der Projektantrag als auch Dokumente die das Projekt positiv beurteilen beinhalten die in der Tabelle angegebene Summe, bspw. BKA Zl. 52.646-11a/1964 2.11.1964 (hier wird die positive Annahme des Projektes durch die Regierung Tanganikas berichtet)

Projektliste 1964

			Abbeba, Med. Director: Dr. Kurt Weithaler	J. ODELGA aus Erzeugnissen der österreichischen Industrie.	auf.		BKA Zl. 46.939-11a/1964 BKA Zl. 48.069-11a/1964 BKA Zl. 42.730-11a/1964 BMF Zl. 341.088- 18a/1967
169/64 (A/64)	div. EL	Bundeskanzleramt Verstaatlichte Unternehmen (Sektion IV), BM für soziale Verwaltung	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Der Österreichische Gewerkschaftsbund beabsichtigt in Zusammenarbeit mit der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG die Errichtung von genormten Lehrwertstätten für einfache Metallbearbeitung mit Internatsbetrieb in auszuwählenden Entwicklungsländern. Es besteht die Absicht, zunächst den Prototyp einer derartigen genormten Lehrwerkstätte mit Internat für 30 Lehrlinge bzw. Praktikanten, voraussichtlich im Burgenland, in Betrieb zu erproben. Während der Zeit der Erprobung sollen auf etwa 15 Plätzen geeignete Personen aus jenen Entwicklungsländern, in denen später die Errichtung derartiger Normlehrwerkstätten beabsichtigt ist sowie eine gleich starke Gruppe österreichischer Lehrlinge ausgebildet werden. Diese Normlehrwerkstätten würden nicht zu übersehende Ausbildungszentren in jenen Entwicklungsländern bilden, mit denen Österreich engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen anzuknüpfen wünscht;	(2,250.000 als Zuschuss, 2,250.000 als Darlehen) Die Gesamtkosten belaufen sich auf 7.665.887 öS. Die VÖEST errichtet die Lehrwerkstätte um 5 Millionen öS und trägt 2.665.887 öS selbst. Ein Grundstück wird von der Gebietskörperschaft kostenlos zur Verfügung gestellt. Es wird ein Betrag von 5 Millionen beantragt.	4.500.000	Pr.A BKA Zl. 51.643- 11a/64 Pr.A BKA Zl. 44.621- 11a/64 Allg. Info BKA Zl. 50.399- 11a/1964 BKA Zl. 49.359-11a/1964 BKA Zl. 51.050-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 BKA Zl. 55.467-11a/1964 BKA Zl. 51.426-11a/1964 BKA Zl. 49.359-11a/1964
170/64 (A/64)	Guinea	Bundeskanzleramt Verstaatlichte Unternehmungen (Sektion IV)	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG	Guinesische Stellen wandten sich an die bedeutendsten Stahlproduzenten der Welt, einen Weg zu finden, dieses Erz wirtschaftlich in großem Ausmaß zu verhüten. Vor allen anderen ist es der VÖEST nach zahlreichen Versuchen gelungen, ein Verfahren, das auch zum Patent	Die VÖEST hat für die Vorarbeiten bereits 2,4 Millionen öS an Kosten selbst getragen. Die Gesamtkosten für	2.500.000 ³⁷²	PrA BKA Zl. 44.747- 11a/1965 BKA Zl. 100.905-11a/1965

³⁷² Dies ist der Betrag der die bisherigen Kosten der VÖEST darstellt. Dieser Betrag wird laut BKA Zl. 100.905-11a/1965 vom 10.9.1964 beantragt. Im gleichen Akt wird mit 6.10.1965 vermerkt, dass auf Wunsch der VÖEST das Projekt zurück gestellt wird. In den untersuchten Dokumenten wird nichts mehr zu diesem Projekt gefunden, auch in der Liste von Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) scheint es nicht auf. Daher wird dieses Projekt in der Analyse nicht berücksichtigt.

Projektliste 1964

				angemeldet wurde, für die Verhüttung von Conakry-Erzen zu entwickeln. (...) Die guinesische Regierung verlangt nun im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Pläne von der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG dringend die Ausfertigung einer endgültigen detaillierten Projektstudie.	die Projektstudie umfassen 11,6 Millionen öS. Dies sind die Kosten für ein Expertenteam von 25-30 Personen für ein Jahr.		
173/64 (A/64) ³⁷³	div. EL	BM für Land und Forstwirtschaft	Prof. DDr. Schedl, Lienz Osttirol	Prof.DDr. Schedl hat durch seine Tätigkeit in tropischen und subtropischen Ländern einen engen Kontakt mit den Problemen des forstwirtschaftlichen Pflanzenschutzes in diesen Ländern gewonnen. Es gelang ihm, eine Sammlung aufzubauen die speziell Schädlinge der Forstwirtschaft und der tropischen bzw. subtropischen Kulturpflanzen enthält. (...) Zusammenhängen mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit für die Tropen ist, laut Angabe Dr. Schedls, noch eine Reihe abschließender, wissenschaftlicher Arbeiten zu vollenden.	Die Kosten erstrecken sich auf 4 Jahre für weitere Arbeiten (Personalaufwand für eine Hilfskraft und Sachaufwand).	200.000	PrA BKA Zl. 45.821-11a/64
177/64 (A/64) ³⁷⁴	Tanganyika	BM für soziale Verwaltung	Österreichische Gesellschaft für Internationale Jugendbegegnung und Jugendstätte und TANU Youth League	Sendung von einfachen österreichischen landwirtschaftlichen Geräten (Hauen, Hacken, Spaten, Leichttraktoren etc.) an die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Tanganyika. Das Ziel der kürzlich errichteten landwirtschaftlichen Genossenschaften in Tanganyika ist die Umgestaltung der traditionellen Arbeitsweise der eingeborenen Farmer. Bisher wurde nur für den eigenen Haushalt produziert. In Zukunft sollen den Farmern Wege eröffnet werden, auch für den Markt zu produzieren. Die Regierung unterstützt	Gesamtkosten für 1964 350.000 öS. Die Gesellschaft bringt 100.000 öS selbst auf.	250.000	BKA Zl. 51.425-11a/1964 BKA Zl. 49.359-11a/1964 PrA BKA Zl. 48.095-11a/1964 Briefe vom Ministerium in Dar es Salaam an Heinz Nittel BKA Zl. 50.813-11a/64 Mittelfreigabe BKA Zl. 55.388-11a/64 BMF Zl. 341.088-18a/1967

³⁷³ Projekt wurde nicht genehmigt und daher hier nicht weiter berücksichtigt.

³⁷⁴In Eder und Krobaths (österr. Entwicklungshilfe 366f) Auflistung scheint dieses Projekt nicht auf. In der vom BMF erstellten Liste der „IKFE Leistungen Österreichs in den Jahren 1963 – 1966“ (BMF Zl. 341.088-18a/1967 10.4.1967) ist dieses Projekt vorhanden.

Projektliste 1964

				diese Bestrebungen mit Infrastrukturmaßnahmen.			
178/64 (A/64) ³⁷⁵	div. EL	BM für soziale Verwaltung	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten	Ausbildung von 5 Sozialarbeitern aus Entwicklungsländern durch einen 6 – 12 monatigen Kurs in Österreich. Es ist vorgesehen, daß die Stipendiaten in diesem Zeitraum die österreichischen Methoden der Jugend-Sozialarbeit in verschiedenen Sozialeinrichtungen (u.a. in Kindergärten, Horten, Erziehungsheimen u.ä.) kennenlernen und praktische Arbeit leisten. Für das Jahr 1964/65 sind Stipendiaten aus folgenden Ländern vorgesehen: Tunis, Tanganyika, Indien, Malaysia und Uruguay	Gesamtkosten belaufen sich auf 230.000 öS. Vom Projektträger werden 60.000 öS für Reisekosten aufgebracht.	140.000	BKA Zl. 51.425-11a/1964 Pr.A BKA Zl. 46.885-11a/1964 BKA Zl. 49.359-11a/1964
188/64 (A/64)	Liberia	BKA Verstaatlichte Unternehmungen (Sektion IV)	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke AG	Die Regierung von Liberia hat sich in diesem Zusammenhang an die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG. mit dem Ersuchen gewendet, Studien über die Eignung ihres Landes für die Errichtung dieses Stahlwerkes (in Monrovia) zur Versorgung des westafrikanischen Marktes anzustellen. (...) Eigenleistungen der liberianischen Regierung können mit 20 – 25% der Kosten (z.B. durch liberianische Fachleute, Aufenthaltskosten) der VÖEST-Studie bewertet werden und sind in dem gegenständlichen Antrag nicht berücksichtigt.	Für vorangegangene Planungsarbeiten hat die VÖEST bereits 6,5 Mio öS aufgewendet. Die Kosten sind für ein Expertenteam mit etwa 40 Personen und betreffen die Personal-, Reise u Aufenthaltskosten für das Jahr 1964. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 5,9 Millionen. ³⁷⁶	2.250.000	BKA Zl. 90.897-11a/1964 Pr.A BKA Zl. 91.990-11a/1965 PrA BKA Zl. 51.368/1964 Beilage zu PrA BKA Zl. 51.050-11a/1964 BKA Zl. 51.280-11a/1964 BKA Zl. 55.557-11a/1964 Mittelfreigabe BMF Zl. 132.155-18a/1964

³⁷⁵ In Eder und Krobaths (österr. Entwicklungshilfe 366f.) Auflistung scheint dieses Projekt nicht auf. Laut Ergebnis Protokoll der 24. AG Sitzung am 23.9.1964 (BKA Zl. 51.425-11a/1964) wird dieses Projekt als positiv beurteilt.

³⁷⁶ Gesamtkosten laut BKA Zl. 91.990-11a/65 vom 26.2.1965. In jüngeren Dokumenten werden die Gesamtkosten nicht genannt, es wird lediglich um den Zuschuss erbeten.

Projektliste 1964

190/64 (B/64) ³⁷⁷	div. EL	BM für soziale Verwaltung	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Ausbildung afrikanische Krankenschwestern aus Kenya, Malawi und Nord-Rhodesien (Zambia). Vorbereitungskurse haben bereits 1963 begonnen und wurden finanziell zur Gänze vom ÖGB und der Gemeinde Wien getragen. Nach diesen Kursen reduzierte sich die Teilnehmerinnenzahl von 30 auf 20 (wanderten nach England oder Afrika ab). Im Oktober 1964 beginnt die dreijährige Krankenpflegeausbildung mit Diplomabschluss. ³⁷⁸	Die Gesamtkosten für das Ausbildungsjahr 1964/65 betragen 783.600 öS. Die Gemeinde Wien übernimmt 400.000 öS. Der ÖGB bringt einen Betrag von 191.800 öS selbst auf. Es wird um den Restbetrag von 191.800 öS angesucht	191.800	PrA BKA Zl. 52.697-11a/1964 BKA Zl. 55.498-11a/1964 BMF Zl. 133.806-18a/1964 BKA Zl. 55.256-11a/1964 BKA Zl. 55.590-11a/1964 BMF Zl. 128.750-18a/1964
193/64 (A/64)	Tanganyika	BM für Unterricht	Katholische Landjugend Österreichs, Landjugendwerk für Entwicklungshilfe	In Matai – Provinz Karema – Tanganyika wurde von der Katholischen Landjugend Österreichs in den letzten vier Jahren ein Ausbildungszentrum (...) errichtet. Diese Ausbildungszentrum soll nunmehr durch die Errichtung eines Schulzentrums erweitert werden; Für die Ausgestaltung einer Hauswirtschaftsschule beziehungsweise zur Durchführung des Unterrichtsbetriebes werden dringend benötigt: Nähmaschinen mit Hand bzw. Fußantrieb; eine Kleindruck- bzw. einige Vervielfältigungsgeräte; Material für den Schulbetrieb.	Gesamtkosten für die ersten zwei Jahre belaufen sich auf 500.000 öS. Die Landjugend trägt selbst 200.000 öS und Tanganyika beteiligte sich durch die Zurverfügungstellung der Grundstücke.	270.000	PrA BKA Zl. 52.646-11a/64 Mittelfreigabe BMF Zl. 133.802-18a/1964 BKA Zl. 19.55.256-11a/64 BKA Zl. 55.590-11a/1964 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 53.931-11a/1964 BKA Zl. 97.143.11a/1965
Subventionen für Betreuungsorganisationen							
167/64 (A/64)	div. EL	BM für Auswärtige Angelegenheiten	Internationales Forum - Studentenklub	(...) In seinem neuen, in allernächster Nähe der Universität Wien gelegenen und mit erheblichen Kosten eingerichteten Clubräumen wird nicht nur	Betrag ist ein Zuschuss für die Betriebskosten.	600.000 ³⁷⁹	BKA Zl. 51.157-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 BMF Zl. 133.873-18a/1964

³⁷⁷ Der ÖGB steht in der Auflistung von Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) 1965 mit 338.000 öS und ist vermutlich auf dieses Projekt zu zuordnen. Nach dem Ergebnis Protokoll der 31. AG Sitzung vom 9.12.1964 BKA Zl. 55.256-11a/1964 ist das BMU der Ansicht, dass dieses Projekt den Richtlinien entspricht, allerdings fehlt eine Genehmigung. Im Projektantrag unter BKA Zl. 128.750-11a/1964 ist das Projekt genehmigt. Es ist anzunehmen, dass dieses Projekt genehmigt wurde, da für das Ausbildungsjahr 1965/66 entsprechende Unterlagen mit der Folgefinanzierung gefunden wurden.

³⁷⁸ Zusammengefasst aus der Projektbeschreibung

³⁷⁹ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) listet das Internationale Forum, Studentenklub im Jahr 1965 auf mit 1.200.000 öS. Für das Jahr 1964 werden keine Mittel angegeben.

Projektliste 1964

				der Kontaktmangel ausländischer Studenten zu österreichischen Kollegen und zur österreichischen Bevölkerung abgeholfen, sondern auch eine geistige Verbindung zwischen den verschiedenen Staaten und Österreich gepflegt.			Pr.A 1.Rev. BKA Zl. 51.050-11a/1964 BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.157-11a/1964
176/64 (A/64) ³⁸⁰	div. EL	BM für soziale Verwaltung	Kuratorium für die Errichtung von Adolf Schärf-Studentenheimen	Für Stipendiaten aus den Entwicklungsländern, die im Rahmen der Entwicklungshilfe des Bundes gefördert werden, sollen zusätzliche Heimplätze geschaffen werden. Bei den Stipendiaten wäre in erster Linie auf die Unterbringung von Angehörigen medizinischer, pharmazeutischer, chemischer, technischer Berufe, sowie Angehörigen der Sozialberuf Bedacht zu nehmen. 10 Plätze sollen bereitgestellt werden.		1.000.000	BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 PrA BKA Zl. 48.094-11a/64 BKA Zl. 55.591-11a/1964 BKA Zl. 51.157-11a/1964
179/64 (A/64) ³⁸¹	div. EL	BM für soziale Verwaltung	Österreichische Gesellschaft für Jugendbegegnung und Jugendstätten	Schaffung von neuen Wohnplätzen in Heimen für Jungarbeiter und Angehörige der Sozialberufe durch Zuschüsse beim Bau eines geeigneten Objektes. (Internationales Jugendheim in der Arbeiterstrandbadgasse). Baubeginn am Frühjahr 1965.	Kosten für 3 Heimplätze.	300.000	BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 PrA BKA Zl. 48.096-11a/1964 PrA 1 Rev BKA Zl. 51.050-11a/1964 Mittelfreigabe BMF 133.871-18a/64 BKA Zl. 51.157-11a/1964
172/64 (A/64)	div. EL	BM für Finanzen	Institut für Internationale Zusammenarbeit	Das Institut ist eine Gründung der österr. Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung (Pax Christi). Es bildet akademische Fachkräfte aus dem mitteleuropäischen Raum aus und stellt sie in den Dienst der Entwicklungsländer.	Gesamtkosten: 1.032.000 Durch Zuschüsse von befreundeten Organisationen und Spenden bringt die Organisation selbst 511.450 öS auf. Geforderter Betrag ist ein Zuschuss zur	500.000	BKA Zl. 51.425-11a/1964 BKA Zl. 55.386-11a/1964 PrA BKA Zl. 46.280-11a/1964 BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.157-11a/1964

³⁸⁰ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen den Projektträger in ihrer Liste an, jedoch ohne angewiesene Beträge.

³⁸¹ Fehlt in der Aufzählung von Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f).

Projektliste 1964

					Deckung der Betriebskosten.		
119/64 (A/64)	div. EL	BM für Unterricht	Österreichische Studentenförderung Wien; Stud. Unterstützungsverein Akademikerhilfe Wien; Evangelischer Verein für Studentenheime	Für Studenten bzw. graduierte Akademiker aus den Entwicklungsländern, die im Rahmen der Entwicklungshilfe des Bundes ein Stipendium erhalten, sollen zusätzliche Heimplätze geschaffen und dazu den Projektträgern ein Zuschuss gewährt werden, wofür dem zuständigen Ressort ein Einweisungsrecht auf 25 Jahre zugesichert wird. Eine Unterbringung in dieser Form erscheint deshalb zweckmäßig, weil die vorgenannten Stipendiaten erfahrungsgemäß grosse Anpassungsschwierigkeiten zu überwinden haben.	Aufteilung der Summer: 300.000 Studentenförderungsstiftung (3 Heimplätze), 300.000 Akademikerhilfe (3 Heimplätze); Evangel. Studentenheime 200.000 (2 Heimplätze)	800.000	PrA BKA Zl. 46.201-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 BKA Zl. 51.769-11a/1964 BKA Zl. 55.499-11a/1964 BMF Zl. 133.824-18a/1964 BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.157-11a/1964
187/64 (A/64) ³⁸²	div. EL	BM für Unterricht	Afro-Asiatisches Institut	Errichtung eines Wohn- und Studienzentrums in der Türkenstrasse 3 in Wien IX mit: Saal f Veranstaltungen, Bibliotheks-, Studien-, Aufenthalts- und Klubräume, Büroräume, Studentenheim mit 70 Betten) 12 Heimplätze Einweiserecht auf 25 Jahre für BMU (...) außer Studenten und 'post graduates' auch Praktikanten aus Entwicklungsländern (...) in diesem Heim unterbringen.	Die Gesamtkosten für Erwerb, Adaptierung und Errichtung belaufen sich auf 14,5 Millionen öS. Auf das Studentenheim entfallen davon 5,7 Millionen öS. Bis auf einen Betrag von 1,8 Millionen öS konnten die Mittel selbst aufgebracht werden	1.200.000	BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.425-11a/1964 PrA BKA Zl. 49.359-11a/1964 BKA Zl. 51.157-11a/1964 BKA Zl. 55.389-11a/1964 (BMF Zl. 133.809-11a/1964)
185/64 (A/64)	div. EL	BM für Unterricht	Österreichischer Auslandsstudentendienst	(...) Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt demnach in der studienmässigen Betreuung der ausländischen Studenten aus dem afroasiatischen Raum. So wird in sogenannten „Vorstudienlehrgängen“ (in Leoben, Mödling – Vorderbrühl, Graz) den erwähnten Studienbewerbern jenes Wissen vermittelt, das	Betrag ist ein Zuschuss zur Deckung der Betriebskosten. Die Gesamtkosten für das Jahr 1964 werden mit 5.451.000 öS bemessen, davon werden 4.635.000	816.000	BKA Zl. 50.846-11a/1964 BKA Zl. 51.425/1964 BKA Zl. 49.359-11a/1964 BKA Zl. 55.375-11a/1964 PrA BMF Zl. 130.778-18a/1964 C1112

³⁸² Beantragt wird ein Zuschuss von 2.250.000 öS, bewilligt wird die Summe, die in der Tabelle angegeben wurde (BKA Zl. 55.389-11a/1964). Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen das Afro-Asiatische Institut im Jahr 1964 mit 3.200.000 öS an, jedoch ohne Beiträge im Jahr 1965.

Projektliste 1964

			<p>sie befähigen soll, unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische Maturanten ihr Hochschulstudium zu beginnen.</p>	<p>öS selbst gedeckt durch Einnahmen aus dem Heimbetrieb, durch Studiengebühren, Subventionen der Länder, Lebendsubvention des Bundes (Lehrer).</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Projektliste 1965

Projektnr.	Zielland	Projektantragsteller	Projektträger	Gegenstand	zusätzliche Informationen	genehmigte Summe in öS	Quellen aus ÖSTA/ADR
011/65 (AF/65)	div. EL	BM für Unterricht	Geologische Bundesanstalt Wien	Projekt aus dem Vorjahr (...) Unesco Lehrgang für Geologen aus Entwicklungsländern. (...) von der Unesco wurde empfohlen, die Anzahl der angebotenen Stipendien von 16 auf 20 zu erhöhen (...) für das Studienjahr 1965/66	Die Unesco ist bereit einen Betrag von \$ 8.500 zu leisten.	1.360.000 ³⁸³	Pr.A BKA 49.359-11a/1964 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BKA Zl. 95.489-11a/1964 BMF Zl. 128.750-18a/1964 BMF Zl. 81.045-18a/1965
130/63 (A/65)	Äthiopien	BM für Unterricht	Deutsche Schule in Addis Abeba	Es wird in Aussicht genommen, an die Deutsche Schule in Addis Abeba mit Beginn des Schuljahres 1965/66 einen österreichischen Lehrer zu entsenden. Die Schule hat dzt. 375 Schüler, davon 50% Äthiopier und 25% mit deutscher Muttersprach (8 Österreicher).	Kosten umfassen die Reisekosten, Aufwandsentschädigung und Versicherung für die Monate September bis Dezember.	70.000	Pr.A BKA Zl. 97.776.11a/1965 BKA Zl. 46.201-11a/1964 BMF Zl. 84.397-18a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
134/65 (A/65) ³⁸⁴	div. EL	BM für Unterricht	Wiener Internationale Hochschulkurse	Teilnahme an den Deutschkursen der Universität Wien, die von „Wiener Internationale Hochschulkurse“ veranstaltet werden, ist besonders empfehlenswert. Zunächst wäre die Aktion im Sommer 1965 probeweise mit einer kleinen Anzahl von Stipendien zu beginnen.	Wird genehmigt aber zu spät für den Sommer 1965. Die Mittel werden für 1966 verwendet, die Freigabe der Mittel an das nächste Kalenderjahr gebunden.	120.000	Pr.A BKA 91.983-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BMU Zl. 85.683-1/6/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BKA Zl. 100.313-11a/1965 BKA Zl. 101.560-11a/1965
161/65 (A/65) ³⁸⁵	Dahomey (heute)	BM für Land und Forstwirtschaft	Österreichisches Komitee der	Projekt aus dem Jahr 1964 (...) Errichtung von Metallsilos zur Lagerung von Mais (...)	Das Büro der Weltkampagne zur	700.000	PrA BKA 101.562-11a/1965

³⁸³ Betrag laut der Liste der finanzierten Projekte vom 30.6.1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965. Ob es sich tatsächlich um diesen Betrag gehandelt hat ist leider unsicher, da noch Andere gefunden wurden. Im Projektantrag BKA Zl. 49.359-11a/1965 wurde ein Betrag von 1.665.600 öS beantragt. In der Beilage zu BMF Zl. 340.163-18a/1966 „Memorandum über die österreichische Entwicklungshilfe 1965/66“ vom 3.3.1966 hingegen scheint ein Betrag von 2.648.200 öS als Restfinanzierung auf. Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) verwenden einen Betrag von 1.208.000 öS.

³⁸⁴ Scheint bei Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) nicht auf. Nach BKA Zl. 100.313-11a/1965 wird die Freigabe des Betrages an den Beginn des nächsten Kalenderjahres (1966) gebunden. In der Auflistung unter BMF Zl. 340.163-11a/1966 D1201 wird dieses Projekt 1965 angeführt und daher in weiterer Folge als genehmigt behandelt.

³⁸⁵ Dieses Projekt scheint in der Aufzählung von Eder, Krobath (österr. Entwicklungshilfe, 366f) nicht auf. Laut BKA Zl. 45.081-11a der 19. AG Sitzung am 14.4.1964 entspricht das Projekt den Richtlinien, Laut BMF 28.291-18a/1965 C1210 S 13-15 wurde das Projekt vom Ministerrat am 25.5.1964 bewilligt. Das Projekt wird 1967 fertiggestellt mit Gesamtkosten von 2.241.500 öS, die von Österreich getragen werden.

Projektliste 1965

	Benin)		Weltkampagen zur Bekämpfung von Hunger und Not	Auf Grund eines detaillierten Anbotes der FA. Heid vom 10.9.1965 betragen die Gesamtkosten des Projektes rd. S 2,200.000,-.	Bekämpfung von Hunger und Not stellt 1.100.000 öS zur Verfügung. 1964 wurden aus IKFE Mitteln ein Betrag von 400.000 öS genehmigt. Weitere 700.000 öS werden beantragt um die Kosten zu decken.		Mittelfreigabe BKA 53.053-11a/1964 BKA Zl. 92.260-11a/1965 BKA Zl. 45.081-11a/1964 BKA Zl. 46.201-11a/1964 BMF Zl.28.291-18a/1965 C1210 BKA 45.081-11a/1964 BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200
190/65 (A/65)	div.EL	BM für soziale Verwaltung	Österreichischer Gewerkschaftsbund	Ausbildung afrikanische Krankenschwestern (...) Projekt aus dem Jahr 1964. Für 1965 findet eine Verringerung der Teilnehmerinnen auf 19 statt.	Gesamtkosten für 1965/66 betragen 694.260 öS. Davon übernimmt die Gemeinde Wien 400.000 öS, der ÖGB 147.130 öS. Es wird um 147.130 öS angesucht.	147.130 ³⁸⁶	BKA Zl. 102.255-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BKA Zl. 128.750-11a/1964
203/65 (B/64) ³⁸⁷	Kenya	BM für Finanzen	Katholische Frauenbewegung	Ausbildung von Sozialarbeiterinnen in Kobujoi/Kenya. (...) Im Jänner 1964 wurde vom Bischof der Diözese Kisumi/Kenya eine Schule errichtet, in der in einem zweijährigen Lehrgang Sozialarbeiterinnen ausgebildet werden. (...) Ziel des Projektes ist es, den Mädchen die unbedingt erforderlichen Kenntnisse in Bezug auf Geburtshilfe, Säuglingspflege, Hygiene und rationelle Methoden der Haushaltsführung zu vermitteln. (...) Von über 160 Anmeldungen konnten wegen beschränkter Räumlichkeiten nur 32 Mädchen aufgenommen werden. (...) Für den 2. Lehrgang und weitere neu aufzunehmenden Mädchen werden dringend zusätzliche Räume und Einrichtung benötigt.	Die Schule wird von der Regierung anerkannt und diese bezahlt auch die Gehälter für die Lehrkräfte. Die Diözese Kisumi hat bisherige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt	500.000	PrA BKA Zl. 53.987-11a/1964 PrA 1.Rev BKA Zl. 92.400-11a/1965 BKA Zl. 92.400-11a/1965 BKA Zl.45.081-11a/1964 BKA Zl. 55.256-11a/1964

³⁸⁶ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen den ÖGB 1965 mit einer Summe von 338.000 öS an.

³⁸⁷ Projekt wird bereits 1964 beantragt, allerdings in der 1. Revision in ein Projekt für das Jahr 1965 umgewandelt (BKA Zl. 92.400-11a/1965). Eder und Krobath listen dieses Projekt im Jahr 1964 auf. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen erscheint dieses Projekt nicht in den Dokumenten unter BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201.

Projektliste 1965

206/65 (A/65)	div. EL	BM für Handel und Wiederaufbau	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und Österreichische Jungarbeiterbewegung ³⁸⁸	Errichtung einer Lehrwerkstätte in Niederösterreich (Mödling) für gewerbliche Ausbildner zum Einsatz in den Entwicklungsländern. Ungefähr 30 männliche Jugendliche aus den Entwicklungsländern, die bereits eine schulische und gewerbliche Vorbildung besitzen, werden in der vorgesehenen Lehrwerkstätte eine handwerkliche Weiterbildung erfahren. Geeignete Absolventen werden nach einer entsprechenden Ausbildung als Lehrer in ihren Heimatländern wirken können. Gleichzeitig werden 10 junge Österreicher auf ihren vorgesehenen Einsatz in den Entwicklungsländern vorbereitet.	Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf 7.500.000 öS. Die ÖJAB stellt ein Grundstück zur Verfügung, die Eigenleistung wird mit 3.000.000 öS bemessen. Die Hälfte der genehmigten Summe wird als Zuschuss gewährt. Die andere Hälfte als ein Darlehen an die ÖJAB für einen Zeitraum von 4 Jahren zu einem Zinssatz von 5,5%.	4.500.000 ³⁸⁹	PrA BKA Zl 104.063-11a/65 Info zur Lehrwerkstätte BKA Zl 104.969-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
213/65 (AF/65)	Afrika	BM für Land und Forstwirtschaft	Firma Austrovieh, Ein- und Verkaufsgesellschaft m.b.H.	Förderung der Viehzucht in Afrika (...) Rindviehhaltung in Äthiopien, Kenya, Tanganyika, Malawi, Rhodesien; Drei- Phasen-Projekt (...) Die erste Phase (...) umfasst die Entsendung von zwei österreichischen Experten, die mit den örtlichen Fachleuten Kontakt über allenfalls schon bestehende Pläne oder in Ausarbeitung befindliche Projekte zur Hebung der Rinderhaltung nehmen sollen, wobei auch eine beratende Funktion in Betracht gezogen wird.	Die Summe beinhaltet alle Kosten für den zweimonatigen Aufenthalt der Experten vor Ort. Die Eigenleistung wird mit 100.000 öS angenommen. Welche die Bezüge der Experten, die von ihren Arbeitgebern (Firma Austrovieh, Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft) übernommen werden, darstellen.	200.000	BKA 97.232-11a/1965 PrA 2.Rev. BMF Zl. 69.620-18a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

³⁸⁸ Beide Projektträger werde das Projekt durch führen, im Projektantrag wird nicht einer dieser Projektträger als Projektbetreuer genannt.

³⁸⁹ Eder Krobath führen in ihrer Liste beim OJAB eine Summe von 440.000 öS im Jahr 1965 an. Die Bundeswirtschaftskammer wird ohne Beträge angeführt.

Projektliste 1965

214/65 (A/65) ³⁹⁰	Ägypten (VAR)	BM für Unterricht	Hammer-Purgstall-Gesellschaft	Es wird in Aussicht genommen, an 20 ägyptische Deutschlehrer je ein dreimonatiges Sommerstipendium zur Perfektionierung ihrer Deutschkenntnisse und zum Studium der in Österreich üblichen Methoden für das Lehren einer Fremdsprache zu vergeben.			150.000	PrA BKA Zl. 92.348-11a/1965 BMU Zl. 114.331-V/3b/1965
215/65 (A/65)	Kongo	BM für Handel und Wiederaufbau	Österreichische Bauordnung (Koordinierungsstelle für Entwicklungshilfe des Sekretariats der Österr. Bischofskonferenz im AAI)	Der Österreichische Bauorden, dessen Präsident Staatssekretär a.D. Franz Grubhofer ist, hat sich die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bauorden die Aufgabe gestellt, in einem Gebiet von 18 Dörfern mit etwa 20.000 Einwohnern, von denen 5.000 Flüchtlinge sind, ein Gemeinschaftsentwicklungsprojekt durchzuführen. Es sollen 28 österreichische Fachkräfte aller Sparten für den Einsatz im Kongo ausgebildet werden, die etwa 300 afrikanischen Freiwillige am Bau von Wohnungen, eines Entbindungsheimes, eines Jugendzentrums, einer Elementarschule, einer Genossenschaftsschule, bei der Errichtung einer landwirtschaftlichen Genossenschaft sowie der Einrichtung einer Wasserversorgungsanlage und einer Kanalisierung anleiten sollen. Eine landwirtschaftliche Schulung der Kongolesen wird mit Unterstützung der UNO durchgeführt, wobei diese die Transportmittel beisteilt. (...) Der direkte persönliche Kontakt dieser idealistischen österreichischen Entwicklungshelfer mit der kongolesischen Bevölkerung ist von großer psychologischer und propagandistischer Bedeutung.	Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf 650.000 öS. Davon übernimmt die österr. Bauordnung 250.000 öS und die österr. Bischöfe 150.000 öS. Die österreichischen freiwilligen Fachkräfte arbeiten 3 Jahre ohne Bezahlung. Kosten für Unterkunft, Transport und Versicherung werden übernommen.	250.000	PrA BKA Zl. 92.404-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201	

³⁹⁰ Dieses Projekt wird genehmigt, allerdings wird die Ausreise von Seiten Ägyptens nicht bewilligt BMU Zl. 114.331-V/3b/1965. In der Auflistung unter BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 wird das Projekt als genehmigt angeführt, dies ist vermutlich auf einen Fehler zurück zu führen. In weiterer Folge wird dieses Projekt als zurück gestellt behandelt.

Projektliste 1965

216/65 (A/65)	div. EL	BM für Unterricht	Österreichischer Auslandsstudentendienst	Betreuung von Studenten aus dem Ausland.	Gesamtkosten für das Jahr 1965 betragen 3.822.000 öS. Ein großer Teil wird durch Studiengebühren, Subventionen u privaten Institutionen aufgebracht. Es wird ein Zuschuss beantragt über 1.380.000	1.380.000	BKA Zl. 92.416-11a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
217/65 (A/65)	div. EL	BM für Unterricht	Österr. Studentenförderungsstiftung, Stud. Unterstützungsverein in Akademikerhilfe, Evang. Verein für Studentenheime	Für Studenten bzw. graduierte Akademiker aus den Entwicklungsländern, die im Rahmen der Entwicklungshilfestipendienaktion des Bundesministerium für Unterricht ein Stipendium erhalten, sollen zusätzliche Heimplätze geschaffen und dazu den Projektträgern ein Zuschuss gewährt werden, wofür dem zuständigen Ressort ein Einweisungsrecht auf 25 Jahr zugesichert wird.	Die 2 Millionen teilen sich unter den Projektträgern wie folgt auf: 1 Mio öS Akademikerhilfe, 700.000 öS Österr. Stud. Förderungsstiftung, 300.000 öS Evangelischer Verein Studentenheime Wien	2.000.000 ³⁹¹	Pr.A BKA Zl. 97.708-11a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 C1202 BKA Zl. 92.417-11a/1965 Pr.A 1.Rev. BMF Zl. 134.603-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
218/65 (A/65)	div. EL	BM für Finanzen	Afro-Asiatisches Institut	Subvention für das Afro-Asiatische Institut	Die Gesamtkosten für den Betrieb des AAI 1965 umfassen 5.000.000 öS. Das AAI bringt 3.200.000 öS selbst auf.	1.500.000 ³⁹²	BKA Zl. 92.426-11a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
220/65 (A/65) ³⁹³	div. EL	BM für Unterricht	Universität Wien	Ausbau des Lehrganges „Deutsch für Ausländer“ am Dolmetschinstitut der Universität Wien für	Kosten glieder sich wie folgt: für Räumlichkeiten	3.406.000	PrA BKA Zl. 92.483-11a/1965

³⁹¹ Summe nicht klar, laut BMF Zl. 81.045-18a/65 Liste der finanzierten Projekte vom 30.6.1965 handelt es sich um 1.500.000 öS, BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 3.3.1966 führt das Projekt mit 2.000.000 öS an. Da dieses Dokument später datiert ist und Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) denselben Betrag 1966 auflisten, wird angenommen, dass es sich um 2.000.000 öS gehandelt hat. Im Projektantrag BKA Zl. 97.708-11a/1965 wird ein Mindestbetrag von 3.000.000 öS als dringend notwendig bezeichnet.

³⁹² Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) haben im Jahr 1965 keine Beträge für das AAI, im Vorjahr werden 3.200.000 öS angeführt. Laut einer Liste des BMF vom 30.6.1965 (BMF Zl. 81.045-18a/1965) wurde das AAI 1965 subventioniert in der hier angegebenen Höhe. Auch in unter BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 wird das AAI mit dergleichen Summe angeführt.

Projektliste 1965

				Angehörige von Entwicklungsländern.	3.000.000 öS, Lehrprogramm 100.000 öS, Lehrmittel 270.000 öS, Betreuung von Bibliothek und Archiv 36.000		
223/65 (A/65) ³⁹⁴	div. EL	BM für Unterricht	Österreichischer Auslandsstudenten- dienst	Der Verein Auslandsstudentendienst führt in dem ihm auf Dauer überlassenen bundeseigenen Gebäude, Heim – Mödling –Vorderbrühl – ein Heim mit Vorbereitungskursen für Studierende aus den Entwicklungsländern. Dieses Heim wird so stark frequentiert, dass mit den derzeit zur Verfügung stehenden Plätzen das Auslangen nicht gefunden werden kann. Der Verein hat daher die Absicht, das Dachgeschoss des erwähnten Hauses auszubauen, um so 14 weitere Heimplätze zu schaffen.	Projektbetreuer ist das BM für Handel und Wiederaufbau	1.500.000	Pr.A BKA Zl. 97.708- 11a/65
227/65 (A/65) ³⁹⁵	Malawi	BM für Handel und Wiederaufbau	Österreichisches Institut für Entwicklungshilfe und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- ländern	Die Regierung von Malawi hat an das „Österreichische Institut für Entwicklungshilfe“ ein Ansuchen um Überlassung von 5 Puch- Haflinger gerichtet, die im Rahmen eines Regierungsprogrammes zur Urbarmachung großer ungenützter Bodenflächen und dadurch zu Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität der staatlichen Jugendorganisation zur Verfügung gestellt werden soll.	Die Regierung von Malawi übernimmt die Transportkosten. Die Firma Steyr Werke stellt die Puch Haflinger zum Selbstkostenpreis zur Verfügung. Der Projektträger bildet Mechaniker aus.	300.000	PrA BKA Zl. 94.282- 11a/65 BKA Zl. 92.201-11a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163- 18a/1966 D1201 BKA Zl. 103.430-11a/1965 BMF Zl. 341.088- 18a/1967 C1200 BKA Zl. 101.594-11a/1965

³⁹³ Vermutlich wurde dieses Projekt nicht genehmigt und finanziert. Außer dem Projektantrag konnte dazu nichts gefunden werden, auch Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen dazu nichts an. In der Analyse wird dieses Projekt daher nicht berücksichtigt.

³⁹⁴ Fraglich ob dieses Projekt finanziert wurde. Außer dem Projektantrag konnte in den untersuchten Unterlagen aus dem Archiv nichts dazu gefunden werden. Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) listen jedoch den ÖAD 1965 mit 1.590.000 öS auf, bei diesem Betrag könnte es sich um das oben genannte Projekt handeln. Dieses Projekt wir in der weiteren Analyse nicht berücksichtigt.

³⁹⁵ Scheint nicht auf bei Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f). Wurde in den folgenden Unterlagen als genehmigtes, finanziertes Projekt fest gehalten BMF Zl. 81.045-18a/1965, BMF Zl. 340.163-11a/1966, BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200 „IKFE Leistungen Österreichs in den Jahren 1963-1966“ 15b vom 31.1.1967.

Projektliste 1965

229/65 (A/65)	FAO Rom	BM für Land und Forstwirtschaft (Projektbetreuer), BM für Auswärtige Angelegenheiten, BM für Handel und Wiederaufbau	BM für Land- und Forstwirtschaft	Von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wurde an Österreich das Ersuchen gerichtet, im Hauptquartier der FAO in Rom einen Schulungsraum zur Fortbildung von Angehörigen aus Entwicklungsländern einzurichten. Um die Aus- und Fortbildung nach modernen Grundsätzen zu ermöglichen, ist neben der Anschaffung eines Vorführapparates für Filme und Lichtbilder auch die Ausstattung mit den notwendigen Möbeln (Tische, Sitzgelegenheiten usw.) vorgesehen.	Ferner wird der in Betracht kommende Schulungsraum gut sichtbar als Österreich Zimmer bezeichnet, so daß die jeweiligen Kursteilnehmer auf die österreichische Aktivität in Entwicklungshilfe-Programmen nahezu auf billige Weise aufmerksam gemacht werden.	450.000 ³⁹⁶	PrA BKA Zl. 94.750-11a/1965 BMF 340.163-18a/1966 D1201
230/65 (A/65)	div. EL	BM für Unterricht	Hammer-Purgstall-Gesellschaft	Erwerb und Adaptierung neuer Räumlichkeiten der Hammer-Purgstall-Gesellschaft, Schottengasse, Wien I. (...)Betreuung von Studenten aus dem nahen Osten. Jährlich werden bis zu 600 der neu ankommenden in den Sprachkursen erfaßt. (...) Neben der Studentenbetreuung liegt ein weiterer Schwerpunkt der Hammer-Purgstall-Gesellschaft auf der Ausbildung von Österreichern für den Einsatz im nahen Osten.	Die Gesamtkosten belaufen sich auf 900.000 öS, der Projektträger kann 300.000 öS selbst aufbringen.	600.000 ³⁹⁷	PrA BKA Zl. 94.665-11a/1965 BMF Zl. 81.045-18a/1965
232/65 (A/65)	div. EL	BM für Finanzen	Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIIZ) der Österreichischen Sektion der Internationalen	Der Zweck des Institutes ist die Vorbereitung und Entsendung von Fachkräften, insbesondere von Akademikern aus dem mitteleuropäischen Raum im Dienste der Entwicklungshilfe.	Gesamtkosten für die Ausbildungstätigkeiten umfassen 1.421.674 öS. Der größte Teil wird selbst gedeckt durch Zuschüsse der deutschen Pax-Christi-Bewegung	300.000 ³⁹⁸	PrA BKA ERP 97.391-11a/65 BMF Zl. 81.045-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

³⁹⁶ Betrag nach BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201. Die beantragte Mittel im Projektantrag unter BKA Zl. 94.750-11a/1965 sind 260.000 öS. Eder und Krobath listen das BM für Land und Forstwirtschaft (welches vermutlich auf dieses Projekt verweist, da hier kein Projektträger fest gelegt wurde) mit 200.000 öS auf.

³⁹⁷ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen den Projektträger mit 90.000 öS an. Laut BMF Zl. 81.045-18a/1965 vom 30.6.1965 wurde diese Projekt mit der oben angeführten Summe genehmigt. Aus nicht nachvollziehbaren Gründen erscheint dieses Projekt nicht in den Dokumenten unter BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201.

³⁹⁸ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen den Projektträger ohne Beträge für das Jahr 1965 an. Im Vorjahr werden 500.000 öS als Betrag angewiesen.

Projektliste 1965

			Katholischen Friedensbewegung Pax Christi		und des bischöflichen Hilfswerkes Misereor. Ein Zuschuss von 300.000 öS wird beantragt.		
237/65 (A/65)	Madagaskar	BM für Handel und Wiederaufbau	Österreichische Caritas-Zentrale	Seit dem Jahr 1956 ist dem im Süden der Insel bestehenden Kolleg St. Francois Xavier eine technische Lehranstalt angegliedert, welche sich die Ausbildung von Mechanikern zum Ziel setzt. (...) Dringend benötigt wird daher für die Ausbildung von Mechanikern vor allem ein Pumpprüfstand, wie er ansonsten in allen derartigen Lehrwerkstätten zur Verfügung zu stehen pflegt.		80.000 ³⁹⁹	Pr.A BMF Zl. 89.909-18a/1965 C0237 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BMF Zl. 341.088-18a/1967 c1200
238/65 (A/65)	Äthiopien	BM für Finanzen	BM für Finanzen	Nach Verhandlungen mit der äthiopischen Regierung ist das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten an das Bundesministerium für Finanzen herangetreten, die von der äthiopischen Regierung erwünschte Einführung des Leiters des Flughafen-Zollamtes in Addis Abeba, Zolldirektor Syoum KASSEYE, in die Arbeitspraxis der österreichischen Zollbehörden zu übernehmen.	Hin- und Rückreisekosten werden von der äthiopischen Regierung übernommen. Kosten für den Aufenthalt von zwei bis drei Monaten werden beantragt.	25.000 ⁴⁰⁰	Pr.A BKA Zl. 100.162-11a/1965 Pr A BMF Zl. 89.991-18a/1965 C0238 BMF Zl.340.163-18a/1966 D1201
239/65 (A/65)	Äthiopien	BM für Inneres, BM für Auswärtige Angelegenheiten	BM für Inneres (auch Projektbetreuer)	Staatspolizeiliche Schulung äthiopischer Polizeioffiziere. (...) Die Ausbildung soll sechs Monate dauern und vor allem durch die Bundespolizeidirektion Wien erfolgen; vorgesehen ist auch eine Schulung bei den Bundespolizei- und Gendarmeriebehörden in den Bundesländern. Es wird das Ziel verfolgt, künftige Ausbildner der äthiopischen Polizei auf dem staatsspolizeilichen Sektor modern einzuschulen.	Leistung der Bundespolizei- u. Gendarmeriebehörde ist mit 50.000 öS anzunehmen. Äthiopien übernimmt die Reisekosten.	150.060	BKA Zl. 105.286-11a/1965 PrA BMF Zl. 126.768-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200

³⁹⁹ Die Caritas wird mit einem Betrag von 395.000 öS bei Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) aufgelistet.

⁴⁰⁰ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen das BMF mit einer Summe von 13.000 öS an.

Projektliste 1965

244/65 (B/65)	Tunesien	BM für Auswärtige Angelegenheiten	Österreichische Stickstoffwerke AG	Aufbau eines Agrarfluges in Tunesien (...) Die tunesische Regierung wendet der Rationalisierung und Modernisierung der Landwirtschaft im Rahmen des tunesischen Entwicklungsplanes besonders Augenmerk zu. (...) Die Düngung und die Schädlingsbekämpfung in den Kulturen wird derzeit entweder mit der Hand oder mit herkömmlichen Maschinen (Traktoren und Sprühgeräten) durchgeführt. (...) Im Jahre 1965 wird zum erstenmal in bescheidenem Umfang der Versuch der Unkrautbekämpfung im Getreide vom Flugzeug aus durchgeführt. Um die Anwendung des Flugzeuges in der Landwirtschaft auf eine breitere Basis stellen zu können, bedurfte Tunesien einiger in der Handhabung landwirtschaftlicher Spezialflugzeuge versierter Piloten. (...) zwei Teile des Projektes (...) 1. drei Flugzeuge samt Piloten, ein Pflanzenschutzfachmann sowie ein Agrar-Ingenieur nach Tunesien überstellt werden. Bei dem Projekt werden ausschließlich österreichische Chemieprodukte zur Anwendung gelangen. 2. Der in Österreich zur Durchführung gelangende Teil des Projektes besteht in der Ausbildung von 5 tunesischen Piloten zu Agrarpiloten.	Gesamtsumme des Projektes beträgt 6.822.650 öS (Teil 1 mit 5.423.000 öS, Teil 2 1.399.650 öS). Der tunesische Beitrag wird mit 2.140.000 öS geschätzt. Dies beinhaltet die Unterbringung der österr. Fachleute, die Bereitstellung von Lastkraftwagen und Übernahme der Reisekosten für die auszubildenden Piloten.	5.333.000	BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 PrA BKA Zl. 104.970-18a/1967
245/65 (A/65)	div. EL	BM für Handel und Wiederaufbau	Verein Salzburger Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehr	Errichtung einer Fremdenverkehrsschule in Salzburg für Teilnehmer aus Entwicklungsländern. (...) eine eigene Unterrichtsanstalt für Fremdenverkehr zu gründen, da die Unterbringung von Schülern aus Entwicklungsländern in den bestehenden	Jahresgesamtkosten für 25 Schüler im ersten Jahr belaufen sich auf 700.000 öS. Jeweils 100.000 öS werden von der Stadtgemeinde	400.000 ⁴⁰¹	PrA BMF Zl. 134.601-18a/1965 C0245 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

⁴⁰¹ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) führen den Projektträger mit 1.648.000 öS an. Sowohl im Projektantrag als auch in der Beilage zu BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 vom 3.3.1966 wird der in der Tabelle angeführte Betrag verwendet.

Projektliste 1965

				österreichischen Unterrichtsanstalten für Fremdenverkehr nicht in ausreichendem Masse möglich ist; darüber hinaus ist im österr. Schulplan eine mindestens 3-jährige Ausbildungszeit vorgesehen, die für Schüler aus den Entwicklungsländern als zu lange empfunden wird. (...) die Errichtung einer Fremdenverkehrsfachschule das im besonderen Masse auf die arteigenen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zugeschnitten sein muss, ausgearbeitet. (...) einjährige Ausbildungszeit, 9 Monate auf die einschlägigen Fachkurse und 3 Monate auf eine Pflichtpraxis in ausgewählten österr. Betrieben entfallen.	Salzburg, vom Land Salzburg u der gewerbl. Wirtschaft übernommen. Teil der Ausbildung sollen auch Unterweisungen über die Wirtschaft und Kultur in Österreich mit besonderer Berücksichtigung der österr. Exportwirtschaft sowie über die allgemeine Fremdenverkehrslehre, Bäderkunde und Werbung sein.		
247/65 (A/65)	div. EL	BM für Auswärtige Angelegenheiten, BM für Finanzen (Projektbetreuer)	Das BM für Auswärtige Angelegenheiten muss eine österreichische Organisation als Projektträger aussuchen.	Schulungs- und Informationsbesuche von Angehörigen aus Entwicklungsländern in Österreich. (...) In vielen Fällen liegt es im österr. Interesse Ersuchen dieser Art stattzugeben, besonders wenn es sich um Personen handelt, die Schlüsselpositionen in Verwaltung, Industrie, Landwirtschaft etc. innehaben, da sich hieraus nützliche Kontakte zu Entwicklungsländern ergeben können.	Kosten pro einzuladender Person werden im Durchschnitt mit 25.000 öS berechnet. Für das Jahr 1965 sollen Einladungen an drei Vertreter aus Senegal ergehen.	75.000 ⁴⁰²	BKA Zl. 102.400-11a/1965 Pr.A BKA Zl. 104.813-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
248/65 (A/65)	Kenya	BM für Auswärtige Angelegenheiten	BM für Auswärtige Angelegenheiten ist der Projektbetreuer	Österreichischer Beitrag zur Bekämpfung einer Hungersnot in Kenya. (...) Es erscheint angezeigt, daß auch Österreich einen kleinen Beitrag als Zeichen seiner Verbundenheit mit der von Hunger betroffenen Bevölkerung leiste.	Der Betrag wird für die Bereitstellung von Trockenmilch zur Verfügung gestellt.	26.000	Pr.A BKA Zl. 102.401-11a/1965 BMF Zl. 131.137-18a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BMF Zl. 341.088-

⁴⁰² In der Auflistung von Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) ist nicht nachvollziehbar, ob sich dieses Projekt darin befindet. Das BMAA wird als Projektträger mit 26.000 öS angeführt, was vermutlich das Projekt 248/65 Kenya ist. Das BMF ist mit 13.000 öS in der Liste.

Projektliste 1965

							18a/1967 C1200
249/65 (A/65) ⁴⁰³	Niger	BKA Verstaatliche Unternehmungen (Sektion IV)	Simmering-Graz-Pauker AG	Der Präsident der Republik Niger, Mr. Diori Hamani, hat mit Schreiben vom 13. September 1965 an Bundeskanzler Dr. Josef Klaus das Ersuchen gerichtet, der Republik Niger im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe den Prototyp eines kalorischen Kraftwerkes für die Verheizung von Ernußschalen zu schenken.	Laut BKA Zl. 105.501-11a/1965 ist die Rentabilität nach europäischen Begriffen nicht gegeben (...). Für die Errichtung der Anlage spricht, daß dadurch die Aufmerksamkeit des Staates Niger auch auf andere Sektoren der österreichischen Industrie gelenkt wird, was zum besseren Kontakt zwischen beiden Ländern führen dürfte.	3.827.000	PrA BKA Zl. 103.912-11a/1965 Info zum Kraftwerk BKA Zl. 102.585-11a/1965 PrA 1.Rev. BKA Zl. 105.501-11a/1965
254/65 (A/65)	div. EL	BM für Unterricht	Österreichischer Auslandsstudentendienst	Der Österreichische Auslandsstudentendienst führt Vorstudienlehrgänge für ausländische Studenten insbesondere aus Entwicklungsländern im Auftrag der Österreichischen Rektorenkonferenz durch. (...) Der Direktor des Vorstudienlehrganges Mödling-Vorderbrühl hat zwecks besserer Durchführung des Deutschunterrichtes die Anschaffung einer Phillips-Sprachschulanlage beantragt.	Die Kosten sind für die Sprachschulanlage mit 20 Schülerplätzen inklusive Montagekosten.	210.000	PrA BKA ERP 104.176-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
256/65 (A/65)	Nigeria	BKA Verstaatlichte Unternehmungen (Sektion IV)	Schiffswerft Korneuburg AG	Förderung des Aufbaus der Fischerei in Nigeria. (...) Der Schiffswerft Korneuburg AG. ist es möglich gewesen im Rahmen des Exportförderungsverfahrens für Entwicklungsländer drei Fischereifahrzeuge mit den Namen „Vienna“, „Korneuburg“ und „Lagos“	Die Kosten für einen Fischkutter (mit dem Namen „Austria“) zum Selbstkostenpreis betragen 2.500.000 öS.	2.500.000	PrA BKA Zl. 104.197-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200

⁴⁰³ Dieses Projekt wurde diskutiert aber es ist unklar (bzw. unwahrscheinlich) ob dieses Projekt letztlich genehmigt und finanziert wurde. Weder bei Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) noch unter BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200, BMF 340.163-18a/1966 D1201 (welche genehmigte Projekte beinhalten) wird dieses Projekt angeführt. Daher wird dieses Projekt in der Analyse nicht weiter berücksichtigt.

Projektliste 1965

				an die EDOPU Fishing Company zu liefern. (...) Bereits im Sommer ds.J. hat der Generaldirektor der grössten nigerianischen Fischereigesellschaft, Ibru Sea Foods Limited, Herr Michael Ibru, die Schiffswerft Korneuburg und insbesondere die dort liegenden Fischereifahrzeuge besichtigt und Vorverhandlungen geführt. (...) Nach intensiven Verhandlungen hat die Firma Ibru Sea Food am 25. November 1965 einen Vertrag mit der Schiffswerft Korneuburg unterzeichnet, in dem sie vier Fischkutter bestellt hat. Die Bestellung erfolgte jedoch nur unter der Voraussetzung, dass im Rahmen der österreichischen Entwicklungshilfe ein weiteres Schiff gleicher Bauart kostenlos zur Verfügung gestellt wird.			
258/65 (A/65) ⁴⁰⁴	div. EL	BM für Unterricht	Kuratorium für österreichisch-ausländische Studentenklubs	Subvention für internationalen Studentenklub. (...) Ausweitung der Klubbetriebes (...) Die mit diesen notwendigen Ausbauplänen zusammenhängenden Ausgaben erfordern eine einmalige Aufbringung von Mitteln, die als produktiv bezeichnet werden können durch die Heranbildung von Beziehungen zwischen österreichischen und ausländischen Studenten, wenn diese auch sowohl wirtschaftlich als außenpolitisch erst in einigen Jahren zum Tragen kommen können.	Das Kuratorium kann keine Eigenmittel für den Umbau aufbringen.	800.000	PrA BKA Zl. 104.177-11a/1965
263/65 (A/65)	div. EL	BM für Unterricht	Internationales Forum-Studentenklub	Subvention für Internationales Forum – Studentenklub	1965 werden für den Betrieb und die Studentenbetreuung insgesamt 885.000 öS	600.000 ⁴⁰⁵ insgesamt 885.000 öS	PrA BKA Zl. 104.972-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

⁴⁰⁴ Vermutlich wurde dieses Projekt nicht finanziert, neben dem Projektantrag wurde zu diesem Projekt nichts Weiteres gefunden. Auch bei Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) und in den Dokumenten des BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201 wurde nichts angeführt. Daher wird es nicht weiter berücksichtigt.

⁴⁰⁵ Eder und Krobath (österr. Entwicklungshilfe 366f) listet das Internationale Forum, Studentenklub im Jahr 1965 mit 1.200.000 öS auf. Für das Jahr 1964 werden keine Mittel angegeben. Beide angeführten Quellen verwenden allerdings den hier angegebenen Betrag.

Projektliste 1965

					benötigt. Das Internationale Forum stellt aus eigenen Mitteln 285.000 öS zur Verfügung.		
264/65 (A/65)	Tunesien	BM für Auswärtige Angelegenheiten, BM für Land und Forstwirtschaft (Projektbetreuer)		Die tunesische Regierung hat sich an Österreich mit dem Ersuchen gewendet, im Rahmen der bilateralen Hilfe einen erfahrenen Forstingenieur und einen Förster nach Tunesien zu entsenden. Die Aufgabe der beiden Fachleute würde darin bestehen, die wirtschaftliche Nutzung der entlang der tunesischen Mittelmeerküste angelegten Staatsforste, die nunmehr im schlagreifen Alter stehen, zu überwachen.	Die Kosten des Gesamtprojektes betragen 598.00 öS. Die tunesische Regierung übernimmt die anfallenden Kosten im eigenen Land mit rund 300.000 öS. Der österreichische Kosten umfassen die Kosten für die zwei Fachleute für ein Jahr, deren Hin und Rückreise und Versicherung.	298.000	PrA BKA Zl. 104.370-11a/1965 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201
265/65 (A/65)	div. EL	BM für Auswärtige Angelegenheiten		Österreichischer Beitrag zu der vom United Nations Institute for Training and Research geleisteten Ausbildung. (...) Es ist beabsichtigt, dem UNITAR folgende Leistungen zu erbringen: A) Ein Sprachlaboratorium mit 20 Plätzen B) 5 Jahresstipendien an der Wiener Diplomatischen Akademie für einen Zeitraum von 5 Jahren.	Dieses Projekt wird als echte technische Hilfe gesehen. Durch ein Sprachlaboratorium kann auf die Leistungsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft aufmerksam gemacht werden.	380.000	BKA Zl. 104.273-11a/1965 BMAA Zl. 95.162-9/65 BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

8 Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen aus dem Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchives:

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 512.596-10/1963, TA 100 20953

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol. Zl. 20.302-6a(POL)/1963

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol Zl. 22.319-6a(POL)1963

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol. Zl. 20.360-6a(Pol)1963

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol. Zl. 29.015-6a(pol)1963

ÖSTA/AdR, BKA ERP-Angelegenheiten 41.012/1963

ÖSTA/AdR, BMAA W-pol, Zl. 513.138-10/1963

ÖSTA/AdR, BKA, Zl. 54.049-11a/1964

ÖSTA/AdR, BKA Zl. 42.201-11a/1964

ÖSTA/AdR, BKA Zl. 105.710/1964

ÖSTA/AdR, BKA Zl. 41.101-11a/1964

ÖSTA/AdR, BKA Zl. 46.604-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 42.704-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 45.081-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.256-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.590-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 46.201-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 50.846-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 42.401-11a/1964

ÖSTA/AdR. BKA Zl. 41.401-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 42.583-11a/1964

ÖSTA/AdR BMU Zl. 98.469-I/6/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 50.542-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 40.360-11a/1964

ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.801-18a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 47.259-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl. 44.274-11a/1964

ÖSTA/AdR BKA Zl 40.159-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 43.583-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 53.053-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 22.218-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 52.646-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 2.965-18a/1964 C1202
ÖSTA/AdR BKA Zl. 42.730-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 48.069-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 46.939-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.643-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 44.621-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 50.399-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 49.359-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.050-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.425-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.467-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.426-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 45.821-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 48.095-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 50.813-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.388-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 46.885-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 90.897-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.368-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.280-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.557-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 132.155-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 52.697-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.498-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.806-18a/1964

ÖSTA/AdR BMF Zl. 128.750-18a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.802-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 53.931-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.157-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.873-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 48.094-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.591-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 48.096-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.871-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.386-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 46.280-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 51.769-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.499-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.824-18a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.389-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 133.809-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 55.375-11a/1964
ÖSTA/AdR BMF Zl. 130.778-18a/1964 C1112
ÖSTA/AdR BKA Zl. 95.489-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 53.987-11a/1964
ÖSTA/AdR BKA Zl. 91.990-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 44.747-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 100.905-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 99.464-11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl. 34.610-18a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 97.143-11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl. 81.045-18a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 97.776.11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl. 84.397-18a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 91.983-11a/1965
ÖSTA/AdR BMU Zl. 85.683-I/6/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 100.313-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 101.560-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 101.562-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.260-11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl.28.291-18a/1965 C1210
ÖSTA/AdR BKA Zl. 102.255-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.400-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl 104.063-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl 104.969-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 97.232-11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl. 69.620-18a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.348-11a/1965
ÖSTA/AdR BMU Zl. 114.331-V/3b/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.404-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.416-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 97.708-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.417-11a/1965
ÖSTA/AdR BMF Zl. 134.603-18a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.426-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.483-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 94.282-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 92.201-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 103.430-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 101.594-11a/1965
ÖSTA/AdR BKA Zl. 94.750-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 94.665-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA ERP Angelegenheiten Zl. 97.391-11a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 89.909-18a/1965 C0237

ÖSTA/AdR BKA Zl. 100.162-11a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 89.991-18a/1965 C0238

ÖSTA/AdR BKA Zl. 105.286-11a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 126.768-18a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 134.601-18a/1965 C0245

ÖSTA/AdR BKA Zl. 102.400-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.813-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 102.401-11a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 131.137-18a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 103.912-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 102.585-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 105.501-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA ERP Angelegenheiten Zl. 104.176-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.197-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.177-11a/1965 C1200

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.972-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.370-11a/1965

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.273-11a/1965

ÖSTA/AdR BMAA Zl. 95.162-9/1965

ÖSTA/AdR, BKA Zl. 100.905-11a/1965

ÖSTA/AdR BMF Zl. 340.163-18a/1966 D1201

ÖSTA/AdR BMF Zl. 341.088-18a/1967 C1200

ÖSTA/AdR BKA Zl. 104.970-18a/1967

Internetquellen:

Afro-Asiatisches Institut in Wien, online unter <http://www.aai-wien.at/das-aai/idee-und-auftrag/> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Archiv der Stadt Linz, online unter
<http://www.linz.at/archiv/denkmal/default.asp?action=denkmaldetail&id=2013> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Berufspädagogisches Institut Mödling, online unter <http://www.bpi.ac.at/index.php/de/ueber-die-schula/geschichte-der-schule> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Blue Danube Park, online unter <http://www.bluedanubepark.at/geschichte.html> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Gabler Verlag (Hg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Rostowsche Stadientheorie, online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55434/rostowsche-stadientheorie-v4.html> [letzter Zugriff 16. Juni 2013]

Globale Verantwortung. Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe. Online unter <http://www.globaleverantwortung.at/start.asp?ID=224403&b=1334> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Koordinationsstelle der der Österreichischen Bischofskonferenz für Internationale Entwicklung. Online unter <http://www.koo.at/index.php?id=22> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Netzwerk Rechte – Chancen – Vielfalt. Online unter
<http://nwrcv.pbworks.com/w/page/23779119/NWRCV%20-%20Das%20Netzwerk%20Rechte%20-%20Chancen%20-%20Vielfalt> [letzter Zugriff 6.5.2013]

OECD Glossary, online unter: <http://www.oecd.org/site/dacsmpd11/glossary.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

Oikokredit Austria. Online unter <http://www.oikocredit.org/at/wer-wir-sind> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Österreichischer Austauschdienst, online unter <http://www.oead.at/> [letzter Zugriff 7.5.2013]

Österreichische JungArbeiterBewegung, online unter
<http://www.oejab.at/site/de/ueberdieoejab/geschichte> [6.5.2013]

Republik Österreich, Parlamentsdirektion, online unter
http://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_00138/ [letzter Zugriff 5.5.2013]

Sophia-Therese Fielhauer-Resei, Die alte Journalistenschmiede. Vor 20 Jahren erschien die letzte Ausgabe der „Arbeiter-Zeitung“. In: Der Österreichische Journalist online, Ausgabe 8+9/2011, online unter <http://www.journalist.at/archiv/2011-2/ausgabe-08092011/die-alte-journalistenschmiede/> [letzter Zugriff 5.5.2013]

TU Graz, das Österreich Lexikon, online unter
<http://www.aeiou.at/aeiou.encyclop.d/d910588.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

United Nations, Department of Public Information, online unter
<http://www.un.org/Depts/DPKO/Missions/onucB.htm> [letzter Zugriff 5.5.2013]

Unterstützungsverein Akademikerhilfe, online unter <http://www.akademikerhilfe.at/ueber-uns/geschichte/> [letzter Zugriff 24.5.2013]

Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt. Amtliche Mitteilungen. 1966 Heft 3, online unter
http://www.geologie.ac.at/pdf/jahresbericht/GBA_Jahres_und_Aufnahmsberichte_1965.pdf,
A70 [letzter Zugriff 6.5.2013]

Wirtschaftshilfe für Studierende Steiermark, online unter <http://www.wist.vc-graz.ac.at/geschichte/geschichteWihast.htm> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Wunderl Stefan, Die Geschichte der Schiffswerft Korneuburg, (Diplomarbeit 2008 Universität Wien), online unter <http://othes.univie.ac.at/1919/> [letzter Zugriff 6.5.2013]

Literatur:

Afro-Asiatisches Institut Wien (Hg.), Entwicklungshilfe – Auszüge aus der Tages und Fachpresse. Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 5, 30.8 – 12.9 1963

Afro-Asiatisches Institut Wien (Hg.), Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 4 Beilage, März/April 1965

Afro-Asiatisches Institut Wien (Hg.), Entwicklungshilfe, Auszüge aus der Tages- und Fachpresse. Informationsdienst des AAI Wien. Heft 7, Juni/Juli 1965

Afro-Asiatisches Institut Wien (Hg.), Entwicklungshilfe Auszüge aus der Tages- und Fachpresse. Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des AAI Wien. Heft 9, August/September 1965

Louis Barcata, Die Verpflichtung des weißen Mannes. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. Heft 3, März 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“

Wolfgang Benedek, Österreichs Außenpolitik in den Nord-Süd-Beziehungen. In: Renate Kicker, Andreas Khol, Hanspeter Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen (Salzburg 1983) 321-367

Fritz Bock, Entwicklungsländer – Absatzmarkt der Zukunft. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965

Andreas Boeckh, Entwicklungstheorien: Eine Rückschau. In: Dieter Nohlen, Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt. Grundprobleme. Theorien, Strategien (²Bonn 1992)

Alois Brusatti, Herta Karpstein, Dieter Wintersberger, Österreichische Entwicklungshilfe. Leistungen und Möglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung der Vermittlung von Wissen und technischem Können (Wien 1963)

Marcel Chahrour, „Vom Morgenhauch aufstrebender Cultur durchweht“. Ägyptische Studenten in Österreich 1830-1945. In: Walter Sauer (Hg.), Von Soliman zu Omofuma. Afrikansiche Diaspora in Österreich 17. bis 20. Jahrhundert (Innsbruck/Wien/Bozen 2007), 131-149

Heinrich Drimmel, Entwicklungshilfe als politische und menschliche Aufgabe für Österreich. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes in Wien. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965

Getrude Enderle-Burcel, Die österreichischen Parteien 1945 bis 1955. In: Reinhard Sieder, Heinz Steinert, Emmerich Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Bd. 60, Wien 1995) 80-94

Rudolf Eder, Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe. Band 1 Die nichtstaatlichen Institutionen. (Wien 1969)

Rudolf Eder, Zum Problem der Bindung bei der technischen Hilfe. In: Wilhelm Weber (Hg.), die Bindung der Entwicklungshilfe. Drei österreichische Diskussionsbeiträge. IBE: Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung (Wien 1971), 69-109

Rudolf Eder, Hermann Krobath, Die österreichische Entwicklungshilfe. Politik – Organisation – Leistungen. Handbuch der österreichischen Entwicklungshilfe (Bd. 2 Wien/Dar es Salaam 1972)

Michal Fitz, Allgemeine Untersuchung der gebundenen Entwicklungshilfe. In: Wilhelm Weber (Hg.), Die Bindung der Entwicklungshilfe. Drei österreichische Diskussionsbeiträge. IBE: Institut für Bildungs- und Entwicklungsforschung (Wien 1971) 1-69

Karin Fischer, Gerald Hödl, Christof Parnreiter, Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Karin Fischer, Gerald Hödl, Irmi Maral-Hanak, Christof Parnreiter (Hg.), Gesellschaft Entwicklung Politik, Entwicklung und Unterentwicklung, Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 3, Wien 2004), 13-56

Michael Gehler, Hubert Sickinger, Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Bd. 60, Wien 1995), 671-683

Maria Gerbel-Wimberger, Walter Sauer, „Österreichische Beziehungen zu Malawi, In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hg.), Journal für Entwicklungspolitik IX/1, 1993, 71-86

Christian W. Haerpfer, Politische Partizipation. In: Sieder, Steinert, Tálos (Hg.) Österreich 1945-1995. Gesellschaft, Politik, Kultur (Bd. 60, Wien 1995), 426-434

Hans Hautmann, Die Weltjugendfestspiel 1959 in Wien. In: Alfred Klar Gesellschaft Mitteilungen. Jg. 6/Nr.3, September 1999

Gerald Hödl, Die Anfänge – vom Empfänger- zum Geberland. Archäologische Untersuchungen zur österreichischen Entwicklungshilfe. In: Bea de Abreu Fialho Gomes, Irmi Hanak, Walter Schicho (Hg.), Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 1, Wien 2003)

Gerald Hödl, Österreich und die Dritte Welt. Außen- und Entwicklungspolitik der Zweiten Republik bis zum EU-Beitritt 1955 (Wien 2004)

Martin Jäggle, Entwicklungspolitik der Katholischen Kirche in Österreich. In: Andreas Khol, Alfred Stirnemann (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für Politik. (Oldenbourg 1980), 339-360

Franz Karasek, Die Österreichische Entwicklungshilfe. Ausblick und Vorschläge. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965

Friedrich Katscher, Ja – man soll den Kongonegern helfen. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“ 1962

Franz Kolland, Zwischen Fortschrittoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Maral-Hanak, Hödl, Parnreiter (Hg.), Entwicklung und Unterentwicklung, Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. (Gesellschaft – Entwicklung – Politik Bd. 3, Wien 2004), 81-107

Bruno Kreisky 1958, Rede „Demokratie und Diplomatie“ im Internationalen Diplomaten-Seminar. In: Bruno Kreisky (Hg.). Kreisky Reden. Band 1 (Wien 1981), 61-68

Bruno Kreisky (1962), Die Rolle Österreichs im Rahmen der Entwicklungshilfe Europas. Europagespräche, Wien, 23. Juni 1962, In: Bruno Kreisky, Reden Band 1 (Wien 1981), 350-359

Bruno Kreisky (1964), Die Frage der Entwicklungshilfe und die Außenpolitik. 7. Internationales Diplomaten-Seminar. Schloß Kleßheim 27. Juli 1964. In: Bruno Kreisky (Hg.). Kreisky Reden. Band 1 (Wien 1981), 519-526

Bruno Kreisky, Im Strom der Politik. Erfahrungen eines Europäers (Berlin 1988)

Adalbert Kirms, Die österreichische Entwicklungshilfe. In: Walter Sauer (Hg.), Wir und die Dritte Welt. Schulheft. Heft 50 (Wien 1988), 46-53

Hermann Krobath, Die Leistungen des IKFE in den Jahren 1963 – 1968. In: Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des Afro-Asiatischen Institutes Wien. März/April 1969

Bruno Kunz, Internationaler Hochschulkurs für Geologen. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965, 34

Andreas Liebmann, Handbuch der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (Wien 1994)

Ulrich Menzel, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie (Frankfurt am Main 1992)

Atif Metwally. In: Entwicklungshilfe – Auszüge aus der Tages und Fachpresse. Informations- und Dokumentationszentrum für Entwicklungshilfe des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 4 Beilage, März/April, 1965

Margarete Mommsen-Reindl, Die Österreichische Proporzdemokratie und der Fall Habsburg. Böhlaus zeitgeschichtliche Bibliothek (Bd.1, Wien/Köln/Graz 1976)

Rudolf Neck, Innenpolitik. In: Weinzierl, Skalnik (Hg.), Österreich. Die Zweite Republik (Bd. 1 Graz/Wien/Köln 1972), 267-294

Anton Nevlacsil, Die Alleinregierung der ÖVP und die neue Rolle der Opposition. In: Sieder, Steinert, Talos (Hg.), Österreich 1945 – 1995. Gesellschaft Politik Kultur (Bd. 60, Wien 1995)

Dieter Nohlen (Hg.), Lexikon der Dritten Welt – Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen. (Hamburg 2002 Neuauflage)

Manfred Nowak, Ausländerstudium im Spannungsfeld zwischen Entwicklungspolitik und akademischer Solidarität. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten (Hg.), Journal für Entwicklungspolitik, Heft 1, 1985, 52-73

Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungsrelevanten Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt (Bonn ⁵2004)

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik. Die Studierenden im Wintersemester 1961/62 (Wien 1962)

Österreichisches Statistisches Zentralamt, Österreichische Hochschulstatistik, Wintersemester 1964/65 (Wien 1965) 110. Heft

Österreichischer Entwicklungsdienst. In: ÖED Rundbrief, Sondernummer zu 25 Jahren ÖED. Nr. 137/10.9.1986

Herta Pammer, Entwicklungshilfe katholischer Organisationen, In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes in Wien. 5. Jg./Heft 3 Juli (1965)

Reinhard Paulesich, Die Entwicklungspolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Programmatik und Engagement von 1959 bis 1983 (Phil. Diss. Univ. Wien 1984)

Kurt Prokop, Sieben Jahre Afrika-Arbeit des ÖGB. In: Confrontation. Zeitschrift des Afro-Asiatischen Institutes in Wien. Jg. 5/Heft 3, Juli 1965

Karl Heinz Ritschel, Bruno Buchwieser, Auftrag und Ziel. (Edition Reinartz Salzburg o. J.)

Bernhard Rogl, Österreichische Industrieanlagenexporte nach Afrika 1945-1993, In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Journal für Entwicklungspolitik, (Frankfurt 1996), 143-164

Formanek Rudolf, Interministerielles Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer. I. Aufgaben und Verfahren. In: Entwicklungshilfe – Österreich und die Entwicklungsländer. Informationsdienst des Afro-Asiatischen Institutes Wien. Heft 3/4, Wien 1969, 1-2.

Walter Sauer, Missions-Entwicklungshilfe-Solidarität. Afrika im Bewußtsein der österreichischen Öffentlichkeit, Jg. 13/Nr. 2 März – Juni 1983, In: VGS Verein für Geschichte und Sozialkunde, Beiträge zur historischen Sozialkunde, 60-66

Walter Sauer (Hg.), k. u. k. kolonial, Habsburgmonarchie und europäische Herrschaft in Afrika (²2002 Wien, Köln, Weimar)

Walter Sauer, Afro-österreichische Diaspora heute. Migration und Integration in der 2. Republik. In: Walter Sauer (Hg.), Von Soliman zu Omufuma. Afrikanische Diaspora in Österreich 17. bis 20 Jahrhundert. (Innsbruck/Wien/Bozen 2007), 189-233

Walter Sauer, Habsburg Colonial: Austria-Hungary's Role in European Overseas Expansion Reconsidered. In: Florian Krob (Hg.), Austrian Studies. Colonial Austria: Austria and the Overseas (Modern Humanities Research Association 2012) Vol.20, 5-24

Karl F. Schwarz, Die Stimme dagegen. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“

Josef Sterk, Soll Europa Afrika helfen? In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“, 68-70

Richard Stockmann, Ulrich Menzel, Franz Nuscheler (Hg.), Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien (München 2010)

Peter Strasser, Hilfe zur Selbsthilfe. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“

Alfred Ströer, Solidarität International. Der ÖGB und die internationale Gewerkschaftsbewegung. (Wien 1977)

Bairu Tafla, Ethiopia and Austria. A History of their Relations (Wiesbaden 1994)

Erika Weinzierl, Kurt Skalnik, Österreich. Die Zweite Republik (Bd. 1, Graz/Wien/Köln 1972)

Wiener Institut für Dialog und Zusammenarbeit, VIDC (Hg.), Helene Trauner, Walter Posch (Redaktion), Festschrift 50 Jahre VIDC. (VIDC Wien 2012)

Heinz Wittmann, Die Rolle des Parlaments und der Parteien in der Außenpolitik. In: Renate Kicker, Andreas Khol, Hanspeter Neuhold (Hg.), Außenpolitik und Demokratie in Österreich. Strukturen – Strategien – Stellungnahmen (Salzburg 1983) 111-141,

Ludwig Weiß, Entwicklungshilfe verlangt Opfer. In: Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur. März Heft 3, 1962. „Soll man den Kongonegern helfen? Eine Diskussion über die Probleme der Entwicklungshilfe“,

Ute Zurmühl, Der „Koloniale Blick“ im entwicklungspolitischen Diskurs. Welt-Bilder und Bilder-Welten in der Entwicklungszusammenarbeit (Spektrum Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern, Bd. 43, Saarbrücken 1995)

9 Zusammenfassung

Die ersten Entwicklungshilfeaktivitäten gab es in Österreich von katholischer Seite, staatliche Entwicklungshilfe entstand hingegen spät und zögerlich. Dabei wurden immer wieder Argumente wie die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg, die Größe des Landes oder das Fehlen von Kolonien als Begründung für das geringe Engagement herangezogen. Mit der Gründung des IKFE 1963 gab es in Österreich erstmals ein staatliches Instrument für die bilaterale technische Entwicklungshilfe.

In dieser Arbeit wurden Dokumente aus dem Archiv der Republik des Österreichischen Staatsarchives zu IKFE-Projekten mit Afrikarelevanz auf deren Ziele und Interessen hin analysiert. Daraus ergab sich, dass die Bereiche Bildung und Betreuungsorganisationen besonders gefördert wurden. In den ersten drei Jahren kam es zu keiner regionalen Schwerpunktsetzung. Diese wurde zwar von Beginn an diskutiert, fand aber keine Entsprechung in der hier analysierten Projektpraxis. Zudem war die technische Hilfe mit wirtschaftlichen Interessen verknüpft. Sie galt sowohl für die ÖVP als auch die SPÖ als geeignetes Instrument um auf die österreichische Wirtschaft aufmerksam zu machen.

10 Abstract

The first development aid projects in Austria were realised by catholic organisations, whereas public development aid started late and was hesitant. Arguments for the minor involvement were the situation of the country after World War II, the size of the country or the lack of colonies. By the foundation of the IKFE 1963, Austria had its first public institution for bilateral technical assistance.

The research for this diploma thesis was done in the archive of the republic of the Austrian state archive. The purpose was to analyse the aims and interests of projects of the IKFE which were associated with Africa. The results showed a focus of the Austrian technical assistance on education and organisations who supported students in anyway. Although it had been discussed from the beginning on, there was no regional concentration in the first years of the IKFE project policy. Thereby economic interests were linked to the technical assistance. Both parties (ÖVP and SPÖ) saw the bilateral technical assistance as a way of drawing the attention to the Austrian economy.

CURRICULUM VITAE

Persönliche Daten

Name: Zeynep Sagun
Geburtsdatum / Ort: 04.10.1983 / Lustenau

Ausbildung

2003	Matura
Seit 2004	Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien Wahlfächer: Afrikanische Geschichte, Internationale Politik, Romanistik (Französisch), Migration
Okt. 2006	Abschluss 1. Studienabschnitt
Sept. 2008- Jan. 2009	Erasmus, Studium an der Université François Rabelais Tours (Frankreich)